

Ausschuss für Kultur und Medien

## **Wortprotokoll**

### **38. Sitzung**

Berlin, den 05. Juli 2000, 13.00 Uhr  
(Mauerstraße 29, Haus I, Sitzungssaal 161)

Vorsitz: Abg. Monika Griefahn

#### **Tagesordnung**

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

***Öffentliche Anhörung zum Thema:  
„Hauptstadtkultur“***

Anlagen:

- I. Fragenkatalog
- II. Stellungnahmen

Die Vorsitzende: Guten Tag meine Damen und Herren, ich darf Sie zu unserer Anhörung zur Hauptstadtkultur begrüßen und möchte auch gleich ein bisschen um Verständnis bitten. Wir haben vor fünf Minuten sozusagen einen fliegenden Wechsel vollzogen. Die Kollegin Späte als Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien hat mich vor fünf Minuten in das Amt als Ausschussvorsitzende eingeführt. Insofern bin ich an der Vorbereitung der heutigen Anhörung nur insoweit beteiligt gewesen, als unsere Fraktion, deren Sprecherin ich bislang war, also die SPD-Fraktion, Fragen eingereicht und Experten benannt hat. Falls es also jetzt noch die eine oder andere Ungereimtheit gibt, bitte ich das auf diese Übergangsphase zurück zu führen. Ich möchte schließlich meinen Kollegen Eckhardt Barthel als neuen Sprecher der SPD – Fraktion begrüßen. Er nimmt heute also erstmals diese Funktion wahr, die bislang meine war. Insofern befinden wir uns heute alle in einer neuen Situation.

Wir haben die Sitzordnung vielleicht für Sie ein bisschen merkwürdig angerichtet. Der Grund ist, dass wir möglichst alle Experten in einer Runde haben wollten. Vielleicht können wir es so machen, dass die Experten ein bisschen näher heranrücken, so dass die Abgeordneten, die die Fragen stellen, die Experten alle sehen können. Bei unserer letzten Anhörung in diesem Raum saßen wir nämlich alle hintereinander, und man sah nur noch die Rücken. Das fanden wir nicht so schön.

Wir erwarten noch den Staatsminister für Kultur und Medien, Herrn Dr. Naumann, der in der Fragestunde des Bundestages ist. Er wird deshalb später kommen. Ebenfalls später wird auch noch der Staatssekretär des Senators für Kultur und Wissenschaft in Berlin, Herr Dr. Hinz, kommen, der durch Haushaltsverhandlungen verhindert ist. Ach, Sie sind schon da. Entschuldigung, das habe ich gar nicht gesehen. Dann heiße ich Sie willkommen, und Sie sind hiermit gefordert, sozusagen.

Wir haben einen Fragenkatalog verschickt, den wohl alle Teilnehmer auf dem Tisch liegen haben. Um die Sitzung heute möglichst produktiv zu gestalten, stellen wir uns vor, dass die Experten zu den Themen, die sie am meisten betreffen und zu denen sie sich äußern wollen, jeweils etwa maximal fünf Minuten bis sieben Minuten Stellung nehmen und dass wir dann in Fragerunden eintreten. Ich stelle mir vor, dass

wir im Prinzip drei Komplexe behandeln: Einmal die Frage, was eigentlich „Hauptstadtkultur“ ausmachen soll im Vergleich zur Kultur in den anderen wichtigen Kulturstädten in einem föderativen System, in dem wir in der Bundesrepublik ja leben. Sodann die Frage, worin das Wesen der föderalen Struktur der Bundesrepublik liegt und wie wir damit umgehen müssen. Als Drittes wäre dann zu reden über die Frage der Finanzierung, und schließlich sollten wir weitere offene Fragen erörtern, die sich in keinen dieser Problemkreise einordnen lassen.

Ich bitte auch alle Kolleginnen und Kollegen, dass sie wirklich nur jeweils eine Frage an zwei Personen oder zwei Fragen an eine Person stellen, so dass wir die Möglichkeit haben, möglichst viel von unseren Experten zu hören und möglichst viel intensive Informationen bekommen. Das wird alles im Protokoll aufgenommen. Wir werden das auswerten und werden dann daraus unsere Schlüsse ziehen. Wichtig ist als technische Vorbemerkung auch für Sie, die Damen und Herren Experten, dass Sie immer beim Sprechen das Mikrofon an- und danach wieder abschalten. Das ist erforderlich, damit wir ein vollständiges Wortprotokoll erstellen können.

Ich werde noch einmal auf die Fragenkomplexe zurück kommen, wenn wir die Statements gehört haben. Ich möchte zunächst einmal vorstellen, welche Experten unsere Gesprächspartner sind. Wir haben hier vorne, er sitzt jetzt leider doch mit dem Rücken zu den Zuhörern, Herrn Flierl, Bezirksstadtrat aus Mitte. Daneben dann Frau Caroline Fetscher vom Tagesspiegel. Dann geht es hier weiter mit Herrn Biesenbach von den KunstWerken Berlin. Daneben haben wir Herrn Rochholl, den künstlerischen Leiter der Zeitgenössischen Oper. Dann haben wir Herrn Grosse-Brockhoff, den Kulturdezernenten der Stadt Düsseldorf, der das föderale und kommunale Element zur Geltung bringt. Dann Herrn Dr. Hinz, Staatssekretär für den Senat von Berlin. Daneben Herrn Professor Meyer, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaats Sachsen, der sicher dann auch für die Länder sprechen wird. Daneben Herrn Professor Lehmann von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, und schließlich Herrn Sauberzweig, der den Kulturfonds Berlin vertritt.

Ganz herzlichen Dank Ihnen allen für Ihr Kommen, und ich schlage vor, dass nun zunächst die Statements abgegeben werden, und zwar in der umgekehrten Reihenfolge der Vorstellung. Ich bitte Sie nochmals, Ihre Ausführungen möglichst knapp zu halten, damit wir dann auf der Grundlage des Fragenkatalogs auch ganz spezifisch nachfragen können. Herr Sauberzweig.

SV Dr. Dieter Sauberzweig (Kulturfonds Berlin): Ich möchte hier vielleicht etwas ungewöhnlich beginnen, nämlich mit einer grundsätzlichen Bemerkung zum Stand der gegenwärtigen Diskussion zu Hauptstadtkulturförderung. Ich meine, dass das notwendig ist und dass ich das einmal in den Vordergrund stellen muss. Ich meine, diese Diskussion befindet sich in keinem guten Fahrwasser. Sie wird allein grundsätzlich und in Vielem, das sagen uns vor allem ausländische Beobachter, sehr deutsch geführt. Demgegenüber brauchen wir, das ist meine Meinung, ein entkrampftes Verhältnis zur Hauptstadt Berlin. Die Bemühungen und Überlegungen müssen auf die nüchterne und pragmatische Lösung eines Problems konzentriert werden. Mit Berlin ist nun einmal die größte deutsche Stadt Hauptstadt der Bundesrepublik geworden. Das ist ein Faktum, das hat seine Wirkung. Es ist eine Stadt mit einer ausgeprägten kulturellen Tradition. Eine Stadt, die in Zeiten der Teilung von beiden Seiten kulturell gefördert wurde. Für den Westteil war die Kultur ein unverzichtbares Standbein, und für den Ostteil war das kulturelle Angebot ein Beitrag zu dem, was man bei uns immer in Anführungszeichen sagte: „Hauptstadt der DDR“. Mit der Vereinigung kamen nun beide Komponenten zusammen, und zwar die Einrichtungen, die Menschen, die Künstler, die verschiedenen Gruppen. Alle waren auf einmal in einer Erwartungshaltung, und genau in diesem Augenblick kam Berlin durch den weitgehenden Wegfall der früheren Bundeshilfen finanziell in eine Situation, wo es eine solche Aufgabe nicht lösen konnte und bis zum heutigen Tag nicht lösen kann. Was ist also die Aufgabe? Ich meine, wie kann die kulturelle Entwicklung und Infrastruktur in Berlin so gesichert, verbessert und weitergeführt werden, dass Berlin seine traditionelle Rolle als Ort auch transitorischer Kultur fortführen und durch eine Vielfalt kultureller Einrichtungen, freier Gruppen und einer kreativen Offszene eine kulturelle Identität und Ausstrahlung bewahren kann, die der Größe der Stadt und der Bedeutung als Hauptstadt angemessen ist. Eine ganz ein-

fache Aufgabe letztendlich. Es ist eine Sache der Berliner Kulturpolitik, die strukturellen politischen Überlegungen und Planungen voranzutreiben, und es ist eine Verpflichtung und Aufgabe des Bundes, durch flankierende finanzielle Leistungen zumindest auf absehbare Zeit hier voran zu kommen. Ich meine, dass in der Kulturpolitik in diesem Sinne wieder gemeinsam gestaltet werden muss und nicht verwaltet werden darf. Diese Stadt sucht ihren Weg. Man muss ihr dabei Zeit lassen. Man muss auch etwas Geduld mit ihr haben und nicht alles von heute auf morgen erwarten. Und vor allen Dingen, wenn man dauernd von Metropole spricht, dann sage ich auch dazu, Berlin ist auf dem Weg, eine Metropole zu werden. Zu einer Metropole gehören eine ganze Menge Ingredienzien und Fähigkeiten und Möglichkeiten, die in Berlin im Prinzip vorhanden sind, die aber entfaltet und entwickelt werden müssen.

Das Zweite, was ich jetzt noch sagen will, ist eine kurze Bemerkung zu den verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen. Das Grundgesetz sagt zur Kulturförderung explizit eigentlich nichts, sondern schützt nur die Freiheit der Kunst. Erst durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts interpretiert man diesen Artikel als eine objektive Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst, und das Gericht meint damit nicht nur eine Duldung, sondern auch eine Förderung der Kunst, denn es heißt in der gleichen Entscheidung auch, dass dem modernen Staat, der sich im Sinne seiner Staatszielbestimmung als Kulturstaat versteht, zugleich die Aufgabe zufällt, ein freiheitliches Kulturleben zu erhalten und zu fördern. Ich meine auch, dass Minister Naumann mit dem, was er in seiner Agenda '99 hierzu gesagt hat, wo er nämlich unter Anerkennung des originären Rechts zur eigenen und auch kulturellen Selbstdarstellung in der Ausfüllung des kulturstaatlichen Förderungsauftrags die Verantwortung herausgearbeitet hat, Recht hat, und ich fasse das dahingehend zusammen, dass diese Legitimationszusammenhänge nichts am föderativen Grundverständnis und auch an der verfassungsrechtlich gewünschten Dominanz der Länder und Gemeinden in der Kulturpolitik ändern. Ich sehe nicht, dass die Kulturhoheit der Länder durch das Engagement des Bundes in Berlin essenziell berührt ist. Das Selbstbewusstsein im übrigen, das die Länder haben, gibt auch einen Hinweis darauf, dass dies jedenfalls auch in vielen Ländern nicht so eng

gesehen wird, wie es in vielen Diskussionen und vor allen Dingen in der Öffentlichkeit erscheint.

Ich betone hier noch einmal: Die Bedeutung und Überzeugungskraft des Föderalismus liegt in dem richtigen und wichtigen Gedanken der Dezentralisation und damit der Gewährleistung der kulturellen Vielfalt. Die unterschiedlichen Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden, ergeben das Ganze. Und das bedeutet, dass man eine Verantwortung des Bundes auf der gesamtstaatlichen Ebene auch anerkennen muss.

Der letzte Punkt, auf den ich hinweisen muss - und der ist vor allen Dingen mein Spezialpunkt - ist das, was in dem Fragenkatalog am Ende steht, nämlich die Frage nach den neuen künstlerischen Entwicklungen. Dazu würde ich gerne, wenn ich jetzt meine Zeit nicht überschreiten soll, etwas aussagen im Detail aus den Erfahrungen, die ich in der Arbeit seit September als Kurator des Hauptstadtkulturfonds gerade in diesem Bereich gesammelt habe, auch zu den Problemen, die dort entstehen und dazu, wie meiner Überzeugung nach diese Arbeit weiter geführt werden soll.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, ich denke das machen wir dann in der ersten Runde. In der Fragerunde wird sicherlich auf diesen Punkt noch einmal eingegangen werden. Wir wollten jetzt zunächst den Überblick über alle haben, und dann gehen wir in die spezifischen Bereiche noch einmal hinein. Professor Lehmann, wollen Sie dann fortfahren?

SV Professor Klaus-Dieter Lehmann (Stiftung Preussischer Kulturbesitz): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte an den Beginn meiner kurzen Ausführung einen Satz stellen, der heißt: Wer Berlins Zukunft will, muss mit der Kultur beginnen. Damit meine ich die Funktion als Hauptstadt. Ich glaube, dass sich heutzutage, ganz im Gegensatz zum 19. oder frühen 20. Jahrhundert, die Großstädte, die Metropolen, die Hauptstädte in erster Linie über die Kultur definieren und weniger über die Schwerindustrie oder Industrieanlagen, und mit der Politik, das wissen Sie selbst am besten, ist eben inzwischen auch durchaus eine Teilhabe innerhalb des europäischen Umfeldes passiert.

Die Möglichkeit, die eine Metropole hat, ist die, dass wir über die Kultur eine Dialogfähigkeit eines Landes leisten können. Nun wird man zu Recht sagen, dass Deutschland eine Vielzahl von geistigen Zentren hat. Und das ist auch richtig, und das ist auch eine Position, die wir stützen und beibehalten sollten, denn daraus kommt letztlich der Reichtum. Aber jeder wird auch empfinden, dass es auch für ausländische Betrachter außerordentlich schwierig ist, in den Dialog mit deutschen Partnern zu kommen. Das heißt, der Kulturföderalismus hat auch eine Verpflichtung, dass er wirklich wahrnehmbar ist, und ich kann mir vorstellen, dass hier in Berlin eine Chance besteht, auf der einen Seite die Ressourcen, die vorhanden sind, zu nutzen, auf der anderen Seite aber auch mit den Ländern in eine Moderatorenfunktion von Seiten des Bundes einzutreten.

Die Voraussetzungen, die Berlin als Hauptstadt im Hinblick auf die kulturelle Substanz hat, sehe ich natürlich aus meiner Position sehr stark auch mit dem Bereich verbunden, der für die kulturelle Überlieferung steht. Der also Museen, Bibliotheken und Archive betrifft, und da haben wir in der Stiftung Preussischer Kulturbesitz mit den 17 großen Museen, mit der Ethnologie, der Archäologie, der Kunst und der Staatsbibliothek und mit dem Preussischen Staatsarchiv eine Substanz, die in dieser Reichhaltigkeit sicher einzigartig ist. Sie gibt uns aber die Chance, genau diesen Dialog mit den anderen europäischen und internationalen Einrichtungen zu führen und damit auch wirklich diese Wahrnehmbarkeit zu leisten. Die Chance, die wir mit der Stiftung Preussischer Kulturbesitz haben, ist ihre Verfassung. Es ist eine gesamtstaatliche Verfassung. Insofern würde ich gerne auf diesen Punkt im Hinblick auf die Förderung des Bundes, im Hinblick auf Berlin, etwas näher eingehen.

Die Entstehung der Stiftungseinrichtungen ist eine preussische Entstehung. Sie ist im 19. Jahrhundert entstanden, aber letztlich ist sie 1870/1871 in ein Koordinatensystem auch gleichzeitig als deutsche Hauptstadt eingetreten. Das bedeutet, eine Betrachtung nur aus dem preussischen Erbe heraus wäre keine Chance für eine künftige Entwicklung. Es geht nicht an, dass wir nur das preussische Erbe bewahren.

Das wäre der falsche Ansatz. Den Reichtum in den Sammlungen muss man auch teilen, zugänglich machen, vermitteln, anregen. Insofern hat die Verfassung dieser Stiftung bewusst auch gesagt, der Gesamtzusammenhang soll erhalten bleiben, aber es soll natürlich eine zeitgenössische Fortführung sein. Wenn wir Kultur nur rückwärts gewandt betrachten, dann wird sie sehr schnell verstauben und wird keinen Aktivposten in unserer Gesellschaft spielen. Die Chance ist also in dieser Gesamtstaatlichkeit zu sehen, darin, dass der Bund und alle 16 Länder diese Stiftung tragen und finanzieren. Dabei ist für mich gar nicht so sehr entscheidend, welcher Schlüssel auf Bund und Länder angewandt wird, sondern ich will zunächst einmal wirklich sicherstellen, dass die 16 Länder insgesamt auch an dieser Stiftung beteiligt sind, weil ich damit am ehesten glaube, eine Fokussierung in der Form leisten zu können, dass die Länder und der Bund sich auch beteiligen. Wir haben so auch eine Chance, die Möglichkeiten der großen Sammlungen, der Ausstellungen, in einem föderalen Programm, auch in den Ländern, zu zeigen, so dass dieses kein Notopfer der Länder ist für Berlin, sondern wirklich ein föderales Programm. So dass wir einerseits in Berlin tätig sein können, andererseits aber in der Weise, dass wir auch nach außen wirken und dass wir auch von Berlin aus mit den Ländern gemeinsame kooperative Anstrengungen machen, um in den Ländern vorhanden zu sein.

Die Chance in dieser Konzentration liegt nicht so sehr nur in der institutionellen Förderung, sondern sie liegt auch darin, dass über Institutionen auch ein Klima in einer Stadt geschaffen werden kann, das Offenheit für Kunst, für Diskussion um Kunst und Kultur, möglich macht und das für Berlin ganz entscheidend ist, das eine Verbindung von Kunst und Wissenschaft ermöglicht. Das ist glaube ich ein Bereich, der auch bedacht werden sollte, dass wir gerade für die Kulturwissenschaft Ressourcen verfügbar machen, die in einer solchen Konzentration auch leben.

Quintessenz: Das Konzept einer Gesamtstaatlichkeit mit Bund und Beteiligung aller Länder erscheint mir ein wichtiger Hinweis zu sein, wie man in einer Hauptstadt mit einem Kulturföderalismus umgehen kann und trotzdem die Wahrnehmbarkeit sichert. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Nun Herr Professor Meyer bitte.

SV Prof. Dr. Hans Joachim Meyer (Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaats Sachsen): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, das Problem, dem sich diese Anhörung widmen will, ergibt sich nach meiner Überzeugung primär aus der praktischen Frage, wie in Berlin der aus unterschiedlichen geschichtlichen Gründen gewachsene Reichtum an kulturellen Einrichtungen erhalten werden kann.

Daher habe ich nicht die Absicht, dieses Problem im Rahmen solcher Kategorien wie Nationalkultur oder Hauptstadtkultur zu erörtern. Die deutsche Nationalkultur ist zwar keineswegs eine Schimäre, sondern existiert selbstverständlich als Teil der europäischen Kultur und der Weltkultur. An ihr haben aber alle Deutschen Landschaften Anteil. Sie wird mit Sicherheit nicht in erster Linie oder auch nur im besonderen Maße durch Berlin repräsentiert. Auch der Begriff der Hauptstadtkultur macht mir keinen rechten Sinn. Deutschland ist aus guten geschichtlichen Gründen föderal strukturiert. Die deutschen Länder existierten vor der Bundesrepublik, weshalb das Grundgesetz dennoch selbstverständlich keine Regelung zur Kulturhoheit der Länder enthält, sondern dem Bund auf diesem Gebiet so gut wie keine Kompetenzen zuweist. Andererseits ergeben sich die Probleme der Kulturförderung in Berlin ebenfalls aus einer geschichtlich gewachsenen Wirklichkeit. Der besondere Reichtum Berlins an kulturellen Einrichtungen ist vor allem eine Folge der Tatsache, dass diese Stadt über Jahrhunderte die Hauptstadt Preussens war. Das seinerseits dann später den mit Abstand größten Staat im Deutschen Reich darstellte. Auch die Rolle Berlins als Hauptstadt des Reiches hat zu dieser Entwicklung beigetragen. Schließlich ist die Zahl der kulturellen Einrichtungen in Berlin in den Jahrzehnten der deutschen Spaltung vermehrt worden. Die DDR, die ein Zentralstaat war, betrachtete Ost-Berlin als ihre Hauptstadt und konzentrierte auch dort ihre Kulturförderung. Die Bundesrepublik förderte ihrerseits im besonderen Maße das kulturelle Leben im ständig mehr oder weniger bedrohten oder jedenfalls in seiner Existenz beeinträchtigten West-Berlin. Für die Aufgabe Berlins, Hauptstadt der Bundesrepublik zu sein, ist dieses Ergebnis einer jahrhundertelangen Geschichte zunächst einmal ein großer Gewinn. Gemessen an der finanziellen Leistungsfähigkeit des

Landes Berlin, ist dieser Reichtum jedoch eine Bürde, die auf Dauer von diesem Land nicht getragen werden kann. Die Frage lautet also ganz praktisch: Soll es im Ergebnis der deutschen Einheit zu einer radikalen Reduzierung der kulturellen Einrichtungen in Berlin kommen? Das wäre ein trauriges Kapitel in der Geschichte des Einigungsprozesses. Oder ist dieser Reichtum nicht vielmehr auch im gesamtdeutschen Interesse, weil Berlin beispielhaft, nicht repräsentativ, auch nicht beispielgebend, aber beispielhaft, für das deutsche Kulturleben im europäischen und internationalen Wettbewerb der Metropolen eine Rolle spielen sollte? Auf diese Fragen kann es nur eine praktische Antwort geben. Die Länder beteiligten sich bereits am Erhalt von bedeutsamen kulturellen Einrichtungen in Berlin durch die Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Eine weitergehende Beteiligung halte ich weder für erreichbar, noch für wünschenswert. Ich darf daran erinnern, dass Länder und Kommunen in Deutschland den allergrößten Teil der finanziellen Lasten für das Kulturleben tragen.

Deshalb sollte ein verfassungskonformer Weg gefunden werden, auf dem sich der Bund maßgeblich an der Förderung kultureller Einrichtungen in Berlin beteiligt. Dabei halte ich die Frage, was für kulturelle Einrichtungen das sein sollten, für unerheblich und auch jedenfalls für nachrangig. Allerdings dürfte die Mehrheit meiner Amtsschwestern und Amtsbrüder diese Meinung nicht teilen.

Die Mehrheit der Länder scheint eine Form der Förderung zu bevorzugen, in der das Land Berlin auch weiterhin die Trägerschaft aller kulturellen Einrichtungen hat. Persönlich ziehe ich eine klare Trennung der Trägerschaften vor, um die jeweilige Verantwortung klar herauszustellen. Aber letztlich ist dies eine Frage, die Berlin und der Bund zu entscheiden haben.

Das Maß der Förderung sollte allerdings so bestimmt werden, dass Berlin für die kulturellen Einrichtungen in seiner Trägerschaft im Vergleich der deutschen Länder keine geringere finanzielle Verpflichtung zu leisten hat. Daher sehe ich auch überhaupt keinen Zusammenhang mit der kommunalen oder bürgerschaftlichen Dimension von Kulturförderung. Diese ist allein Angelegenheit Berlins.

Das besondere finanzielle Engagement des Bundes für Kultur in Berlin darf nicht zu Lasten der gewachsenen Fördertatbestände des Bundes in den anderen Ländern erfolgen, da diese ihrerseits zur Wahrung gesamtstaatliche Verantwortung auf kulturellem Gebiet übernommen wurden. Ausdrücklich füge ich hinzu, dass Förderaufgaben, wie sei derzeit von der Kulturstiftung der Länder wahrgenommen werden, nicht mit dieser Frage vermengt werden sollten. Ob bei entsprechender Beteiligung des Bundes daneben oder stattdessen eine Nationalstiftung für Aufgaben, für die es bisher kein geeignetes Finanzierungsinstrument gibt, errichtet werden sollte, zum Beispiel in einer ähnlichen Struktur wie beim Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, das bedarf gesonderter Erörterung.

Abschließend möchte ich noch einmal nachdrücklich für eine pragmatische Lösung und für eine realitätsbezogene Debatte plädieren. Meine Sorge ist, dass ein Übermaß an eher ideologischen Kriterien dazu führen könnte, Zeit zu verschwenden, statt wertvolle kulturelle Einrichtungen zu erhalten. Offen gestanden, treibt mich die Sorge um, dass wir uns mit dieser Art von kulturpolitischer Debatte international lächerlich machen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich muss jetzt den Kolleginnen und Kollegen die Mitteilung machen, dass im Parlament ein Hammelsprung stattfindet, und deshalb müssen wir die Sitzung für 20 Minuten unterbrechen. Ich bitte die Zuhörer um Verständnis.

Offensichtlich funktioniert die Sprechanlage hier nicht, so dass wir durch einen Anruf benachrichtigt wurden. Autos sind bestellt, also können wir auch schnell mit dem Auto hin und zurück fahren.

### **(Nach dem Ende der Unterbrechung)**

Die Vorsitzende: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte alle wieder Platz zu nehmen. Ich bitte auch die Experten, sich wieder zu uns zu gesellen. Herr Staatssekretär Dr. Hinz hat sich verabschiedet und entschuldigt, weil jetzt noch Haushalts-

beratungen für nächstes Jahr anstehen. Das ist im übrigen auch der Grund, warum Herr Senator Stölzl nicht selber anwesend ist.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich nehme diesen Hinweis ungerne zur Kenntnis. Ich will auf Folgendes ausdrücklich aufmerksam machen: Wir haben diese Anhörung, über deren Bedeutung wir jetzt kein Wort miteinander wechseln müssen, mit der Geschäftsgrundlage vereinbart, dass ganz selbstverständlich außer den von uns eingeladenen Sachverständigen die beiden Hauptbeteiligten und betroffenen Verhandlungspartner, die über den Gegenstand gegenwärtig reden und zu einem Ergebnis kommen sollen, der Gegenstand dieser Anhörung ist, nämlich der Kultursenator von Berlin und der Staatsminister für Kultur im Kanzleramt, anwesend sind. Dass sie nun allesamt ausnahmslos Wichtigeres zu tun haben, gefällt mir nicht. Ich lasse im Augenblick gerade feststellen, welche Anfragen den Staatsminister daran hindern, leibhaftig hier zu sein, und dass insbesondere auch sein gesamtes Amt, dass sein Stellvertreter auch nicht da ist, kann beispielsweise mit der Fragestunde im Deutschen Bundestag nicht begründet werden. Begründbar wäre beispielsweise gewesen, dass der Stellvertreter die Fragen im Bundestag heute ausnahmsweise beantwortet hätte, weil der Staatsminister für Kultur eine überragende Präsenzverpflichtung hier wegen dieser Anhörung gehabt hätte. Deswegen noch einmal – mir leuchtet sofort ein, dass es auch bei Zusage von Terminen Unvorhersehbarkeiten geben kann, die dann kurzfristig die Teilnahme verhindern, aber dass der Berliner Senat und die Bundesregierung schlicht und ergreifend gar nicht mehr vertreten sind, kann unter Hinweis auf Haushaltsverhandlungen und Fragestunde im Bundestag nicht plausibel begründet werden.

Die Vorsitzende: Ich kann nur sagen, dass die Zusage jeweils vorgelegen hat. Der Staatssekretär, Herr Dr. Hinz, hat gesagt, dass das Chefgespräch, das jetzt stattfindet, um 14.45 Uhr, das wissen Sie auch aus Ihrer Erfahrung, kurzfristig angesetzt wurde. Das ist nicht etwas, wo man sich unbedingt entziehen kann. Die Frage mit Herrn Naumann – er hat mir heute morgen ausdrücklich noch einmal versichert, dass

er kommen wollte. Durch diese Aktion im Bundestag, auch wieder von Ihrer Fraktion, Herr Lammert, ausgelöst, ist das auch ein Stückchen verlängert worden.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Völlig richtig. Frau Vorsitzende, daran wollen wir uns gleich einmal gewöhnen, die Sachverhalte präzise darzustellen. Ich habe mich auch erkundigt, weil ich über die Unterbrechung der Sitzung genauso unglücklich bin wie Sie. Nach der Auskunft, die ich gerade bekommen habe, hat die CDU/CSU-Fraktion das Zitieren des Finanzministers beantragt. Das ist ein, wie Sie einräumen werden, üblicher parlamentarischer Vorgang. Daraufhin hat der Vizepräsident, der amtierende Präsident, über diesen Antrag abstimmen lassen und eine Mehrheit für diesen Antrag festgestellt. So etwas soll vorkommen. Daraufhin hat eine der Schriftführerinnen das Abstimmungsergebnis bezweifelt, was auch vorkommt. Woraus sich dann wiederum mit einer gewissen Zwangsläufigkeit der Hammelsprung ergibt, der auf unseren Antrag zustande gekommen ist. Darauf lege ich schon allergrößten Wert.

Die Vorsitzende: Herr Barthel und Frau Vollmer haben sich hierzu zu Wort gemeldet.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Vorhin ist gesagt worden, viele außerhalb Deutschlands verstehen unsere Diskussion nicht, wenn es um die Hauptstadtkulturförderung geht. Ich glaube, viele verstehen außerhalb des Parlaments auch nicht die Diskussion, die wir jetzt führen. Wir haben eine wichtige Anhörung, und ich glaube schon, dass gerade das Land Berlin hier auch vertreten sein soll. Ich finde das sehr bedauerlich, dass weder der Senator noch sein Staatssekretär hier ist. Mit Herrn Naumann haben wir häufig die Gelegenheit. Wir haben aber nicht immer die Gelegenheit, mit dem Kultursenator des Landes Berlin zu sprechen.

Es gibt Punkte, wo ich Sie unterstütze. Ich gehe davon aus, dass der Staatsminister bald kommt. Bloß ob Herr Stölzl oder Herr Dr. Hinze kommt, da bin ich mir inzwischen sehr unsicher, wenn einer von ihnen gerade wieder gegangen ist. Das ist ein Problem, aber ich glaube, wir sollten uns trotzdem die Möglichkeit jetzt nicht durch lange Reden wegnehmen lassen, die eingeladenen Experten zu befragen, das

wäre vielleicht der Sache dienlicher, als dass wir unsere kleinen Geschäftsordnungsspielchen machen.

Die Vorsitzende: Frau Vollmer.

Abg. Dr. Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin durchaus damit einverstanden, dass jetzt Bemühungen unternommen werden, den Einen oder Anderen hierher zu kriegen, ich will jetzt aber sofort weitermachen.

Die Vorsitzende: Das Sekretariat wird sich bemühen, auf jeden Fall einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin für die jeweiligen Institutionen hierher zu holen, aber ich würde trotzdem vorschlagen, dass wir die Experten, die wir eingeladen haben, dann auch hören können, und deswegen würde ich jetzt auch Herrn Grosse-Brockhoff das Wort geben.

SV Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Kulturdezernent der Stadt Düsseldorf): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, es beruhigt mich außerordentlich, dass solche Debatten nicht nur in kommunalen Parlamenten geführt werden, sondern auch in diesem Hohen Hause, und so bewundere ich auch Ihren Mut, nicht nur einen Kommunalvertreter hierher geladen zu haben, sondern ausgerechnet einen Rheinländer. Die Rheinländer sind nicht gerade bekannt als die treuesten Bundesgenossen Berlins, schielen sie doch immer gleichzeitig auch nach Paris und fühlen sich wohl in der Mitte zwischen Berlin und Paris. Aber ich kann Sie beruhigen, wir am Rhein sind ausdrücklich für ein stärkeres Engagement des Bundes in Berlin und in Bonn, und zwar stärker als es sich bisher abzeichnet. Denn im Rheinland kennen wir einen alten Kaufmannsgrundsatz, und der heißt: Konkurrenz hebt nun einmal das Geschäft. Es ist unsere Überzeugung, dass alle Städte der Bundesrepublik, alle Länder und namentlich auch alle Landeshauptstädte ein hohes Interesse daran haben müssen, dass in Berlin der Bund sich so engagiert, dass es auch hier in unseren Städten Anlass gibt, Paroli zu bieten, Gegengewichte zu bilden und zu wetteifern mit der Bundeshauptstadt Berlin. Ich sehe darin einen Anreiz und meine,

dass wir damit auch insgesamt die Chance haben, die Kultur in dieser Republik nach vorne zu bekommen.

Ich habe auch den Eindruck, meine Damen und Herren, dass wir im Rheinland hier schon Konsequenzen gezogen haben. So haben sich etwa die Kulturdezernenten am Rhein, sprich Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg, zur sogenannten „Rheinland-AG“ zusammengeschlossen, um ganz bewusst auch im Hinblick auf Berlin ein Gegengewicht im Westen zu bilden und gemeinsam, Sie wissen um die Konkurrenz etwa zwischen Düsseldorf und Köln, gemeinsam zur Landesregierung zu gehen und hier Gemeinschaftsprojekte im Hinblick auf ein Gegengewicht zu Berlin von der Landesregierung stärker gefördert zu bekommen. Da sehen wir auch im Moment, dass sich in der Debatte hier um die Hauptstadt Kulturförderung eine fatale Parallele zur Situation in Nordrhein-Westfalen abzeichnet. Wir haben unbestreitbar eine der dichtesten Kulturlandschaften in NRW, aber so richtig Spitze sind wir nur in Ausnahmefällen. Ich nenne mal einfach einen unbestreitbaren, etwa Pina Bausch. Ich habe die Sorge, dass wir es mit dem Föderalismus übertreiben und im Ergebnis zwar überall gleichmäßig Kultur haben, aber eben auch in gleichem Maße mäßig. Ich meine, diesen Fehler Nordrhein-Westfalens, den ich auch kritisiere an NRW als Vertreter der Landeshauptstadt, sollten wir bundesweit, was Berlin anbelangt, nicht wiederholen.

Was nun die Frage der Beteiligung des Bundes angeht, halte ich offen gestanden wenig von den derzeit diskutierten Modellen. Weder halte ich etwas von einer reinen Bezuschussung durch den Bund, noch von einer kompletten 100%igen Übernahme weniger Projekte und Institutionen durch den Bund. Ich halte vielmehr, gerade dort, wo es gewachsene Berliner Strukturen gibt, erheblich mehr von differenzierten, je nach Fall zugeschnittenen Partnerschaftsmodellen in neuen Rechtsformen, wie Stiftungen, GmbH etc. Ich sehe hier gleich mehrere Vorteile: Der Bund kann sich an mehr Institutionen beteiligen, als derzeit in der Diskussion befindlich. Sodann wird Berlin nicht aus der Verantwortung entlassen, aber es wird entlastet. Drittens könnten durch eine Beteiligung einer, meines Erachtens neu zu strukturierenden Kulturstiftung der Länder, auch die Länder einbezogen werden, was ich angesichts

unseres nun einmal vorgegebenen Kulturföderalismus, der seine großartigen Seiten hat, für unabweisbar notwendig halte. Der wichtigste vierte Grund ist für mich, die Einrichtungen erhalten eine höhere Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Übrigens auch, was die Freiheit der Kunst anbelangt und um die geht es uns wohl letztlich allen.

Es gibt auch die Möglichkeit, private Dritte zu beteiligen. Machen wir uns nichts vor – die Zukunft der kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik, liegt überall nicht in einem Mehr, sondern in einem Weniger an Staat und in einer Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements, wie wir es bis 1933 gekannt haben und alle gemeinsam in Kommunen, Land, Bund nach '45 nicht wieder belebt haben. Hier gibt es einen Bruch der Kontinuität. Das soll keineswegs einen Rückzug des Staates bedeuten und der Kommunen aus dem finanziellen Engagement, sondern gerade Beteiligung eben auch an den Stimmrechten bei gleicher Finanzierung, wie sie bisher jedenfalls üblich war. In Düsseldorf machen wir damit derzeit beste Erfahrungen. Wir beteiligen uns an mehreren großen Projekten, in der Rechtsform von Stiftungen und GmbH, nicht nur Landschaftsverband und andere Stiftungen, sondern auch Unternehmen, wie VEBA, jetzt e.on, und das Haus Henkel, und wir bekommen von diesen nicht etwa nur zweistellige Millionenbeträge, sondern wir auch erlernen von ihnen einen anderen Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers und einen erheblich höheren unternehmerischen Mut, auch zum Risiko und zum Neuen, zum Großen, als wir es bisher von der Politik gewohnt sind, und Nutznießer ist nach unseren Erfahrungen immer die Kunst und ihre Freiheit. Ich meine, der Bund und Land Berlin sollten sich solchen Modellen ebenfalls öffnen.

Was das Thema Stiftungen im übrigen anbelangt, bin ich der Meinung, dass wir überlegen sollten, ob nicht die relativ begrenzten Kulturkompetenzen des Bundes mit den umfassenden der Länder in ihrer Verantwortung für die gesamtstaatliche Kultur in einer neuen Stiftung zusammen geführt werden, für die die Kulturstiftung der Länder eine Grundlage, eine Basis abgeben könnte. Ob man dann in eine solche Stiftung, Herr Professor Lehmann, auch die Stiftung Preussischer Kulturbesitz einbringt, beide möglicher Weise auch zusammen bringt, und damit auf eine neue Grundlage stellt, sollte man zumindest prüfen. Nicht zuletzt könnte meines Erachtens

eine solche Stiftung auch eine Mitverantwortung für die Bonner Probleme übernehmen, denn wie in der Nachkriegszeit die Stiftung Preussischer Kulturbesitz Verantwortung für das Erbe Preussens übernommen hat, so haben meines Erachtens Bund und Länder gemeinsam, wenn auch in vielleicht etwas anderen Dimensionen, die Verantwortung für die kulturelle Hinterlassenschaft der jungen Bundesrepublik in Bonn zu übernehmen.

Bonns Kunstmuseum, Oper, Schauspiel, sein Beethoven-Komplex, wie es mein Kollege von Uslar nennt, also Beethoven-Haus, Beethoven-Fest, Orchester etc, gäbe es ohne die 40 Jahre der Bundesrepublik, die ersten 40 Jahre, nicht. Auf diesem Erbe können wir meines Erachtens Bonn nicht sitzen lassen.

Ich kann gerne, wenn Sie es wünschen, darauf eingehen, welche Häuser aus meiner Sicht vom Bund in eine stärkere Verantwortung genommen werden sollten. Nach dem von mir skizzierten Modell, will ich Ihnen gerne sagen, der derzeitige Katalog, der diskutiert wird, erscheint mir nicht sehr logisch, und ich sehe hier die Notwendigkeit, zum Beispiel, dass eindeutig jede Sparte im Theater- und Musikwesen in unserem Lande, also Oper, Schauspiel, Ballett, Konzertwesen, ein Haus in Berlin haben als Flaggschiff, das wesentlich vom Bund finanziert wird. Das vermisse ich im Moment in der Liste, warum zum Beispiel Gropius-Bau und auch das neue Jüdische Museum zu 100 % durch den Bund übernommen werden sollen, ist mir offen gestanden nicht ganz nachvollziehbar, aber darüber können wir ebenso diskutieren, wie darüber, was für Notwendigkeiten ich konkret in Bonn sehe. Übrigens auch, mit welchen Beträgen. Ich danke Ihnen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich möchte vielleicht noch einmal daran erinnern, dass wir nicht ausschließlich die Frage des vorgelegten Modells hier heute diskutieren wollen, sprich was bezahlt der Bund und was bezahlen die Länder, sondern dass wir die Frage, was macht eine Hauptstadtkultur aus und was macht die eigentlich zur Metropole und was sind die Unterscheidungen vielleicht in einem föderalen System auch noch einmal hervorheben. Ich bitte die nächsten Redner, das einfach nur mit im Kopf zu behalten, dass das eine ganz wichtige Frage war.

Daneben möchte ich dann jetzt den Staatsminister Naumann, der die Fragen im Parlament beantwortet hat, begrüßen, und ich gebe ihm dann am Schluss die Möglichkeit für ein Statement. Jetzt machen wir erst einmal weiter mit Herrn Rochholl.

SV Andreas Rochholl (Zeitgenössische Oper Berlin): Herr Staatsminister, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete. Das Musiktheater, die Oper ist Deutschland teuerstes Kulturgut. In mehrfacher Hinsicht. Aus öffentlichen Händen werden 80 Opernhäuser finanziert. In den einzelnen Kommunen und Ländern ist dieser Bereich jeweils der größte Posten im Kulturretat. Deutschland ist auch mit seiner Opernlandschaft solitär in der ganzen Welt. Also ist gerade dieses Feld doch anscheinend ein ganz zentrales Feld, in dem es zu bedenken gilt, in welcher Form der Bund sich gerade hier engagieren soll, weil es doch schließlich das teuerste ist.

Als der Reichstag, der Sitz des Bundestages, neu eingerichtet wurde mit Bildender Kunst, hat man sehr differenziert und lange darüber diskutiert, und es ist eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass über zeitgenössische bildende Kunst gesprochen wurde. Das sieht im Musiktheater nicht anders aus. Ich würde Ihnen gerne dieses Erlebnis ermöglichen, dass es zeitgenössische Oper im Bundestag gibt. Es gibt ein wunderbares Werk von Mauricio Kagel „Der Tribun - für einen politischen Redner. Marschklänge und Lautsprecher“. Das ist zeitgenössische Oper, die im Bundestag sicherlich einen sehr schönen Raum finden würde. Aber der Umstand, dass man über zeitgenössische Oper gar nicht erst anfängt nachzudenken in solchen Kontexten, liegt sicherlich in einer sehr festgefahrenen inhaltlichen Diskussion. Zuerst möchte ich aber eine Frage beantworten, die Sie gestellt haben. Sie haben uns einen langen Fragenkatalog zum Studium mitgegeben. Kriterien, Frage zwei. Kriterien, welche Projekte und Inhalte sind würdig einer Hauptstadt Kultur? Dazu möchte ich vier kurze Gedanken äußern.

Hauptstadtkultur sollte von dem Charakter einer Dienstleistung geprägt sein. Dienstleistung an die Bundesländer, Dienstleistung an die Staaten, die in Berlin eine Vertretung unterhalten.

Zweitens: Die Identität der Hauptstadtkultur wird sehr geprägt durch die Inhalte, die einzig in ihrer Art sind, durch diese Institutionen, die generationsübergreifend, sinnstiftend an neuen Inhalten arbeiten, und deren Arbeit überregional als solche auch anerkannt ist.

Drittens: Das politische Bekenntnis zur europäischen Integration müsste in der Hauptstadtkultur seinen Ausdruck finden.

Viertens: Die kritische und freudige Auseinandersetzung mit der Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 sollte einen Schwerpunkt bilden. Innovative kulturelle Prozesse brauchen vor allem die spannungsvolle Auseinandersetzung mit der eigenen Generation, denen der Eltern und denen der Großeltern. Über das kulturelle Erbe der Zeit davor herrscht meist schon Common Sense. Es wäre gerade wichtig, dass sich das repräsentative Element der Hauptstadtkultur nicht vorwiegend aus jenen Inhalten zusammensetzt, deren Wert allgemein nicht mehr angezweifelt wird. Ein Beispiel mag dafür die Architektur sein. Die Architektur ist in der Bundesrepublik lediglich vertreten, die Belange der Architektur im Wirtschaftsministerium. Das halte ich für ein Defizit, weil es wesentliche Fragen gibt, wie der Umgang mit der Architektur der 60er Jahre oder die Denkmalpflege, die im bundesdeutschen Kontext fruchtbar zu diskutieren wären.

Für das Genre, für das ich hier eingeladen wurde, möchte ich die gleichen Fragen nun stellen: Welche Institution ist in ihr einzig, nachhaltig und überregional sinnstiftend? Wie ist im Bereich der Oper den Ländern zu helfen, bei den Aufgaben, die sie selbst nicht ökonomisch und effizient lösen können? Drittens: Wie ist der Gedanke der europäischen Integration in diesem Genre zu fördern, und wie ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu fördern?

Ich werde jetzt nicht der Versuchung erliegen, die Zeitgenössische Oper Berlin als Lösung all dieser Fragen Ihnen zu beschreiben. Unsere Arbeit möchte nur Anregungen und Impulse für diese doch sehr wesentliche Richtung des deutschen Kulturlebens geben.

Die Opernhäuser, die sich die Kommunen und Ländern leisten, hatten, das werden Sie aus Ihrem Alltag in der Beobachtung kennen, überall das gleiche Problem: Weniger Geld. Und es ist überall, mehr oder weniger, es gibt rühmliche Ausnahmen, zu den gleichen Ergebnissen gekommen. Die Spielpläne wurden reduziert, die Spieltage wurden reduziert. Es wird zur Zeit viel über die drei Berliner Opernhäuser diskutiert. Sie werden gescholten. Es ist nicht ganz gerecht, weil diese wirtschaftlichen und auch inhaltlichen Probleme lassen sich landauf, landab in ganz kleinen und in ganz großen Häusern beobachten. Aber sie haben auch überall zu den gleichen wirklichen geistigen Einschnitten geführt, nämlich dass vor allen Dingen die Werke seit 1945 wenig gespielt werden und immer weniger gespielt werden. Ich glaube, Sie können alle aus Ihrer eigenen Verantwortung in Ihrem Feld das nachempfinden, wie wesentlich es ist, gerade die Auseinandersetzungen mit dieser Zeit zu führen, das Erlebnis dieser Werke in sich zu tragen, um in Verantwortung die weitere Zukunft planen zu können. Dafür möchte die Zeitgenössische Oper Berlin einen Beitrag leisten, und hier höre ich an diesem Punkt auf, und es gibt sicherlich weitere Fragen. Danke schön.

Die Vorsitzende: Danke schön. Ich danke für die Disziplin. Sie hilft uns, dass wir im Anschluss sicherlich noch, trotz der Unterbrechung, auch zu den Fragen kommen. Jetzt darf ich Herrn Biesenbach bitten.

SV Klaus Biesenbach (KunstWerke Berlin e.V.): Ich möchte auch versuchen mich kurz zu fassen, und zwar denke ich, dass ich eingeladen wurde zu dieser Anhörung, weil ich beruflich eine Doppelrolle habe, da ich zwischen zwei Städten stehe und meinen Beruf in diesen beiden Städten ausübe. Ich bin Ausstellungsmacher für zeitgenössische Kunst im Sinne eines wirklich erweiterten Kunstbegriffs, und zwar mache ich das einerseits an einem Kunstzentrum PS1 in New York, das 1976 als eine alte Schule entstanden ist und das vor drei Jahren, ich arbeite seit viereinhalb

Jahren dort, nach großer Renovierung wieder eröffnet worden ist. Was einen sehr großen Publikumserfolg hatte, aber dann, weil es keine Sammlung hat, weil es kein Geld hat, doch drohte in Konkurs zu gehen. Das Museum of Modern Art hat mit dieser Institution fusioniert, das heißt, dass ich eigentlich durch einen Zufall dann zu einem Kurator an einem der größten Museen der Welt geworden bin, also mehr oder weniger adoptiert wurde. Das PS1 ist die eine Arbeit, die andere Arbeit ist eine Institution hier in Berlin, die KunstWerke. Sicherlich die kleinste Institution, die hier zur Anhörung eingeladen ist. Eine Institution, die sich mit bildender Kunst beschäftigt. Die Kunstwerke sind nach dem Mauerfall entstanden in einer leerstehenden Margarinefabrik, und ich war damals Medizinstudent. Es war alles irgendwo eine etwas konfuse Situation. Aber auch nur über diese Einzigartigkeit dieser ersten Jahre nach dem Mauerfall konnte so etwas überhaupt entstehen.

Ich werde dazu vielleicht ganz kurz etwas sagen, weil die Wenigsten sicherlich wissen, um was es sich hier handelt. Es handelt sich bei den KunstWerken eigentlich um eine Art Atelierhaus, eine Produktionsebene. Es ist eine Art Probebühne, Premierentheater, aber vom Bereich der bildenden Kunst ausgehend, wir beschäftigen uns von der bildenden Kunst ausgehend aber auch mit Architektur, mit Film, mit Mode, Design. Das heißt also im Gegensatz zu den Institutionen, die jetzt auch in diesen Hauptstadtvertrag mit aufgenommen sind, geht es hier wirklich um die Produktionsebene. Es sind Künstler vor Ort, die produzieren. Herr Sauberzweig fing seine Rede an mit den Worten „Berlin ist eine Metropole im Werden“. In diesem Vergleich, den ich mit New York alle zwei Wochen im Wechsel habe, kann ich das nur absolut unterstreichen, und diese Diskussion, föderaler Staat und Berlin, hat für mich zwei Aspekte. Das hat einerseits den Aspekt, dass es eben diese föderale Diskussion ist, den nationalen Gesichtspunkt, und dann würde ich sagen, weil Deutschland föderal organisiert ist, muss Berlin besonders gefördert werden, weil es sonst eine Hauptstadt wäre, in einem anders organisierten Staat wären hier viel mehr Geldmittel, viel mehr Sammler, ein ganz anderer Markt. Weil Deutschland föderal ist, die kritische Masse hier in Vielem fehlt, muss Berlin besonders gefördert werden. Als internationalen Gesichtspunkt, da habe ich durch diesen Wechsel alle zwei Wochen die Gelegenheit zum Vergleich, kann ich sagen, dass Berlin sehr, sehr ernst ge-

nommen wird international, und dass nicht nur für jemand, der in Recklinghausen oder in Kürten, wie in meinem Fall, aufwächst, Berlin das Ziel ist, wo er hin möchte, sondern mittlerweile auch für Leute, die aus Glasgow kommen, aus den Niederlanden kommen, aus Skandinavien, Dänen, aus allen möglichen nordeuropäischen Länder. Jetzt auch vermehrt, wenn sich die EG etwas öffnet, aus dem Osten. Das ist die Wahlmetropole. Auch wenn wir sagen „sie wird“, aber für diese Leute ist Berlin der Wahlort. Das ist eine ungeheuere Attraktion für junge Künstler, weil es unübersichtlich ist, weil hier ein Wettbewerb, eine kritische Masse an anderen Künstlern ist, weil hier die Lebensqualität und die Dichte an kreativem Potential einfach extrem hoch ist. Ich würde argumentieren, dass eine Stadt dadurch eine wichtige kreative Stadt ist, dass Kunst dort entsteht. Es gibt dieses wunderbare Buch, dass New York die Avantgarde Paris gestohlen hat in den 50er Jahren, weil auf einmal da die wichtigen Maler waren.

Es gibt im Augenblick auch kleine Städte, wie Glasgow, die wichtig sind, weil Kunst produziert wird, aber wir haben mit Berlin einfach einen wunderbaren Produktionsort, es ist wunderbar, dass die Stadt so leer ist, weil die Leute Ateliers haben, sie haben Produktionsmöglichkeiten – noch. Deshalb ist Berlin noch in der Produktion extrem wichtig. Ich würde aber bei all Ihren Verhandlungen bitte zu bedenken geben, dass Sie die Produktionsebene mit bedenken, denn Sie fördern alles, was reproduziert, konserviert, überliefert. Sie fördert die Arrivierten. Ich gehe auf Risiko mit dem, was wir in den Kunstwerken machen. Das sind keine etablierten Werte, aber die Produktionsebene muss irgendwie gefördert werden. Die ist in diesen ganzen Verhandlungen nicht drin. Ich möchte einfach zu bedenken geben, dass Sie bei all Ihren Verhandlungen nicht vergessen, dass Kultur an einem Ort, der auf der internationalen Landkarte wichtig ist, dass Kultur dort erfunden wird, gemacht wird, entwickelt wird. Eine Stadt mit vielen Museen und Kunstschatzen ist immer ein touristisches Ziel, aber wo Kultur passiert und wo Kultur letztendlich entsteht und im Nachhinein eine Wirkung hat, dass da, wo junge Künstler Möglichkeiten haben zu experimentieren, und schon mal geht es gut und schon mal geht es nicht gut, dieser Aspekt darf auf keinen Fall vernachlässigt werden. Kommen Sie zu uns, Sie sehen

vieles, was nicht gut geht. Aber schon einmal geht es richtig gut. Dann hat es auch eine Bedeutung. Ich werde damit dann aufhören. Danke.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Es war gut, das von zwei Seiten zu betrachten, und ich darf dann Frau Fetscher bitten.

SV'e Caroline Fetscher (Journalistin): Meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende, Herr Staatsminister. Was kann eine Kulturjournalistin in einem solchen Forum erzählen? Ich hoffe, dass meine Überlegungen ein wenig anschließen an das, was Herr Biesenbach hier eben vorgetragen hat.

Ich habe mich gefragt, da ich mich nun keiner Sparte zuordne, nicht der Oper, nicht der Kunst usw., was eigentlich über den Tellerrand hinausgehend einer der akutesten, einer der aktuellsten Gedanken zur Stadt Berlin sein kann. Ich werde Ihnen das jetzt hier vortragen, und Sie verzeihen mir, wenn das an einigen Stellen vielleicht provokant klingt.

Als die Hauptstadt von Bonn nach Berlin zog, ist sie auch geographisch und politisch auf den Osten zugegangen. Auf die Bundesländer, die neuen der Republik, und auf die Nachbarländer in Europa, in Osteuropa. Die kulturpolitische Aufgabe der Hauptstadt ist allein dadurch neu definiert. Die Hauptstadt kommuniziert heute von einer anderen Position aus als Bonn mit dem Umland und dem Ausland. Jede erhöhte und besondere Aufmerksamkeit, die der Bund dem Land Berlin, auch in Form finanzieller Förderung, zukommen lässt, misst sich auch daran, wie weit es Berlin gelingt, integrativ zu sein, den Dialog mit der eigenen Geschichte und den Dialog mit der ganzen Föderation, insbesondere mit den neuen Bundesländern zu eröffnen. An der Stelle, meine Damen und Herren, glaube ich, mangelt es noch sehr.

Es käme meiner Ansicht nach darauf an, dass die Metropole als Zentrum verstärkt mit der Peripherie kommuniziert und sich nicht selbstreferentiell verhält. Das Wort Nation will ich hier aussparen. Ich würde die Metropole gerne verstehen als einen Ort, als einen verdichteten, bewegten Raum in einem Internet von Kultur. Auf diese

Aufgabe bereitet sich Berlin erst vor. Die Peripherie ins Zentrum zu holen, dafür ist beispielsweise der Vorschlag von Herrn Professor Lehmann, die außereuropäische Kultur im Zentrum der Stadt anzusiedeln, auf den Platz des Stadtschlusses zu holen, beispielhaft. Nicht allein auf der konkreten und pragmatischen Ebene, sondern auch auf einer kultursymbolischen. In unserer Mitte ist Raum für andere, bedeutet diese Geste. Ich möchte ein paar weitere Anregungen dazu geben und Sie auf einen Umstand noch einmal aufmerksam machen, den Sie wahrscheinlich alle kennen, aber doch immer wieder vergessen. Ein sehr aktueller Zustand: In Berlin gibt es wieder eine Mauer. Die Mauer betrifft alle Menschen mit einer Hautfarbe, die nicht weiss ist oder die asiatisch aussehen, und ich bin nicht die Erste, die das in diesen Tagen sagt, gestern hat Joschka Fischer das in der Anhörung zur Auswärtigen Kulturpolitik ganz deutlich hervorgehoben. Dass es ein Skandalon ist, in welchem Zustand sich die neuen Bundesländer hier befinden, die viele wertvolle, wunderbare kulturpolitische Anstrengungen in ihren urbanen Zentren hervorbringen, aber doch sich um das Umland zu wenig kümmern. Für Ausländer in Berlin ist Westberlin und Westdeutschland ein sicherer Aufenthaltsort. Das heißt, sie reisen wie zu Transitzeiten, während der Osten der Stadt und die neuen Länder für sie so gut wie Tabus sind. Joschka Fischer hat gestern gesagt, es ist fast nicht mehr möglich, Wissenschaftler, denen man ansieht, dass sie Ausländer sind, an Universitäten, an Hochschulen in den neuen Bundesländern zu vermitteln. Das ist ein Skandalon, und es ist eine kulturpolitische Aufgaben, dem entgegen zu wirken.

Hinzu kommt nicht nur das Ressentiment des Umlandes gegen die Ausländer, es kommt ein Ressentiment des Umlandes, ein etwas traditionelleres, ein antiurbanes Sentiment, auch hinein. Das Umland ist an Berlin nicht genügend interessiert und Berlin reicht dem Umland nicht weit genug die Hand, umarmt das Land nicht, wie ich finde, dass es sein müsste. Joschka Fischer hat mit Recht auch gesagt, alles, was wir in dieser Stadt kulturpolitisch dazu tun, dass sich diese Situation verändert, kommt der gesamten Föderation zu Gute. Jede Förderung, die wir in dieser Richtung, und Herr Biesenbach erwähnte es vorhin mit den jungen Künstlern, die wir in die Stadt holen, jede Förderung, die wir der Stadt Berlin, dem Land Berlin, in dieser Richtung zukommen lassen, dient der ganzen Föderation. Es dient nicht Berlin

und seiner selbstreferentiellen, seiner repräsentantischen Position, sondern es dient der ganzen Föderation, und Berlin hat da ganz besondere Aufgaben der Integration im Augenblick zu leisten und verdient darum in meinen Augen ganz extrem mehr an Förderung als es vorher der Fall war. Und zwar vielleicht für eine transitorische Phase, vielleicht für eine Phase, bis dieses etwas gelöster ist, aber es muss im Moment sein, um Berlin zu einer europäischen Metropole, zu einer internationalen Metropole zu machen.

Ich habe hier noch ein paar kleine konkrete Gedanken dazu angefügt, die ich bitte auch als metaphorisch zu lesen. Ich habe mir zum Beispiel vorgestellt, ob es nicht Kulturbusse geben kann, die ins Umland fahren und Menschen, die dort interessiert sind an der Hauptstadtkultur, in die Museen, in die Opern, zu Sonderpreisen an die Schaubühne, zum Berliner Ensemble bringen könnten. Wo das Zentrum auch zeigt, wir schenken euch was, wir haben eine reiche Kultur, wir haben Museen hier, wir geben euch etwas davon ab. Ich habe mich auch gefragt, warum in der Hauptstadtkulturdebatte die türkische Kultur keine Rolle spielt. Ich will jetzt hier nicht die Randgruppenadvokatin sein, aber es ist ganz klar, dass die türkische Kultur inzwischen ein großer Bestandteil ist der Berliner Kultur, der Hauptstadtkultur. Auch wenn die Damen und Herren unruhig werden und sich das nicht anhören mögen. Es ist eine Tatsache. Es gibt bei uns keine deutsch-türkische Kultureinrichtung, die vom Bund oder von der Stadt Berlin gefördert wird. Keine hochrangige. Es gibt übrigens auch keine staatlich geförderte anglophone Kultureinrichtung. In einer Stadt, in der zunehmend Diplomaten, Korrespondenten, in der Wirtschaft tätige Menschen leben, deren Primärkultur anglophon ist. Ganz abgesehen von einer großen Menge von Besuchertouristen, die in die Stadt kommen. Auch auf das hat Joschka Fischer gestern hingewiesen. Wir kommen nicht daran vorbei, dass Englisch die Lingua Franca ist und dass es für uns alle eigentlich die zweite Sprache ist.

Berlin entwickelt sich zu einer der faszinierendsten Metropolen, das haben wir eigentlich aus jedem Beitrag hier herausgelesen. Keine europäische Metropole kann es sich mehr leisten, nicht auch eine dezidiert internationale zu sein. Sie muss es sein.

Ich ende einfach mit meinem Wunsch, dass Berlin als der große Integrator wirkt in unserer Republik und dass Berlin dafür steht, dass wir Inklusion und nicht Exklusion uns wünschen. Danke.

Die Vorsitzende: Dann gehen wir zum letzten der geladenen Sachverständigen, Herrn Flierl, und dann Staatsminister Naumann.

SV Dr. Thomas Flierl (Bezirksstadtrat): Frau Vorsitzende, Herr Staatsminister, meine Damen und Herren, als jemand, der in der Mitte der Stadt stadtentwicklungspolitische Verantwortung hat, kann ich viele kulturelle Befunde meiner beiden Vorredner außerordentlich unterstützen. Dennoch würde ich gerne auf der begrifflichen Unterscheidung zwischen Kultur in der Hauptstadt und Hauptstadtkultur bestehen wollen. Es sind keine deckungsgleichen Begriffe, und wir müssen diese Spannung aufnehmen und ausmessen und möglicherweise produktiv machen. Weder ist, wie letztens zu hören war, Berliner Kulturpolitik unmittelbar Bundeskulturpolitik, noch ist alle auf Berlin bezogene Kulturpolitik unmittelbar Hauptstadtpolitik. Ich denke, dass wir doch konzedieren müssen, dass Berlin leider nicht die rheinländische Tradition der Städte hat und dass wir insofern auch in die Diskussionen bringen müssen, dass Berlin seit Jahren und geschichtlich geprägt unter einem traditionell schwachen kommunalen Selbstverständnis leidet und dass die Bemühungen der städtischen Kulturpolitik noch nicht so lange zurück reichen und in besonderer Weise der Hauptstadtkonkurrenz der beiden deutschen Staaten, bzw. den neuen Möglichkeiten nach 1990 zu verdanken sind und dass in diesen Jahren in der Tat Ansätze einer urbanen, pluralen, alternativen, multikulturellen und polizentrischen Stadtkultur entstanden sind, die für eine solche Metropole ebenso entscheidend sind wie die traditionellen großen Institutionen von gesamtstädtischer und überregionaler Bedeutung. Das heißt, nach meiner Auffassung kommt es vor allem darauf an, die kulturpolitischen Akteure der Hauptstadtkulturpolitik zu konstituieren. Das heißt, die Stadt, den Staat, und genau zu überlegen, was denn nun eigentlich hauptstadtbedingte und gesamtstaatliche Aufgaben sind.

Blicken wir kurz zurück. Seit 1990 gibt es eine in mehreren Phasen sich vollziehende Verständigung über diese Kulturaufgaben des Bundes. Da war die Übergangsphase nach 1990, die vom Einigungsvertrag bestimmt war, die Fragestellung, dass im Interesse des Erhalts der kulturellen Substanzen im Beitrittsgebiet kulturelle Einrichtungen auf die Länder und Kommunen übertragen wurden. Dass es ausnahmsweise, insbesondere für das Land Berlin, eine Mitfinanzierungsmöglichkeit durch den Bund geben sollte und diese Übergangsfinanzierung, die durchaus sehr wirkungsvoll war, ist dann aber bald, auch wegen der Kritik der Länder an dieser Mitfinanzierung, aus verfassungsrechtlichen Gründen aufgegeben worden. Der Einigungsvertrag ist zwar im Hinblick auf die Weiterführung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz vorbildlich realisiert worden, aber diese Übergangsfinanzierung des Bundes ist bald aufgegeben worden bei gleichzeitiger Reduzierung der Berlin-Hilfe. Als dann diese Übergangsfinanzierung durch die Hauptstadtkulturförderung im Rahmen des Hauptstadtvertrages abgelöst wurde, wurde aber über die Aufgabe der Hauptstadtkulturförderung gesondert nicht diskutiert, sondern es wurde sehr pragmatisch die Liste des Substanzerhaltungsprogramms aus der Übergangsfinanzierung, die lange Ostberliner Liste, reduziert auf Staatsoper, Schauspielhaus und Deutsches Theater und ergänzt um Deutsche Oper, Philharmoniker und Haus der Kulturen der Welt. Das ist heute nicht zu kritisieren, aber es blieb die Aufgabe liegen zu definieren, worin nun die Ablösung der Übergangsfinanzierung des Bundes durch eine Hauptstadtfinanzierung zu verstehen wäre. Es kam das berühmte Konzept der Leuchttürme, also die Konzentration von wenigen Berliner Kultureinrichtungen, welche die kulturelle Ausstrahlung der Hauptstadt in besonderer Weise prägen sollten. Dieses Leuchtturmfinanzierungskonzept kam natürlich dem Versuch des Berliner Senats in besonderer Weise entgegen, an die alten Berlin-Höfe anzuknüpfen und an die, eigentlich nur nach dem Einigungsvertrag, für den Osten vorgesehene Übergangsfinanzierung heranzukommen. Es blieb aber liegen die Neuverständigung des Verhältnisses von Bund und Stadt. Es gab die berühmte Debatte, die ganz unabhängig von den handelnden Personen, vielleicht diesen Ausgang genommen hätte, nämlich der Streit zwischen Substanzförderung und Zusatzförderung. Der Bund handelte sich das Problem ein, über die hauptstadtbedingten Kulturförderungsmittel für eine zusätzliche hauptstadtgerechte Profilierung bestehender Einrichtung zu sorgen. Umge-

kehrt ist natürlich das Mitfinanzierungsproblem in verfassungsrechtlicher Hinsicht, das sehe ich anders als der Kollege aus Düsseldorf, nach wie vor virulent. Insofern halte ich es für richtig, dass Aufgaben, die dem Bund zustehen sollten, auch vollständig vom Bund übernommen werden. Die erste Phase des Hauptstadtvertrages hat die wesentliche Neuerung, nämlich einen Hauptstadtkulturfonds gebracht. Ein Element, das unbedingt weiter geführt werden sollte. Wenn es nun darum geht, in eine dritte Phase einzutreten, so muss es darum gehen, die Kulturförderung des Bundes für Berlin neu zu konzipieren. Ich denke, wir sollten zu begrifflichen Klärungen kommen. Ich will hier Vorschläge unterbreiten, die sich natürlich in der Debatte bewähren müssen. Nach meiner Auffassung sind Kulturaufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung solche, die sich unmittelbar aus der deutschen Geschichte ergeben und zwar noch aus der frühen Trägerschaft Preussens für die staatlichen Museen, Staatsbibliothek, Schlösser, Gärten usw., solche Aufgaben aus den Folgen von NS-Diktatur, Zweitem Weltkrieg, Spaltung Deutschlands, Vereinigung beider deutschen Staaten und den daraus resultierenden internationalen Verpflichtungen. Diese gesamtstaatlichen Kulturaufgaben des Bundes sind in Berlin nur ganz mittelbar mit der aktuellen Hauptstadtfunction verbunden und hätten in jedem Fall in Berlin wahrgenommen werden müssen, auch dann, wenn die Hauptstadtentscheidung gegen Berlin ausgegangen wäre. Das heißt, die gesamtstaatlichen Kulturaufgaben sollten als solche inhaltlich bestimmt werden und im Sinne der langjährigen Tradition, etwa auch der verfassungsrechtlichen Debatte um die Konstruktion der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, positiv aufgenommen werden. Es geht in besonderer Weise um das historisch-politische Erbe Deutschlands und das gegenständlich- kulturelle Erbe Preussens.

Aus meiner Sicht ist mit dem föderalen Verständnis nicht zu vereinbaren, dass es eine gesamtstaatliche Aufgabe des Bundes sei, in Berlin Theater, Opernhäuser und Orchester zu unterhalten. Selbst dann, wenn diese früher von Preussen und später durch die DDR und die Bundesrepublik unterhalten wurden und diese Einrichtungen heute internationale Geltung haben oder beanspruchen. Bezogen auf die deutsche Geschichte und das preussische Erbe in zeitgenössischer Aktualisierung und

Fortführung natürlich, gibt es wohl eine besondere Kulturverantwortung des Bundes in Berlin. Nicht aber bezogen auf die kulturelle Infrastruktur in Berlin als solche.

Was sind nun alternativ die hauptstadtbedingten Kulturaufgaben: Ich meine, dass hier auch mit der sicherlich im einzelnen kritisch zu sehenden Liste, die inzwischen bekannt geworden ist, es richtig ist, dass der Bund den Schritt nach vorne geht und ein Ensemble von Kultureinrichtungen unterhält, das eine repräsentative Gesamtdarstellung bundesdeutscher Kultur und Geschichte ermöglicht. Dass man in Berlin also nach dem kulturellen Diskurs der Bundesrepublik fragen kann, und dass auch der Hauptstadt Kulturfonds natürlich fortgeführt werden soll.

In diesem Sinne würde ich dafür plädieren, die gesamtstaatlichen Aufgaben des Bundes mit in die Debatte einzubeziehen. Diese tatsächlich auszuweiten. Aber nicht im Rahmen des Hauptstadtvertrages, der durchaus schmal und an den bisherigen Umfängen bedacht entwickelt werden kann, tatsächlich hauptstadtbedingte Kulturaufgaben unterzubringen. Das würde für eine betonte Zurückhaltung der Hauptstadt politik des Bundes sprechen, würde aber in der bewährten Weise nach der Konstruktion etwa der Stiftung Preussischer Kulturbesitz gesamtstaatliche Aufgaben durch den Bund, teilweise zusammen mit den Ländern, wahrnehmen. In dem Zusammenhang würde ich auch gerne die Anregung aufgreifen wollen, dass in diesen Kontext natürlich auch gehört, die Fragen nach der Zukunft der Kulturstiftung der Länder oder die Frage, ob es nicht neben der Kulturstiftung der Länder für das kulturelle Erbe auch eine Stiftung geben sollte, die sich dem zeitgenössischen Kunstschaffen zuwendet. So dass Literaturfonds, Kunstfonds oder auch die Stiftung Kulturfonds hier zusammengeführt werden könnten und nicht nur in der Hauptstadt, sondern als gesamtstaatliche Veranstaltung hier, auch für das aktuelle Produktionsschaffen, Unterstützung gewähren können. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Danke schön. Jetzt haben alle lange gewartet. Also die Fragen im Bundestag sind beendet.

StMin Dr. Naumann: Frau Vorsitzende, es tut mir herzlich leid, aber die Terminierung hier ist dadurch durcheinander geraten, dass es einen Hammelsprung im Bundestag gab, weil der Bundesfinanzminister herbeigerufen werden sollte. Es hat eine Verzögerung von 30 Minuten oder 40 Minuten gegeben. Darum konnte ich nur zu spät kommen, was mir auch sehr leid tut.

Ich will mich ebenfalls an die vorgegebenen Fristen halten und zuerst einmal dem Ausschuss danken, dass er diese Anhörung initiiert hat, sowie den Sachverständigen, soweit ich ihnen zuhören konnte. Viele der vorgetragenen Gedanken, besonders die von Herrn Flierl, die ich mitbekommen habe, decken sich auch mit dem, was wir tun, mit der Grundphilosophie unserer Arbeit. Die Anregungen von Frau Fetscher sind in der Tat Anregungen, die sich weniger an den Bund richten, finde ich. Vor allem die Integration der hier lebenden so genannten Minderheiten, also vor allem der Türken, die ja auch eine kulturelle Integration bedeutet, ist seit 10, 15 Jahren ein Desiderat. Da geschieht meines Erachtens herzlich wenig.

Aber das sind meines Erachtens Aufgaben der städtischen und nicht der Bundeskulturpolitik. Zur Frage nach der Hauptstadtkultur zunächst einmal ein paar Statements.

Was ist eigentlich eine Hauptstadt? Die Hauptstadt repräsentiert per Definition nach meinem Verständnis in einer Demokratie nicht nur die Lokalität, sondern auch den Ernst und die Würde des Souveräns im Parlament und in der Regierung. Dieser Sachverhalt, das heißt die Repräsentation, die Selbstrepräsentation einer Nation in ihrer Hauptstadt färbt auf eine interessante Art und Weise auf das Selbstverständnis der in dieser Stadt lebenden Künstler, Intellektuellen, Regisseure usw. ab. Das heißt, von ihnen wird oft genug etwas verlangt, was sie möglicher Weise gar nicht leisten können, nämlich gewissermaßen repräsentativ für diese zentrale und würdige und erste Rolle der Hauptstadt ebenso ernste, würdige und repräsentative Kunst zu leisten. Dass diese repräsentative Kunst oft genug dann auch kritisch, phantasievoll, auf alle Fälle nicht unbedingt ernst sein kann, wird dann oft genug von denjenigen, die den Ernst des Parlaments repräsentieren, übel genommen. Aber in dem Spannungsverhältnis zwischen der Kunst und dem politischen Establishment in einer

Hauptstadt zählen nicht nur die Politiker, sondern auch die Verwaltungsbeamten usw. In diesem Spannungsverhältnis entwickelt sich das, was ich durchaus als Hauptstadtkultur bezeichnen möchte.

Aber was nun repräsentativ an dieser Kunst sein soll, das bestimmen nicht die politischen Repräsentanten, sondern das bestimmen dann in letzter Instanz die Kulturkritiker, die Journalisten und natürlich die Philosophen, die Wissenschaftler an den Universitäten und die Künstler selbst. Dass dieses kein automatischer Prozess ist, das heißt, dass das, was hier an künstlerischen Anstrengungen stattfindet, nicht unbedingt den Bürgern der Hauptstadt und den Kritikern des ganzen Volkes, das auf die Hauptstadt schaut, entspricht, macht das interessante Spannungsverhältnis zum Beispiel zwischen Berlin und München oder Berlin und Stuttgart im Opernbereich und anderswo aus.

Man kann es auch anders sagen. Sie können noch so viel Geld von der Hauptstadt aus oder in die Hauptstadtkultur schmeißen, das bedeutet keineswegs, dass das, was dort an aktiver zeitgenössischer, lebendiger Kunst im Kulturbereich produziert wird, den selbst erhobenen und allgemeinen Ansprüchen entsprechen mag. Es kann auch ganz anders ausgehen.

Während also die Gesetze und auch die Zuwendungen relativ sicher und zuverlässig sind, ist das, was dort dann generiert wird auf der Grundlage dieser Finanzierung keineswegs zuverlässig, sondern unterliegt im kulturellen Prozess der Sicherung, der ästhetischen Sicherung, die dann schließlich genau zu dem führt, was Herr Flierl als ein klassisches Element der Hauptstadtkultur angeführt hat, nämlich zu den Museen. Dort wird abgelagert, gewissermaßen, was kulturell historisch gesichert ist und als Kultur gilt, und dass dieses wiederum in jenen Städten versammelt wird, in denen die meisten Menschen, ganz empirisch die meisten Menschen, mithin auch die meisten Nutznießer, einer Nation leben, gehört zu den ungerechten Vorteilen, die die Großstadtmenschen eben haben. Ganz einfach weil sie in einem Ballungszentrum leben, in dem aufgrund der vorhin geschilderten Sachverhalte solche kulturelle Bestandsicherungen entstehen. Das sind nicht politische Entscheidungen, die oft genug

gegen den Willen einer ganzen Nation getroffen sind, sondern es sind die Resultate einer historischen Entwicklung. Insofern ist Berlin mit der Last und der Schönheit der Bürde der Stiftung Preussischer Kulturbesitz gesegnet. Dass daraus aber auch aufgrund der deutschen Geschichte auch ein föderaler Anspruch auf Finanzierung entsteht, der nicht nur die Stadt Berlin betreffen kann, sondern das ganze Land, ist Selbstverständnis. Aber vor dem Hintergrund des vorhin Geschilderten gibt es dann natürlich auch, vor allem in einer so föderal strukturierten Republik wie unserer, in diesem Spannungsverhältnis unterschiedliche Loyalitäten und Bindungen. Das heißt, wenn Bayern in der Tat nur 350.000 Mark in die Stiftung Preussischer Kulturbesitz einzahlt, Nordrhein-Westfalen hingegen 10 Millionen, dann manifestieren sich da nicht nur folkloristische Eigenheiten, sondern auch Geschichte. Damit muss man leben. Allerdings bedeutet das nicht, dass dieses immer so bleiben muss, denn die Geschichte ist schließlich nicht gewissermaßen das Prokustes-Bett, in der die Kulturpolitik der Bundesrepublik beerdigt oder gefesselt sein muss.

Die Frage des Kollegen aus Düsseldorf nach den Auswahlmethoden betrifft auch ein ursprüngliches Thema dieses Ausschusses. Die Frage nach den Auswahlmethoden der Finanzierung des Bundes von Berliner Institutionen ist folgendermaßen zu beantworten: Erstens einmal vor dem Gesamthintergrund des Sachverhaltes, dass der Bund fast eine halbe Milliarde, oder wenn ich Herrn Lammert zitieren darf, eine schlappe halbe Milliarde, zur Verfügung stellt für das Kulturleben der Hauptstadt. Das ist so, das kann man nicht weg definieren. Das gehört einfach zum Gesamtbild der Bemühungen des Bundes, übrigens nicht nur dieser Regierung, sondern prinzipiell des Bundes seit spätestens 10 Jahren. Natürlich auch schon vorher, aber in geringem Umfang.

Die Verdoppelung der Zuwendungen des Bundes für die Stadt Berlin von 60 auf 120, dann die Verstetigung dieser Mittel für die Haushaltsjahre 2001 bis 2004 bei 100 Millionen Mark stieß auf folgendes Problem: In der Vergangenheit hatte die Stadt Berlin einen, glaube ich, insgesamt bei 720 Millionen Mark angesiedelten Kulturetat, der gleichblieb. Es spielte also keine Rolle, ob die Stadt vom Bund 60 Millionen erhielt, wie in dem letzten Regierungsjahr der Regierung Kohl, oder 120 Millionen, wie

in unserer Regierungszeit, oder dann 100 Millionen. Es blieb immer bei 720 Millionen Mark, so dass die Vermutung nahelag, was oben darauf geschüttet wurde, floss unten zu guten Zwecken, will ich doch vermuten, Schuldendienst, Kindertagesstätte und Straßenbau, zum Teil wieder ab.

Der Bundestag - und zwar alle Fraktionen des Ausschusses - hat sich dann entschieden, es wird in Zukunft darauf ankommen, dass die vom Bundestag, vom Souverän, mit spezifischen Zweckungen gebilligten Gelder auch dort ankommen und nicht woanders hin fließen. Dieses ist gewissermaßen der erste Parameter der Auswahl der Institutionen durch den Bund gewesen. Das heißt, dafür zu sorgen, dass die 80 Millionen Mark, die für Berliner Institutionen zur Verfügung stehen, sich dann auch bei Auswahl der Institutionen selbst zu 80 Millionen addieren. Das heißt, ein gewisses Puzzle musste hier zusammengelegt werden, dessen Endsumme 80 Millionen Mark war. 20 Millionen Mark sollten bereitgestellt werden und werden bereitgestellt für den, ich nenne das Grasroots - Fund, also den Hauptstadtkulturfonds, verwaltet von Senator a.D. Sauberzweig, , in dem buchstäblich all das zusammengefaßt ist, was Hauptstadtkultur auch ausmacht, also die Off - Szene, das Unsteuerbare, das Verrückte, das auf alle Fälle Kreative, wie es zum Beispiel in München das Theater von Fassbinder darstellte, der übrigens überhaupt nicht subventioniert wurde. Was dann schließlich, nachdem er auf einem gewissen Niveau angelangt war, doch zweifellos zu einer kreativen und kulturellen, nicht von allen goutierten, aber weltweit doch als prägnant erfahrenen, man muss fast sagen Explosion seiner Kreativität geführt hat. Das gewissermaßen zu pflegen, auch zum Beispiel bei den KulturWerken, ist eine der Aufgaben, der Herr Sauberzweig mit diesem Fonds nachkommt. Übrigens immer in Zusammenarbeit mit der Stadt Berlin.

Wir haben uns dann anhand dieser Parameter - erstens 80 Millionen, zweitens es müssen sich die Institutionen fügen und drittens der Parameter Repräsentativität im Sinne dessen, was ich am Anfang gesagt habe, also über die Hauptstadt hinaus ragende Relevanz - auf folgendes Paket in Verhandlungen mit der Stadt Berlin geeinigt, die erstens geprägt waren durch gegenseitiges Verständnis, zweitens auf keinen Fall, wie immer unterstellt wurde, durch Rosinenpicken und Heraussuchen

von besonders schönen Institutionen, die problemlos sind. Glauben Sie mir, keine Institution im Kulturbetrieb in dieser Stadt ist problemlos. Keine. Bei näherer Hinsicht sind überall Unterfinanzierungen festzustellen. Wir haben uns auf folgende Institutionen geeinigt: Erstens das Jüdische Museum, zweitens die Berliner Festspiel GmbH mit den Zusatzkosten der Freien Volksbühne, die in Zukunft wieder angemietet werden soll und auch als Hort für die Verwaltung der Festspiele gelten soll, das Haus der Kulturen der Welt, den Martin-Gropius-Bau, die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten, Stiftung Archive Akademie der Künste und Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Dieses alles addiert sich dann zu einem Volumen von ungefähr 80 Millionen Mark. Hier ist es überall so, dass in diesen Institutionen der Bund bereits vertreten war. Mit einer Ausnahme – dem Jüdischen Museum. Das Jüdische Museum ist, das will ich jetzt ganz neutral und ohne Sarkasmus, obwohl es mir schwer fällt, schildern, gebaut worden - dieser gewaltige Bau, das Libeskind-Gebäude, mit einem großen architektonischem Mut von der Stadt gebaut worden -, ohne dass es einen Museumsplan gab und ohne dass es einen Etat gab.

Als unsere Regierung hierher zog und das Parlament hierher zog, gab es einen Gesamtetat für das Jüdische Museum, der sich irgendwo in der Nähe von 6 Millionen DM bewegte. Ein Museum von dieser Größe hat aber einen Mindestbedarf, zumindest in der Anfangszeit, das können wir sehen im Vergleich mit dem Deutschen Historischen Museum und anderen Bundesinstitutionen der vorigen Regierung, der weit über 20 Millionen, am Anfang wahrscheinlich in der Nähe von 28 Millionen liegen wird. Hier war buchstäblich der architektonische Bauwille der Stadt mit den Planungsmöglichkeiten, -fähigkeiten und auch Interessen, offenkundig fortgelaufen. Insofern, es gibt keinen Zweifel, dass dieser Bau insgesamt von nationaler Wichtigkeit ist und das Projekt auch, ist der Bund hier in Absprache mit der Stadt Berlin eingesprungen.

Ein letzter Satz noch: In der Hauptstadtkulturdebatte wurde mir von der Presse, aber auch von einigen Abgeordneten der CDU der Stadt Berlin, vorgeworfen, wir würden uns das Allerschönste aus dem Kulturbouquet Berlins stibitzen wollen, nämlich das Philharmonische Orchester. Das ist falsch. Der Orchestervorstand, der Anwalt des

Vereins der Freunde und der designierte Dirigent, aber auch der noch amtierende Dirigent, also Simon Rattle und Claudio Abbado, haben sich von sich aus ohne auch nur dass der Bund einen Finger gehoben hätte, bei uns gemeldet. Wie übrigens alle Opernintendanten auch, um gewissermaßen unter die Finanzierungsfittiche des Bundes genommen zu werden, was ich verstehe. Aber daraus nun dem Bund einen Strick drehen zu wollen und zu sagen, hier gäbe es einen gewissen Kulturimperialismus auf Bundesebene, entspricht einfach nicht den Tatsachen und ist insofern auch unfair. Unfair übrigens auch gegenüber den Musikern. Danke schön, Frau Vorsitzende.

Die Vorsitzende: Jetzt haben wir eine Stunde später als wir das eigentlich erhofft hatten, diese erste Runde abgeschlossen. Ich hoffe, dass wir jetzt trotzdem die Fragen konzentriert beantworten können.

Wir fangen jetzt einfach erst einmal mit den Fragen an. Ich bitte noch einmal die Damen und Herren Kollegen, eine Frage an zwei Experten oder zwei Fragen an einen Experten zu richten. Wie gesagt, das hat sich in anderen Anhörungen bewährt. Ich würde gerne, dass wir vielleicht versuchen, das zumindest ein bisschen zu strukturieren. Erstens zu dem ersten Fragenkomplex, den wir aufgestellt haben „Metropole/Hauptstadt“ gemeinsam mit dieser Frage Repräsentation. Das ist in mehreren Ausführungen angeklungen, dass eine Hauptstadt, die Metropole, einfach auch mehr Aufgaben hat und die Frage, was eigentlich das Besondere ausmacht. Ich denke, das ist von Herrn Biesenbach auch ausgeführt worden. Die Produktion dessen, was sich sozusagen durch diese Stadt, die lebendige Stadt, dieses Ost-West-Zusammenführen, ergeben hat. Hat das eine besondere Bedeutung?

Vielleicht erst einmal zu diesem Fragenkomplex, bevor wir dann zu dem zweiten Komplex „Föderales System“ kommen.

Erst mal Ring frei, Herr Barthel.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich möchte mich zunächst einmal bedanken für die breite Palette der Informationen, die wir bekommen haben. Das macht es natürlich auch schwer, sich auf zwei Fragen zu beschränken. Vor allem auch weil sich, wie wir gemerkt haben, vieles überschneidet. Ich werde mich bemühen, Frau Vorsitzende,

das zu machen, und deswegen will ich konkret an zwei Aussagen, die hier gefallen sind, noch einmal nachbohren.

Die erste Aussage ist eigentlich nur ein Begriff von Herrn Dr. Sauberzweig: die Ängste. Die Ängste in Bezug auf die Hauptstadtkulturfinanzierung, wie Sie sie angedeutet haben. Das scheint mir, gerade für unsere Arbeit, ziemlich wichtig zu sein. Wie gehen wir damit um? Die Ängste sind hier nicht eigens angesprochen worden, aber trotzdem sind sie offensichtlich vorhanden. Sie sind vorhanden, vielleicht im Unterbewusstsein, und vielleicht aus der Sorge heraus, die auch manchmal genannt wird, dass durch die Hauptstadtkulturförderung Ländern etwas abgezogen wird. Deshalb die Frage, wieso und wie äußert sie sich, wenn doch eigentlich unbestritten ist, auch in dieser Runde, dass die Kulturhoheit der Länder offensichtlich davon nicht berührt wird. Und das Zweite, jeder geht auch davon aus, dass Berlin die Hauptstadtkultur, im Unterschied zur Kultur in der Hauptstadt, was ja, wie Herr Flierl sagte, nicht das Selbe ist wie Kultur in der Hauptstadt, nicht allein finanzieren kann. Vor allem wer die ökonomische und die finanzielle Lage dieser Stadt kennt, der wird über diese Aussage bestenfalls sagen, sie ist banal. Das ist wirklich ein Problem und das Dritte, was auch genannt wurde und wo trotzdem Ängste vorhanden sind, dass es an der Hauptstadtkultur ein gesamtstaatliches Interesse gibt. Dann wird noch darauf hingewiesen, das ist heute nicht weiter erwähnt worden, aber das kommt in der Diskussion auch immer wieder vor, dass Berlin auch die Aufgabe hat, durch die Kultur und ich beziehe mich nur auf die Kultur, eine Identifikation der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Hauptstadt zu schaffen und dass damit auch eigentlich eine Identitätsfrage verbunden ist.

Dies ist bisher nicht umstritten, trotzdem die Frage nach den Ängsten. Ich würde ganz gerne auch gerade von Herrn Grosse-Brockhoff, als jemand aus einem Land, und ebenso von Herrn Professor Meyer, hören, wie, und gegebenen Falls wie und mit welcher Begründung sich diese Ängste, die mit der Hauptstadtkulturfinanzierung verbunden sind, äußern. Denn ich glaube, wir werden keine Akzeptanz finden, wenn diese Ängste im Raum bleiben.

Die zweite Frage ...

Die Vorsitzende: Das ist eine Frage an zwei Personen.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Das ist immer ein bisschen schwierig. Die zweite Frage, die ich jetzt noch habe, wird sich auf die aktuelle Diskussion und die Verhandlungen mit dem Land Berlin beziehen. Herr Dr. Naumann hatte jetzt noch einmal gerade die Institutionen genannt. Hinter diesen Institutionen stehen aber auch Ideengebäude, wie man sie auswählen soll. Herr Professor Meyer sagte, er gehe sehr pragmatisch an diese Fragen heran. Ich gestehe, dass mir das gefallen hat. Das habe ich inzwischen gelernt – vieles reduziert sich auch häufig auf die Finanzierung, und da läuft es immer wieder hin. Trotzdem noch einmal die Frage: In der Diskussion, und das ist hier auch bestätigt worden, gab es zumindestens drei Kriterien. Das eine war die gesamtstaatliche Bedeutung der jeweiligen Institution, das andere, das war für mich neu, aus jeder Sparte ein Haus, das haben wir heute gehört. Das wird schwierig, aber es ist natürlich erst einmal ein Kriterium. Das dritte, was lange auch vom Land Berlin vertreten wird, der Bund solle das übernehmen - und jetzt denke ich nicht an die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, sondern auch andere -, was mit dem kulturellen Erbe verbunden ist in der Stadt. Das waren die drei Kriterien. Ich sage einmal: virtuell ist für mich der Bayerische Kultusminister Zehetmayer mit im Raum. Wer auch nur die Überschrift „Berlins Erbe ist nicht unser Erbe“ gelesen hat, bei dem kommt eine Problematik auf bei der Frage, was über Bundesmittel finanziert werden soll. Der Artikel ist ein bisschen zu spät erschienen, sonst hätten wir Herrn Zehetmayer auch noch eingeladen. Also, ich würde ganz gerne mal wissen - gerade weil das für uns in der Auseinandersetzung, von der ich hoffe, dass sie bald zu Ende ist, und mit dem Land Berlin und dem Bund ein Vertrag zustande kommt, von Bedeutung ist -, welche Position zu den genannten Kriterien für eine Übernahme Sie vertreten, gerade weil es in diesem Punkt auch keinen Konsens im Parlament gibt.

Ich stelle diese Frage an die Ländervertreter, aber ansonsten ist es schwer abzugrenzen, ich glaube, es ist kein Problem, wenn die Thematik dann bei den Antworten mit berücksichtigt wird.

Die Vorsitzende: An wen jetzt bitte. An die Ländervertreter?

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): An Herrn Grosse-Brockhoff, weil er ein Modell gebracht hat.

Die Vorsitzende: Der nächste Fragesteller ist Herr Dr. Lammert.

Abg. Dr. Lammert (CDU/CSU): Ich möchte mich zunächst auch sehr bedanken für die Hinweise, Anregungen, Empfehlungen, die zum Teil deutlich über den unmittelbaren Gegenstand unserer Anhörung hinaus gingen, ob überhaupt und wenn ja an welcher Stelle und nach welchen Kriterien der Bund Kultur in Berlin fördern soll. Mit oder ohne das Etikett „Hauptstadtkulturförderung“. Ich fand im Übrigen spannend, aufschlussreich und sehr ermutigend, dass sich bei den Hinweisen und Orientierungen, die wir bekommen haben, bei genauem Hinsehen erstaunliche Koalitionen ergeben, was ich im Interesse der Souveränität, die dieser Gegenstand ganz besonders erfordert, ausdrücklich begrüße. Ich hoffe auch, dass wir das für diesen Prozess des Erarbeitens einer sinnvollen und nach Innen und Außen plausiblen Orientierung durchhalten können. Ich will noch eine knappe Vorbemerkung machen, bevor ich mich an die gewünschten zweieinhalb konkreten Fragen mache. Herr Rochholl. Dass der Bundestag das Reichstagsgebäude mit zeitgenössischer Kunst ausgestattet hat, ist alles andere als selbstverständlich. Aber ich empfinde es wie Sie als vorbildlich, dass wir uns an der Stelle, wie hoffentlich an anderen auch, nicht auf den unbestrittenen Kanon deutscher Kunst und Kultur, was immer man sich immer darunter jetzt vorstellen mag, risikolos zurückgezogen haben, sondern eine der ganz wesentlichen Funktionen aufgenommen haben, die Kulturpolitik erfüllen kann und auch erfüllen muss – sich nämlich vor allen Dingen um die Kunst und Kultur zu kümmern, die nicht sozusagen den Rückenwind unbestritten kanonisierter Werke für sich hat. Deswegen ist das auch ein Kriterium, das sich

mindestens als Nachfrage aufdrängt, wenn man über den besonderen Einsatz und Ansatz von Kulturförderung, nicht nur, aber auch, in der Hauptstadt weiter nachdenkt.

Ich möchte gerne mit Blick auf einige konkrete Auskünfte oder Hinweise oder Anregungen, die in den Statements der Sachverständigen vorhin vorgetragen worden sind, an zwei bzw. drei Stellen zurückfragen. Erste Rückfrage an Herrn Naumann. Jeder wird nachvollziehen können, dass dann, wenn es einen bestimmten Betrag gibt, der für diesen Zweck zur Verfügung steht, dabei ist der Streit jetzt im Übrigen müßig, ob es mehr als 100 Millionen sein müssten und könnten, es ist am Ende immer ein bestimmter Betrag, dass dann dieser bestimmte Betrag immer niedriger ist als das, was man schon gar für diesen Bereich für wünschenswert halten würde. Deshalb kann man die Debatte um diese spannende Variante im Augenblick einmal entlasten. Mir kommt es auf einen Punkt an, der die Bestimmung der Relation und damit gleichzeitig die dispositionsfähigen Mittel betrifft. Wenn man innerhalb dieses Gesamtbetrages 20 % für Projektförderung über einen Hauptstadtkulturfonds binden will, was ich übrigens auch für richtig halte, ich habe das auch an anderer Stelle schon vorgetragen, dass es neben einer institutionellen Förderung eine projektorientierte Förderung geben muss, und die muss auch von den Größenordnungen hinreichend relevant sein, um die Hebelwirkung überhaupt entfalten zu können, die über die spezifischen Aufgaben lokaler und regionaler Kulturarbeit hinaus, die nicht Bundesaufgabe sein können, wirklich den Ansprüchen genügt, die wir mit einem Ansatz und Einsatz des Bundes in der Hauptstadt gemeinsam verbinden müssen, dann bleiben die berühmten 80 %, in diesem Fall also 80 Millionen, die man auf eine mehr oder weniger große Anzahl von Institutionen verteilen kann. Nun habe ich auch Ihren heutigen aktualisierten Hinweis über den Verhandlungsstand mit dem Land Berlin so verstanden, dass für die von Ihnen gerade genannten Einrichtungen der Bund die Finanzierung zu 100 % übernimmt. Danach wollte ich genau fragen. Wobei mancher Hinweis zur Entstehungsgeschichte natürlich zu Kommentaren einlädt. Das mit dem Jüdischen Museum, dass das Land Berlin architektonisch Mut besessen habe, rechtfertigt als solches ebenso wenig den Anspruch auf Bundesförderung wie die lausigen Vor- und Nebenplanungen, die in

diesem Zusammenhang für den Betrieb dieser Einrichtung von Seiten Berlins zu beobachten waren. Das haben Sie natürlich nicht so gemeint, nur man muss ...

Die Vorsitzende: Herr Lammert, könnten Sie vielleicht auch noch einmal ein bisschen auf die Fragen reduzieren, sonst kommen wir nicht mehr in der Runde weiter.

Abg. Dr. Lammert (CDU/CSU): Kann ich auch, wenngleich ich vermutet hatte, dass ich wie mein Vorredner die Möglichkeit haben würde ...

Die Vorsitzende: Er hat heute das erste Mal gesprochen. Da habe ich zweimal zwar eingehakt, aber...

Abg. Dr. Lammert (CDU/CSU): Akzeptiert. Die konkrete Frage an Herrn Naumann ist, wenn beabsichtigt ist, in die genannten Institutionen zu 100 % vom Bund mit Blick auf deren Finanzvolumen einzusteigen und wenn zweitens, was Sie jetzt nicht vorgetragen haben, aber Sie haben auch keine andere Botschaft vorgetragen, mit dieser 100%igen Finanzierung nicht verbunden ist, dass neben der Trägerschaft auch sozusagen die Kompetenz für diese Einrichtungen ausschließlich vom Bund unter Nichtberücksichtigung von Berliner Verantwortlichen wahrgenommen wird, dann stellt sich natürlich die Frage, warum eigentlich der Bund die ganze Finanzverantwortung übernimmt bei Abtretung eines Teils sozusagen der Mitwirkungsrechte an das Land Berlin. Ich frage das übrigens nicht mit fundamentalistischem Ehrgeiz, sondern mit einem ganz praktischen. Würde sich der Anspruch Berlins, den ich für völlig nachvollziehbar halte, auch an diesen Einrichtungen, künftigen Einrichtungen, der Trägerschaft des Bundes beteiligt zu bleiben, auch in einem mehr als symbolischen finanziellen Engagement niederschlagen? Wäre bei gleichem Finanzansatz die Reichweite der durch den Bund zu fördernden Institutionen größer? Meine Frage also, die ich gerne beantwortet haben wollte, warum erstens überhaupt und zweitens mit dieser Konstellation. Die zweite Frage, die ich gerne an Herrn Lehmann richten würde, betrifft die mehrfach vorgetragene Andeutung über mögliche, vielleicht auch für nötig gehaltene Weiterentwicklungen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Da würde mich einfach interessieren, ob Sie sich bereit

und in der Lage finden könnten, manche oder die eine oder andere dieser Anregungen gleich spontan zu kommentieren unter dem Gesichtspunkt, bringt sie uns weiter oder stört sie uns? Sowohl unter dem Gesichtspunkt eines Auffangbeckens für alle möglichen denkbaren Aufgaben der Bundesförderung in Berlin als auch unter dem Gesichtspunkt von ergänzenden Einrichtungen, die in einer Trennung zwischen Erbschaftspflege und Zukunftsorientierung dann Aufgaben übernehmen könnten. Mich würde schlicht und ergreifend interessieren, ob Sie außer der Bestätigung des Status Quo, der uns wohl gemeinsam wichtig ist, einschließlich der Beteiligung der Länder, an dieser jetzigen Aufgabenstellung Möglichkeiten, vielleicht auch Notwendigkeiten der Weiterentwicklung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz sehen gegenüber dem Zustand, in dem sie sich gegenwärtig rechtlich, ich lass den Finanzteil jetzt im Augenblick auch einmal wieder außen vor, befindet. Wenn ich darf, würde ich den Herrn Grosse-Brockhoff ermutigen wollen, weil Herr Meyer nicht mehr da ist, vielleicht über das, was er dankenswerter Weise über das Verhältnis Länder, Kommunen und Kommunen sozusagen zu dritten Partnern gesagt hat hinaus, vielleicht eine Bemerkung zu der Frage zu machen, ob und wie denn, jedenfalls am Beispiel der Stadt, die er vertritt, in diesem Fall Düsseldorf, die Förderung des Landes in der Landeshauptstadt sich darstellt. Weil mindestens nachrichtlich für uns von Interesse sein könnte, ob das, was man mal mit mehr und mehr mit weniger größerer Begeisterung von den Ländern an Ambitionen des Bundes in der Förderung von Kunst und Kultur verfolgt und begleitet wird, auch unter Berücksichtigung heutiger Interviews, auf der Länderebene eine mehr oder weniger eindrucksvolle Entsprechung findet. Das würde mich ebenfalls interessieren.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann würde ich jetzt Frau Vollmer bitten.

Abg. Dr. Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Herr Grosse-Brockhoff hat für die Rolle, für die er sicherlich eingeladen war, nämlich für die Länder zu sprechen, wie ich finde, eine sensationelle Aussage gemacht, indem er gesagt hat, wir haben Breitenförderung gemacht. Das heißt nicht unbedingt, dass wir Spitzenergebnisse bekommen haben. Dann haben Sie gesagt, Spitzenergebnisse, erstens das Geld ist dafür keine Garantie und letztendlich muss

man immer gucken, in der Provinz und in der Metropole, wo sind die wirklich explosiven Durchbrüche zu Spitzenleistungen, die uns auch im europäischen oder internationalen Vergleich ansehnlich machen.

Unter diesem Gesichtspunkt finde ich interessant zu gucken, wo meinen wir denn, dass in der Metropole Berlin dieser Durchbruch schon gelungen ist? Oder gelingen könnte. Ich habe eher den Eindruck, als ob zum Beispiel in der mit viel Verteilungskämpfen belegten Theater- und Opernwelt, wo es ja um Breitenförderung geht, leider muss ich sagen Herr Rochholl, dieser Durchbruch so noch nicht passiert ist, und das ist auch genau Ihre Schwierigkeit.

Ich glaube aber, wenn ich das richtig sehe, ist es an zwei Punkten gelungen. Einmal glaube ich, dass das, was wir mit der Stiftung Preussischer Kulturbesitz machen, was mit der Museumsinsel passiert, wir sind gestern da gewesen, das ist dermaßen sensationell, dass ich ganz sicher weiss, das wird seine Metropolqualität auf 100 Jahre haben und das wird auch eine völlig neue Handschrift sein und das wird auch, und das ist auch das Interessante, das wird die ganze Museumslandschaft in Berlin völlig umgruppieren. Wenn die Menschen dann kommen werden, werden sie hier nicht nur Museen besichtigen, sie werden ganze kulturelle Landschaften haben, wenn sie die Museumsinsel besuchen, wenn sie dann zum Potsdamer Platz gehen, um die Moderne zu sehen, wenn sie zu den Hackeschen Höfen sehen und da die Avantgarde - Kultur suchen können. Man kann sich auch neu orientieren, und das entspricht einer Metropole. Das zweite ist, was Herr Biesenbach gesagt hat, dass es offensichtlich schon einen Sog auf kreative Leute gibt, dass sie hier sein wollen, sie müssen nicht alle hier sein, man kann sich heute verdaten, man muss nicht mehr in der Metropole leben, aber man muss ständig den Blick auf die Metropole haben, was da passiert, weil man sonst meint, man sei nicht am Puls der Zeit, auch nicht kulturell am Puls der Zeit.

Das sind die beiden Bereiche, wo sich das im Moment schon herausstellt. Dann natürlich die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, sie hat immer Geldprobleme, aber man kann man sicher sein, dass sie so viel haben, dass sie diesen kreativen Schub

und diese Umgruppierung auch irgendwie schaffen werden. Meine gilt der neuen, der Avantgarde, der wilden Kunst, dass sie diese Verteilungskämpfe, von denen ich nicht mehr viel erhoffe, beseht und dass man sie ein bisschen auf Dauer sicherstellt. In diesem Zusammenhang habe ich zwei Fragen zum Kulturfonds an Sie, Herr Sauberzweig. Wir haben von Ihnen, aber auch aus anderer Richtung gehört, dass Sie mit Ihren Mitteln, mit Ihren 20 Millionen eigentlich dafür vorgesehen sind, dass Sie sozusagen „Fassbinders“ suchen. Tun Sie das? Verstehen Sie sich so? Oder sind Sie Notstopfen? Grassroot oder Kiezförderung? Was ist Ihr Selbstverständnis und was tun Sie dafür, um diese Szene, von der ich glaube, dass sie tatsächlich noch nicht gut leben kann und dass sie auch gerade durch die Verteilungskämpfe ziemlich eingeengt ist, um die am Leben zu erhalten, und an Herrn Biesenbach möchte ich die Frage stellen, wo finden Sie außer den Künstlern, die hierher kommen, wo finden Sie nicht nur eventuell staatliche Förderung - haben Sie die überhaupt -, sondern wo finden Sie eigentlich Ihr Publikum? Das Metropolenpublikum, das Sie auch leben lässt und das Sie unterstützt. Vor allen Dingen, wo finden Sie den Markt? Es ist von Herrn Lammert gesagt worden, das Parlament habe eine große Geste gemacht an die Gegenwartskunst; das finde ich auch. Ich finde, sie ist nur nicht bei den jungen Künstlern angekommen, bei denen sie eigentlich hätte ankommen müssen, nämlich bei denen, die noch nicht über den Markt etabliert sind. Gerade im Kunstmarkt sind der Verteilungskampf und die Ressortverteidigung ungeheuer ausgeprägt. Die Frage: Gibt es auch einen kreativen Markt hier? Gibt es schon ein kreatives Metropolenpublikum in Berlin, das Sie leben lässt? Und wie sehen Sie da die Entwicklungen? Denn sonst können noch so viele kreative Leute hierhin kommen, wenn wir sie nicht leben lassen, wird es auf Dauer nicht klappen.

Die Vorsitzende: Danke schön. Herr Otto ist heute nicht da, dann gehen wir gleich zu Herrn Fink.

Abg. Prof. Dr. Fink (PDS): Vielen Dank. Es war nicht nur anregend, sondern es war ausgesprochen kreativ, was hier neu dazu gekommen ist. Herr Naumann, Sie haben,

wenn ich das richtig mitgezählt habe, sechs Objekte aufgeführt, die weitgehend gesamtstaatliche Aufgaben sind.

Im Augenblick ist die Diskussion offenbar neu aufgeflammt. Was ist das Erbe? Es scheint kein deutsches Erbe mehr zu geben, es scheint preussisches Erbe zu geben, es scheint ein bayerisches Erbe zu geben. Ich bin jetzt gespannt. Herr Meyer hatte auch letztendlich die Pointe mit dem sächsischen Erbe drin. Was ist denn eigentlich Erbe? Gibt es da nun ein Kriterium? Gerade auch in der Auswahl dieser sechs Punkte. Mir scheint auch, dass zum Beispiel leider ein deutsches Erbe ist, was der Krieg verursacht hat. Das heißt also die nationalen Gedenkstätten, dazu gehören die sowjetischen Ehrenmale. Nach meiner Meinung gehören auch dahin die Erinnerung der Topographie des Terrors und das Jüdische Museum. Müsste man nicht da doch noch deutlicher machen, dass auch diese Einrichtungen gesamtstaatliche Aufgaben sind? Ich würde das sehr gerne natürlich Herrn Naumann fragen, aber auch Herrn Flierl.

Die Einrichtung eines Hauptstadtkulturfonds war zweifellos eine Errungenschaft und sollte unbedingt fortgesetzt werden. Wie aber kann nun gesichert werden, da schließe ich mich Frau Vollmer an, dass die Mittel tatsächlich in die Förderung überregional bedeutsamer und innovativer Projekte fließen? Und nicht, wie in der Vergangenheit, in institutionelle Förderung. Hier würde ich sehr gerne Herrn Sauberzweig und Herrn Biesenbach fragen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann haben wir eine ganze Menge zu beantworten, und weil Herr Sauberzweig schon am längsten gewartet hat, soll er, denke ich, anfangen. Er hat auch sehr viele Fragen bekommen, nämlich erstens die Frage der Ängste von Herrn Barthel, dann die Frage nach dem Selbstverständnis des Kulturfonds von Frau Vollmer und die Frage, wie stellt man sicher, dass Mittel in überregionale Projekte fließen von Herrn Fink.

Wenn ich jetzt jemanden vergessen haben sollte, der Herrn Sauberzweig gefragt hatte, bitte ich noch einmal um Korrektur, aber ich glaube, das war es.

Dann fängt Herr Sauberzweig einfach einmal an. Danke schön.

SV Dr. Sauberzweig: Zu der Frage zum Stichwort „Ängste“. Ich habe eingeleitet damit, dass ich die ganze Debatte, so wie sie in der Öffentlichkeit geführt wird, zum Hauptstadtkulturfonds bzw. zur Hauptstadtkulturförderung für verkrampft ansehe. Sie muss entkrampft werden, und in dieser Verkrampfung liegt auch ein großer Teil von Missverständnissen von Menschen, die das von außen sehen bzw. diskutieren.

Es hat vor Kurzem eine Diskussion im Bonner Forum Hauptstadtkultur stattgefunden, und da hieß es, wir wollen nicht eine Metropole, sondern viele Metropolen brauchen wir. Gut so, sage ich. Dieser Satz ist richtig und stimmt, wenn ich statt „Metropole“ „wichtige kulturelle Zentren“ setze oder „große kulturelle Zentren“. Ich habe mich zum Metropolenbegriff schon kritisch geäußert. Es ist auch gut, dass es in dieser Hinsicht eine wirklich produktive Konkurrenz zwischen den Städten, natürlich auch mit Berlin, gibt. Es gibt allerdings da und dort die Befürchtung, dass Berlin im Zuge seiner Entwicklung und auch im Zuge seiner Förderung eine Sogwirkung auf andere größere kulturelle Zentren ausüben könnte. Ich sehe das nicht so kritisch, sondern ich glaube, dass die kulturelle Vielfalt und die Kraft, die die kulturell wichtigen Städte in Deutschland haben und ihr Selbstbewusstsein eigentlich dafür sprechen, dass es die Vielfalt dieser Zentren auch in Zukunft geben wird.

Ich will zu den Ängsten eins sagen: Ich sehe die Ängste weniger bei den Ländern. Die äußern sich eigentlich ganz selbstbewusst in letzter Zeit zu dieser ganzen Frage. Ich sehe sie eher bei den Kommunen. Ich will das auch belegen. Ich plaudere jetzt ein bisschen aus dem Nähkästchen. Bei einer der letzten Sitzungen des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages in Weimar war ich anwesend, und da ging es unter anderem auch um diese Berlinförderung. Da standen mehrere Dezernenten, vor allen Dingen aus dem Ruhrgebiet, aus den Regionen, wo Schwierigkeiten auch in der Förderung bestehen, auf und sagten, wie kann es denn sein, dass Berlin noch mehr bekommt, und wir wissen nicht, wie wir es zu bezahlen haben. Das ist der Hintergrund, und dieser Hintergrund ist deswegen aktuell, weil die Kulturförderung insgesamt durch Streichungen überall betroffen ist. Es ist nicht so, dass die Kultur

mit dem Geld beliebig umgehen kann, sondern sie hat enge Haushalte. Und die engen Haushalte von Kommunen schüren Befürchtungen, und die werden transponiert bei dieser Debatte, die wir gegenwärtig haben, auch auf die Berlinförderung. Ich meine, man müsste das Ganze, dafür habe ich vorhin plädiert, etwas pragmatischer, etwas gelassener, etwas weniger hochgezogen sehen, sondern als die Frage, dass wir eine Hauptstadt Berlin haben wollen, die kulturell leistungsfähig ist, die sich mit anderen messen kann und die im übrigen nicht anderen das Wasser abgraben will. Das ist meine einzige Möglichkeit, das zu beantworten.

Das Zweite: Das betrifft die Frage von Frau Vollmer und auch im ähnlichen Sinne von Herrn Fink. Ich kann im Hinblick auf den Hauptstadtkulturfonds nur sagen, und das betrifft auch eine Beantwortung letzten Endes der Frage zu VI. in unserem Fragenkatalog, dass das, was im Moment im Hauptstadtkulturfonds als Antrag sichtbar wird, ermutigend ist. Ich habe den Eindruck, dass die kulturelle, kreative, bewegliche Szene auch Ansätze von neuen Entwicklungen und vor allen Dingen, das muss man sehen, das ist nicht mehr so wie früher mit den freien Gruppen, wo die einen nur Theater und die anderen Musik machen. Nein, es wird spartenübergreifend - ein ganz wichtiger Gesichtspunkt - gearbeitet, geplant, und entsprechende Darstellungen werden eingeübt bzw. auch vorangebracht. Vor allen Dingen auch eine ganz wichtige neue Komponente, die sich zunehmend abzeichnet in den Anträgen, ist der Einsatz der Neuen Medien im Bereich der Künste. Das verändert bestimmte Dinge, das gibt ganz neue Aspekte für eine Verwirklichung von Projekten. In der Hinsicht bin ich, muss ich sagen, zunehmend optimistisch, im Hinblick darauf, was an Anträgen auch beim Hauptstadtkulturfonds, wir haben gerade vor zwei Tagen 70 Anträge im Beirat beraten, was von dieser Seite kommt. Ich meine, dass Herr Biesenbach Recht hat unter seinem Aspekt, dass Berlin zunehmend interessant für Künstler wird, und vor allen Dingen kommt eines hinzu, auch international: Es sind sehr, sehr viele Projekte, wo nicht nur Gruppen in Berlin oder bestimmte Künstler in Berlin involviert sind, sondern sie kooperieren mit Künstlern aus dem Ausland, die hierher kommen, mit ihnen gemeinsam produzieren. Das ist auf einem Wege, natürlich ist das noch nicht alles erreicht, aber ich bin in der Hinsicht eigentlich nach den Erfahrungen, die wir im Hauptstadtkulturfonds gemacht haben - ich habe Ihnen

glaube ich, das ist Ihnen verteilt worden, eine erste Übersicht über diese Sachen mitgebracht -, da bin ich optimistisch, dass dies gut weiter läuft. Jetzt noch zu der Summe bzw. zu der Frage, wie verstehen wir uns? Als Notstopfen?

Ein Teil des Hauptstadtkulturfonds war durch die Vorentscheidung, bevor der Kurator, also meine Wenigkeit, und der Beirat anfangen mit ihrer Arbeit im vergangenen September, da war ein Teil, das sind die Regelförderungen, die auf Ihrer Liste sind, das waren zum Teil Notstopfen. Das waren Umschichtungen von Haushalten, die irgendwo nicht bezahlt werden konnten und jetzt auf einmal in den Hauptstadtkulturfonds mündeten. Dies muss verändert werden. Herr Naumann weiß das, und ich habe das auch Herrn Stölzl gesagt, diese Lasten der Dauerförderungen von Institutionen, die da drin stecken, müssen aus dem Hauptstadtkulturfonds raus, damit die 20 Millionen wenigstens in kürzerer Zeit frei werden. Wir haben in diesem Jahr für das, was Sie jetzt gefragt haben und worüber ich jetzt gesprochen habe, 10 Millionen zur Verfügung gehabt. Nicht 20 Millionen. Die anderen Dinge waren blockiert durch Vorentscheidungen. Wenn dieser Fonds einen Sinn machen soll, muss er eine volle Summe dieser Art mindestens haben, denn wir kriegen in der Tat alle vier, sechs Wochen eine Zahl von rund 50, 60, 70 Anträgen, über die wir versuchen, so gut wie möglich zu entscheiden und sie entsprechend zu fördern. Ich habe deswegen auch, obwohl Herr Naumann ihn manchmal benutzt hat, etwas gegen den Begriff „Feuerwehrfonds“. Es ist eigentlich eine genuine Ansatz zu fördern. Und der genuine Ansatz ist notwendig. Ich kann eine Großstadtkultur, und die ist eine Hauptstadtkultur, nur weiter entwickeln, wenn nicht nur die sogenannten Leuchttürme, die Events, wie das immer so schön heißt, das Kulturleben prägen, sondern eine Kultur einer Stadt muss leben von einer Basis in ihrem Dialog, mit den Ausprägungen auch in der sogenannten Hochkultur. Hier ist eine Menge in Bewegung zu setzen. Da steckt in Berlin, wie ich glaube, ein gutes Potential, das man Stück für Stück entwickeln sollte.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Der nächste, der sehr oft angesprochen worden ist, Herr Grosse-Brockhoff. Sie haben die Fragen bekommen auch nach den Ängsten, die Kollege Barthel gestellt hat. Dann die Frage, wie ist es denn mit der

Förderung der Landeshauptstadt Düsseldorf von Seiten des Landes. Ich könnte Ihnen da etwas zu Niedersachsen erzählen, wie das mit der Landeshauptstadt ist, das ist auch interessant mit Düsseldorf. Und zu der Frage des Selbstverständnisses in Bezug auf die Breitenförderung und ihren Ertrag.

SV Grosse-Brockhoff: Zu der Frage der Ängste. Ich glaube, das ist ein Phantom. Es handelt sich a) um Neid und b) um Ressentiments. Das sind beides keine Ängste. Zu Bayern möchte ich mich nicht äußern. Das spricht für sich. Wozu ich mich gerne äußern möchte ist, dass es schon bei einigen Landespolitikern, auch über Bayern hinaus, auch Ministern, auch Frau Ministerin Brusis hat sich einmal sehr vehement pro Föderalismus gegen zusätzliches Bundesengagement geäußert. Ich glaube aber, dass diese Diskussion auch in NRW vorbei ist. Was die Ängste in den Kommunen angeht, Herr Dr. Sauberzweig, so trifft es zu, dass dies bei den Ruhrgebietsdezernenten im Gegensatz zu den Rheinlanddezernenten der Fall ist, und das ist für mich, in meinen Augen, von Neid geprägt. Im Rheinland vertreten wir dezidiert, wir haben das auch schon öffentlich getan, die Äußerung, hier gibt es nur eins: Wenn Berlin mehr gefördert wird, werden auch wir an der Rheinschiene mehr gefördert, zwangsläufig. Von daher gesehen haben wir ein ganz ureigenes Interesse, dass es eine zusätzliche Berlinförderung gibt, und es dient letztlich der Kultur im gesamten Land. Das ist unsere Meinung dazu, und ich glaube, es hat mit Ängsten nichts zu tun.

Jetzt zu der Frage der Kriterien. Was macht eine Hauptstadt aus? Ich will es einmal ganz kurz und knapp auf einen Nenner bringen. Erstens, hier wird regiert. Zweitens, Geschichte, die präsentiert werden muss. Drittens, hier entsteht dadurch, dass entschieden wird, das Neue, das sich hier auch als kritische Masse ansiedelt. Ferner Internationalität. Da kommt meines Erachtens das Thema Globalität überholend hinzu und schlicht und ergreifend internationale kulturelle Spitzenleistung. Was die Repräsentation angeht, Herr Naumann, bin ich anderer Meinung, die ist in allen Bereichen selbstverständlich auch dabei zu sehen. Immer die Repräsentationsrolle, auch in der Kultur, aber sie darf doch nicht der primäre oder der Selbstzweck von Kultur sein, sondern muss sich nebenher ergeben. Da setze ich nach wie vor Frage-

zeichen an bei der Auswahl, die derzeit diskutiert wird. Ich will mich jetzt wirklich nicht festbeißen, ich bin Ihnen auch dankbar für die Klarstellung, was das Jüdische Museum angeht und will mich nicht daran festbeißen. Es kann nicht das Kriterium sein, dass es, wie Sie gesagt haben, passt und dass genau 80 Millionen herauskommen mussten. Ich glaube, bei dem von mir vorgeschlagenen Weg, sich in Stiftungen, in GmbH mit entsprechenden Anteilen zu beteiligen, kann man erst einmal wirklich auswählen, wo hat der Bund präsent zu sein und dann bestimmt man die Beträge, so dass dann meinetwegen 80 Millionen rauskommen, wobei meines Erachtens langfristig hier, auch mittelfristig, ein erheblich höherer Betrag notwendig ist. Dann ist das einmal natürlich ganz klar Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Mal pauschal jetzt für Geschichte, auch wenn da durchaus anderes stattfindet. Es gehört für mich aber auch tatsächlich dazu, dass alle Sparten in Berlin ihr erstes Haus haben. Das hat meines Erachtens auch Auswirkungen hinein in die Landeshauptstädte, hinein in alle Länder, auch in die Provinz hinein. Was die Orte der Innovation angeht, des Neuen, der kritischen Masse, muss ich sagen, dies kann man nicht verordnen. Dies muss in einer Stadt wachsen, und dafür kenne ich zum Beispiel auch viel zu wenig diese Stadt. Ich kann nur eines sagen, PS 1 ist für mich eines der Vorbilder, die international überhaupt existieren und wo wir uns alle, sowohl in Berlin als auch im Rheinland, eine Scheibe abschneiden können und wirklich überlegen können, wie kann man ein solches Modell auch auf uns hier übertragen, ohne dass man es einfach nachahmt. Und dann sind es natürliche Ereignisse, auch internationaler Dimension. Die Festspiele, meinetwegen Filmfestspiele und Einzelprojekte, wie sie Herr Sauberzweig mit seiner Kommission eben bezuschusst und berücksichtigt. Das vielleicht in Kürze zum Thema Kriterien. Ein Stichwort nur, ich finde, nach dem, was ich auf der Museumsinsel gesehen habe, da bin ich der gleichen Meinung, wie es eben ein Beiträger gesagt hat, was sich da tut, ist sensationell, und man kann es nur befürworten. Wenn nunmehr Herr Professor Lehmann vorschlägt, auch im - gegebenenfalls neu zu errichtenden - Schloss, jedenfalls an dieser Stelle die Sammlungen außereuropäischer Kultur zu präsentieren, mitten im Zentrum, dann scheint mir dies wirklich ein Signal der Zeit zu sein. Denn wir müssen uns angewöhnen, dass wir nicht ständig Kultur mit dem eurozentristischen Blick, den wir uns seit Jahrhunderten angewöhnt haben, betrachten, sondern wirklich lernen,

außereuropäische Kultur nicht als etwas Exotisches zu betrachten, sondern als etwas absolut Selbstverständliches. Und wir müssen auch den Blick der anderen Kontinente auf diese Kunst und auf uns lernen, und dazu könnte ein solches Haus dienen, und dann muss man natürlich auch über das Haus der Kulturen der Welt noch einmal neu nachdenken, wenn man diesen Weg wirklich gehen will. Das dazu.

Herr Lammert hatte die Frage gestellt, ob und wie eine Förderung der Landeshauptstadt in NRW stattfindet. Herr Lammert, ich habe das eben sehr kurz gefasst. Das ist unser Problem in NRW, dass wir, wenn wir zum Land gehen und sagen, bitte fördert in der und der Stadt und zum Beispiel in der Landeshauptstadt Spitzenleistungen, die Antwort bekommen, NRW ist das Land der Städte, und damit haben die Städte die Kultur zu tragen und wir werden ausgleichend tätig. Wenn dann das Land umgekehrt, das muss ich auch selbstkritisch an die Adresse der Kulturdezernenten, namentlich des Ruhrgebietes sagen, plötzlich – etwa auf eine Initiative von Herrn Clement und Frau Brusis seinerzeit - endlich einmal das zu ändern versucht und sich hie und da der Spitzenleistungen annehmen möchte, um auch Flagge zu zeigen, dann sind es die Städte, die überwiegend schreien, Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Städte und die Kultur liegt bei den Städten, und dies führt im Ergebnis zu einer unglaublich dichten Kulturlandschaft, aber nicht zur Spitze. Obwohl die Basis für Spitze da ist. Mit wenig Geld kann man in Nordrhein-Westfalen auf der Basis, die da vorhanden ist, wirklich aufbauen. Was Frau Dr. Vollmer gesagt hat, das war ein Missverständnis. Ich habe nicht gesagt, Breitenförderung bringt nichts, sondern ich habe nur dargestellt, dadurch, dass NRW ein Land der Städte ist und das Land nicht zusätzlich etwas für Spitzenförderung tut, haben wir zu wenig Spitzenleistungen. Das ist aber ein Ist-Zustand, der nicht besagt, dass nun die Breitenförderung nichts bringen würde. Als Basis brauchen Sie das meines Erachtens schon. Das wollte ich dann doch noch klargestellt haben. Danke schön.

Die Vorsitzende: Ich würde jetzt gerne noch Herrn Biesenbach fragen, er hat auch mehrere Fragen bekommen von Frau Vollmer, zum Beispiel danach, wo denn das Publikum ist. Von Herrn Fink, wie kann man sichern, dass die Mittel wirklich für überregionale Projekte eingestellt werden. Ich glaube, das war es, was ich im Moment

habe. Haben Sie selber noch eine Frage für sich notiert? Gut, dann beginnen Sie erst einmal mit den beiden Fragen. Es werden schon die Kollegen schreien, wenn sie nicht genügend berücksichtigt wurden.

SV Biesenbach: Ich möchte zunächst einmal sagen, dass es ohne den Hauptstadtkulturfonds von Herrn Sauberzweig wirklich öde aussehen würde, weil es letztendlich wirklich extrem wichtig für diese Hauptstadtkultur ist, nach vorne zu denken und diese produktive Ebene zu fördern. Das muss man einfach einmal gesagt haben, und ich denke, das gehört in die Märchenwelt der Bemühungszusagen, dass man mal vielleicht unter anderen Konstellationen dachte, dass man da ganz drin aufgehoben ist und das verstehe ich, dass das nicht geht. Die Fragen jenseits dieses Hauptstadtkulturfonds und was dort möglich ist, richten sich oft auch nach Qualität. Herr Professor Fink hat gefragt, wie kann man das sicher stellen. Es ist oft so, dass man dem Experimentellen unterstellt, dass es entweder keine Qualität hat und dann überhaupt keine Hauptstadtkultur ist oder Soziokulturelles oder, oder. Natürlich ist Qualität spekulativ. Vor allem, wenn man sie nach vorne denkt. Für mich gibt es ein wichtiges Erlebnis. Ich bin, als ich 30 war 1997, von der Biennale in Venedig als Jurymitglied eingeladen worden, um die Goldenen Löwen zu vergeben. Das war irgendwie außergewöhnlich, dass man jung ist. Dann dachte ich, hier wird also Qualität gemacht. Anscheinend werden hier irgendwelche wichtigen Preise vergeben. Trotzdem sind sie spekulativ. Natürlich, und das ist extrem wichtig, hat man einen Kollegenkreis, man hat andere Institutionen, wo man auf internationaler Ebene kooperiert. Zum Beispiel, ich fand diese Frage interessant, wo Sie sagten: Suchen Sie Fassbinder? Ich habe angeregt, eben weil ich im PS 1, was auch eben erwähnt wurde, für Film zuständig bin, und das hier ist eine Abteilung des Museum of Modern Art, dass man sich mal den Oskar-Röhler-Film anschaut „Der Unberührbare“, der jetzt auch mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet wurde. Der Kommentar von Larry Cardish, dem Grand Senior des Filmdepartments war, es besteht Hoffnung auf einen neuen Fassbinder. Der Film wird gekauft von der Fassbinder-Stiftung, und der Film wird im MoMA gezeigt im Herbst. Das sind natürlich einzelne Punkte. Andererseits haben wir zum Beispiel einen wichtigen experimentellen Filmmacher wie Matthew Barney nach Berlin eingeladen, und der hat hier eben mit Röhler oder

Schliengensieff oder, oder, Kontakt gehabt. Unter anderem ist auch Schliengensieff auf meine Initiative in die Sammlung des MoMA gekommen. Ich denke, dass diese Qualität, obwohl sie spekulativ ist, insofern dieses Spekulative vielleicht dadurch rechtfertigt, dass man zumindest im längerfristigen Mittel einfach sehen kann, Hauptstadtkultur ist nicht deutsch. Berlin sollte man auch nicht als eine deutsche Stadt verstehen. Monika Bonvicini, italienische Künstlerin, die hier in Berlin studiert hat, mit der ich schon fünf Ausstellungen in dem Hinterhof in der Auguststraße gemacht habe, hat den Großen Preis der Venedig Biennale bekommen. Nicht, als ich in der Jury war, sondern letztes Jahr. Ich denke, das ist ein großer Erfolg, wenn eben solche junge Kunst oder solche Oskar Röhler eben in die Sammlung des MoMA kommen. Ich denke, Sie haben Recht – es ist spekulativ, aber ohne Einsatz kein Gewinn. Ich denke, dass sich gerade im Bereich Architektur, Mode, Film, Design also wirklich Größen entwickelt haben, die in der Royal Academy oder egal wo gesammelt und gezeigt werden.

Ich kann jetzt nicht die Kriterien nachlegen, es ist spekulativ, aber es ist in den letzten Jahren für Berlin sehr gut gegangen, dieses Spekulative. Und das auch dank des Hauptstadtkulturfonds. Frau Fetscher sagte gerade, dass er verdoppelt werden sollte. Das müssen Sie dann selber sagen. Das hat dann ein anderes Gewicht. Wenn Frau Vollmer fragt, wo finden Sie Ihren Markt, habe ich erst verstanden, wo finden Sie Ihre Mark. Dann hat Frau Griefahn es umgedeutet, wo finden Sie Ihr Publikum. Unser Publikum ist sehr jung, und wir verkaufen nichts. Also bei uns kostet ein Eintritt drei Mark, und bei Eröffnungen ist es frei. Die Eröffnungen sind oft so überflutet, dass es schon fast irgendwie schwierig ist. Man hat einen Markt in dem Sinne, man hat ein Publikum. Vor allen Dingen aber auch, ich meine Berlin hat nicht wie Köln, wie Düsseldorf, eine absolut langfristig gewachsene Sammlerszene, Kunstliebhaberszene, nicht dieses Bürgertum, das sich wirklich aus Familientradition mit Kunst beschäftigt, sondern unsere Besucher, das hat man bei der ersten Berlin Biennale gesehen, wo wir wider Erwarten über 80.000 Besucher hatten, das waren also praktisch alles Studenten. Also man kann den Markt oder die Mark in dem Sinne glaube nicht finden bei einer Institution, die so einen Freiraum hat, ich glaube es ist wichtig, dass Berlin weiterhin Freiräume hat, dass da was passieren kann. Vor allen

Dingen für diese experimentelle Kunst. Das PS 1 befindet sich in einer absurden Situation. Nach viereinhalb Jahren der Renovierung eröffnet das PS 1 wieder, und uns fällt eine Hausecke auf die Straße, und Sie wissen wie das in den USA ist, welche versicherungstechnischen Probleme das gibt. Wir haben ein Gerüst um das ganze Haus ziehen müssen. Wir hätten zumachen müssen, weil allein die Sicherung etwa 7 Millionen Dollar gekostet hätte, und das nach der Renovierung. Hier in Berlin ist der Fall, dass wir bei der Renovierung Fachwerk hinter Mauerwerk, also hinter Mauer, hinter dem Putz gefunden haben. Das müssen wir wieder herstellen, und dann müssen wir das wieder zu putzen. Da kann ich nicht zu Herrn Sauberzweig gehen oder zu nicht Herrn Naumann, weil das auch viel zu kompliziert ist. In New York hat die Fusion mit dem MoMA eigentlich die Rettung gebracht. Weil das MoMA nicht nur die größte Kunstsammlung ist, sondern meiner Meinung nach auch die größte Geldsammlung, die dahinter steht. Weil eben die Trustees und die Boardmembers einfach ein ungeheueres, auch privates, Vermögen darstellen. Wir haben z.B eine sehr erfolgreiche Ausstellung im Februar gemacht, da haben wir innerhalb von 10 Stunden eine Halbe Million Dollar Geschenke bekommen. Das einfach, weil es eine gute Idee ist, und da gibt es eine Tradition von Leuten, die diese Sammlung auch dadurch schützen, dass sie eben dieses Museum eben praktisch auch innehaben. Das ist ihre Institution. Ich glaube nicht, dass man das auf Berlin anwenden kann, weil hier sind die größten Museen keine Geldmaschinen und keine Geldsammlungen, die eben über dieses private Kapital, was auch gerne gegeben wird, verfügen. Ich denke allerdings schon, dass man eine Art Stiftung ermutigen muss, dass man Privatleute motivieren muss, so etwas zu formulieren. Es wäre für uns eben extrem wichtig, Frau Vollmer, wenn Sie sagen, wo finden Sie Ihren Markt und Ihre Mark, dass man versucht, in einer gewissen Unabhängigkeit irgendeine Stiftung zu konstruieren.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Deswegen haben wir auch das Stiftungsrecht novelliert, damit wir auch solche Initiativen mehr ermutigen, denn das haben wir alle mit Bewunderung immer in den USA erlebt, was da möglich ist und was hier sozusagen noch immer etwas zaghaft kommt und wo wir hoffen, dass sich doch auch hier etwas mehr tut.

Jetzt habe ich noch Herrn Lehmann zur Frage der Weiterentwicklung der SPK. Frage von Herrn Lammert.

SV Professor Lehmann: Gerne. Zunächst bin ich natürlich dankbar für die sehr positive Einschätzung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Man muss aber sehr genau hinterfragen, was den Erfolg eines solchen Konzeptes ausmacht. Es ist zunächst einmal gesagt worden, es ist die Chance, die wir in dieser Gesamtstaatlichkeit haben. Dass wirklich der Bund und die 16 Länder damit eine Möglichkeit haben, quasi die Bundeshauptstadt zu repräsentieren und nicht die Reichshauptstadt. Wir haben hier wirklich eine Beteiligung in einer Weise, dass auch keine Ängste aufkommen und dass hier ein kulturelles Erbe gepflegt wird. Man muss aber auch folgendes sehen: Die Stiftung ist wohl der größte Kulturkomplex in der Welt. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er in sich eine klare Identität findet. Das heißt, dass er selbst in der Lage ist, gemeinsame Ziele zu formulieren und die Chancen, die er in dieser intellektuellen Vernetzungsmöglichkeit von Sammlungen liegt, auch wirklich so auszurichten, dass eine Schubkraft erzeugt wird. Dass man sagt, dieses Ziel, was wir erreichen wollen, ist wirklich ein gemeinsames Ziel und wir bündeln alle Kräfte, um bestimmte Schrittfolgen auch zu erreichen. Ich habe Bedenken, wenn wir in eine Situation gebracht werden, dass wir nur aufgrund der gesamtstaatlichen Struktur Dinge übernehmen müssten, dass wir dann genau diese Wiedererkennbarkeit, dieses Profil, verlieren. Wir würden dann eher eine Behörde werden. Ich will nur daran erinnern, dass vor einigen Jahren die Stiftung als der Tanker, der schwer manövrierbar ist gezeigt worden ist. Das wäre genau die Gefahr, in die wir gehen würden. Ich persönlich neige dazu, dass man Einrichtungen so schaffen soll, dass sie von außen auch wirklich erkennbar sind in dem, was sie tun und nicht so sehr eine administrative Situation erzeugen. Wenn wir das bei der Stiftung in der Weise machen, dann können wir eben nicht nur ein Erbe verwalten, dann sind wir auch glaubwürdig zum Beispiel für die zeitgenössische Kunst, dann können wir Initiativen einleiten, dann können wir eine Plattform sein für Künstler, dann können wir Veranstaltungen machen. Alleine mit diesem Profil. Deshalb würde ich sagen, Herr Lammert, dass es für uns nicht erstrebenswert ist, diesen Weg zu gehen. Ich würde

aber sagen, dass man bei den Einrichtungen, die die Hauptstadtkultur künftig prägen sollten, durchaus unterschiedliche Modelle überlegen sollte. Es gibt Einrichtungen, die ausschließlich vom Bund finanziert werden sollten. Es gibt Einrichtungen, die in einer Bund-Berlin-Situation sind, und es gibt Einrichtungen, die nach dem Stiftungsmodell auch eine Bund-Länder-Situation ermöglichen. Wenn man da vernünftig zusammen fasst, könnte man Strukturen erreichen, die genau das machen, dass sie nicht die Inhalte mit der Administration verbinden, sondern eher die Administration als Instrumentarium nutzen, das Profil zu befördern.

Die Vorsitzende: Danke, eine letzte Antwort noch von Herrn Flierl, wie er das Erbe definiert, fragte Herr Fink.

SV Dr. Flierl: Eine Bemerkung zu der Abgrenzung zwischen hauptstadtbedingten und gesamtstaatlichen Aufgaben. Noch einmal vor dem Hintergrund der Topographie des Terrors. Mein Plädoyer war zu sagen, wir wollen uns um die Kultur in der Stadt Berlin, der Hauptstadt, kümmern. Aber es gibt ganz verschiedene Akteure, und wir müssen über die Neubestimmung der Bundeskulturaufgaben nachdenken. Natürlich auch die Herausforderung an die städtische Kulturpolitik Berlins nicht vergessen. Denn alles, was wir auch in einer Neuverteilung der Aufgaben und Lasten zur Entlastung Berlins beitragen können, soll dazu dienen, dass Berlin stärker als bisher auch seine Qualität an städtischer Kulturpolitik entwickelt und viele der Anforderungen, die hier jetzt hoffnungsvoll auf den Hauptstadtkulturfonds zu Recht projiziert wurden, sind natürlich in weitem Maße auch Aufgabe der Stadt Berlin, die allein durch den Hauptstadtkulturfonds leider nicht wahrgenommen werden können oder sollten. Also Atelierförderung oder ähnliches. Die Förderung von Künstlerverbänden, Kunstinitiativen ist natürlich eigentlich eine Aufgabe der Stadt Berlin, und da gibt es enorme Defizite gerade im Bereich der Bildenden Kunst. Wenn ich so für die Abgrenzung plädiert habe, vor allem von gesamtstaatlichen Aufgaben und im engeren Sinne von hauptstadtbedingten Aufgaben, dann ist völlig klar, dass die Museumsinsel als gesamtstaatliches Ereignis natürlich zum Glanz und zur kulturellen Ausstrahlung der Hauptstadt beiträgt. In dem Zusammenhang ist mir aber nicht so

ganz klar, welche Logik nun zur Erstellung der Liste geführt hat im Hinblick auf die Stiftung.

Ich weiss nicht, ob die anderen Länder so begeistert sind, dass der Bund nur den Landesanteil Berlins übernimmt und ob nicht damit gerade eine Balanceverschiebung in der Konstruktion der Stiftung herbeigeführt wird. Ich begrüße sehr, dass die Festspiele um die Freie Volksbühne ergänzt werden sollen und denke, dass hier noch einmal gemeinsam überlegt werden soll, was ist nun hauptstadtbedingte Kulturpräsentation. Es ist offenbar nicht die Stiftung als solche. Die muss stattfinden, genau wie die großen Ensembles und Institutionen Berlins, die auch ohne die Hauptstadtentscheidung nötig wären. Ich würde plädieren für ein Programmangebot, wie es mit der Festspiele GmbH schon traditionell vorgegeben wird, mit dem Gropius-Bau und der Freien Volksbühne als Infrastrukturen. Eine durchaus knappe Infrastruktur, die man sich auch um das Hebbeltheater nach wie vor ergänzt vorstellen könnte. Das sind dann nicht die Flaggschiffe, von denen Sie sprechen. Ich denke, dass die Liste den Vorschub bringt, dass wir um das Gespenst einer zentralistischen Bundesoper und Bundesphilharmonie herumgekommen sind. Auch im Hinblick auf die anderen Länder. Mit dem Begriff des Flaggschiffs denke ich, wir brauchen hier Plattformen. So auch wie Kunstwerke vielleicht arbeiten. Aber wir brauchen ein Programmangebot in einem bestimmten repräsentativen Ensemble von Einrichtungen. Man könnte sich sicherlich streiten, ob das Jüdische Museum nun eine gesamtstaatliche oder eine hauptstadtbedingte Kulturaufgabe ist. Ich sehe beides als möglich. Insofern ist es nicht nur Erbe, sondern es soll die Deutsch-Jüdische Beziehungen, nicht in der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft darstellen. Insofern freue ich mich, dass das hier aufgegriffen wurde. Aber natürlich sollte man es erwähnen, dass natürlich vor dem Hintergrund der Gedenkstättenproblematik es in jeder Hinsicht ein Vertrauensakt wäre, wenn vor dem Hinblick der noch schwierigen Fragen um den Ort der Erinnerung und das Jüdische Museum dann auch bei der Topographie des Terrors hier der Bundesanteil verstärkt werden sollte. Wenn ich auch konzedere, dass Berlin wesentliche Vorleistungen an Misstrauen erbracht hat, was die Bauvorbereitung betrifft. Trotzdem wird dieses Problem nur positiv-progressiv zu lösen sein. Insofern appelliere ich nun einmal in der Hinsicht, auch die Systematik dieser Liste zu hinterfragen. Hier scheinen einige,

nach meiner Definition, gesamtstaatliche Aufgaben enthalten zu sein, die nicht unbedingt im Rahmen des Hauptstadtvertrages, sondern durchaus in einer Verstärkung des Bundesengagements im Rahmen der bisher gegebenen Finanzierung möglich wären.

Die Vorsitzende: So, dann haben wir die Referenten erst einmal mit der ersten Fragerunde abgedeckt. Nun kommen wir zu Herrn Naumann. Herr Lammert fragte bezüglich der Mitwirkungsrechte, wenn eben 100 % der Förderung übernommen werden, ob dann sozusagen Berlin gleichermaßen die Mitwirkungsrechte behält und warum. Dann ist noch gefragt worden von Herrn Fink nach den Kriterien und nach der Definition des Erbes. Das waren jetzt die beiden, die ich im Moment habe, und dann wollte der Herr Staatsminister noch einmal auf einen Referenten antworten. Bitte schön.

StMin Dr.Naumann: Danke Frau Vorsitzende. Lassen Sie mich zu Beginn noch einmal ein mögliches Missverständnis ausräumen. Herr Grosse-Brockhoff hat mehrfach von Repräsentation gesprochen, während ich immer von repräsentativ gesprochen habe. Da ist ein kleiner Unterschied. Repräsentativ meint, wenn Sie so wollen, die geistigen Bemühungen von Künstlern, nämlich dass zum Beispiel alle Kunst mit einem gewissen Ziel gemacht, Fragen von Schönheit, Fragen von Ordnung, Fragen von Phantasie, alle Fragen, die sich im künstlerischen, kreativen Bereich ergeben, durch Handeln zu repräsentieren. Also repräsentative Kunst bedeutet im Zusammenhang einer Hauptstadt eben gerade nicht das, was man normaler Weise dann mit rotem Teppich oder Korinthischen Säulen verbinden möchte oder einer Staatsoper. Das heißt, die Würde gewissermaßen der Hauptstadt generiert sich nicht in erster Linie aus ihrer möglicher Weise opulenten Geschichte wie in Rom, sondern in der Bundesrepublik und in Berlin vor allem aus dem Bemühen der hier versammelten parlamentarischen und demokratischen Institutionen, ein Land möglichst gerecht und frei zu regieren und zu repräsentieren. Die Künste, die in dieser Stadt unter anderem mit Staatsgeldern subventioniert arbeiten, werden nicht die Aufgabe haben, gewisser Maßen diese Verfassungsaufgaben der Institutionen zu reproduzieren in ihrem eigenen Bereich,

aber sie können sich nicht damit zufrieden geben, mit Staatsgeldern Straßenfeste zu machen, sondern eine gewisse Ernsthaftigkeit in dem Bemühen der Künste muss offenkundig werden. Jedenfalls dort, wo sie vom Bund subventioniert werden. Das meine ich mit repräsentativ. Auch darum und deshalb liegt eine große Gefahr darin, zentral herausragende Institutionen wie Opern oder Theatern aus dem ganzen Spektrum der Berliner Opfern und Theater herauszupicken und zu sagen, über euch ruht die Gnade Hans Eichels. Mitsamt den dazugehörigen Subventionierungen. Dieses würde das relativ gute und relativ gut austarierte kulturelle Klima in dieser Stadt zerstören. Weiterhin halte ich in diesem Zusammenhang immer noch mein Argument aufrecht, gerade was Opern betrifft. Opern sind in der deutschen Geschichte die politisch am meisten missbrauchten Institutionen. Je ferner sie vom Staat gehalten werden und zwar vom Bundesstaat, von der zentralen Institution, um so ferner wird uns auch die Erinnerung an die Wagner-Vereine rücken. Darauf kommt es auch an.

Die Frage von Herrn Lammert, eine völlig richtige Frage, nämlich was wäre denn, wenn Berlin sich in all diese Institutionen, die wir jetzt fördern, wieder mit einer gewissen Summe hinein begibt, könnten wir dann die 80 Millionen nicht strecken auf andere Institutionen. Aber von genau dieser Situation wollten wir, das sage ich inzwischen wirklich ohne jeden Soupçon, nur im Rückblick auf die Geschichte dieser Stadt, wollten wir aus der Welt der Bemühungszusagen und der Haushaltsabgründe uns entfernen. Dann sind wir wieder dran. Früher oder später. Das bedeutet aber nicht, dass diese von uns geförderten Institutionen nicht auf dem Prinzip der konsensualen Leitung, vor allem, wenn es um Personalfragen geht, aufbauen werden müssen. Das bedeutet, dass - so wie immer die Verfassung, die zukünftigen Verfassungen dieser Institutionen aussehen - das Land Berlin unabhängig von seiner finanziellen Beteiligung mit ungefähr paritätischer Stimmkraft in den entsprechenden Personal bestimmenden und suchenden Gremien vertreten sein wird, und es wird gleichzeitig aber sicher gestellt werden müssen, dass der Stichentscheid bei Konfliktsituationen beim Bund liegt. Das wird niemand beim Bundestag oder auch im Finanzministerium oder anderen Orts mitmachen, dass wir zahlen, dann aber schauen, dass aufgrund von falschen Entscheidungen, auch in der

Geschäftsführung, Geld zum Beispiel verschwendet wird, was auf diese Art und Weise des direkten Zugriffs, auch in den Personalfragen, vermieden werden kann.

In anderen Worten: Es soll konsensual, aber durchaus auch realistisch in der Frage der Mehrheitsentscheidung oder Stichstimmen bei Personalentscheidungen in Zukunft geordnet werden. Das sieht übrigens auch der Kultursenator dieser Stadt so.

Wir haben ein entsprechendes Beispiel in dieser Stadt, Herr Lammert. Das ist das Deutsche Historische Museum. Das wird vom Bund und von der Stadt Berlin gemeinsam in den Entscheidungsgremien, im Stiftungsrat bzw. im Aufsichtsrat geführt, und bisher sind alle Entscheidungen dort konsensual gefällt worden und soweit auch so gut. Das heißt, Berlin bleibt beteiligt.

Herr Abgeordneter Fink, Sie haben öfter gefragt, was ist eigentlich das Erbe. Ich habe inzwischen eigentlich das Gefühl, dieses Wort sollte man langsam in Quarantäne tun. Es hat einen Haut Goût. Es hat einen realsozialistischen Haut Goût, und es hat einen noch älteren Haut Goût. Natürlich ist es übrigens, Herr Biesenbach, eine kühne Behauptung, natürlich ist Berlin eine deutsche Stadt. Sie sagten, es sei keine. Das ist schon künstlerische Übertreibung.

Gleichwohl bleibt Berlin eine deutsche Stadt. Man sollte mit dem, was als historisches Erbe betrachtet wird und was zu pflegen und zu umsorgen sicherlich Aufgabe aller Kulturpolitiker sein sollte - ich habe jetzt keinen anderen Begriff -, mit diesem Begriff, der doch etwas sehr Statuarisches und Festgeschriebenes und Verdinglichendes hat, anders umzugehen zu versuchen. Mit anderen Worten: Die Topographie des Terrors hat zwar mit der deutschen Geschichte zu tun, aber ich hoffe nicht mit dem deutschen Erbe. Das Jüdische Museum hat zwar mit der deutschen Geschichte zu tun und auch der deutsch-jüdischen Geschichte, ist aber nicht unbedingt das deutsche Erbe, sondern es sind in Wirklichkeit Orte, Reflexions- und Lernorte, in der deutsche Geschichte im Rahmen des allgemeinen kulturellen Diskurses und der Selbstbesinnung des Landes offenkundig gemacht werden soll. Für die Besucher, vor allem auch für die jüngeren Besucher.

Schließlich wurde gefragt nach der Rolle des Holocaust-Mahnmals. Hier kommt auf uns eine zweifellos noch interessante Finanzierungsdebatte zu. Der Bundestag hat das Mahnmal in dieser Form gewünscht. Auch mit dem Ort der Erinnerung. Das war nicht Michael Naumanns Privatwunsch, der gewissermaßen regierungsamtlich draufgesetzt wurde, sondern das war das Ergebnis einer langen, sehr schweren und alles in allem doch würdigen Debatte des Bundestages. Dessen Finanzierung als Einzeltitel in unserem Haushalt mit einer Verfügungsermächtigung für das nächste Jahr mit 12 Millionen Mark und drei Millionen Mark Grundausstattung eingestellt worden ist. Aber jeder in diesem Raum weiss, dass das nicht ausreichen wird. Hier wird es eine Einzelabstimmung im Bundestag geben, und ich möchte die Gelegenheit der Anhörung auch wahrnehmen, auch dieses gehört mit zur Hauptstadt Kultur, um darauf hinzuweisen, dass jeder Abgeordnete, mit dem ich darüber gesprochen habe, darauf hingewiesen hat, dass eine reine Finanzdebatte und Haushaltsdebatte um dieses Thema, um den jetzt mehrfach auch von mir etwas strapazierten Begriff „Würde“ noch einmal zu benutzen, würdelos wäre und uns in keiner Hinsicht gut tun würde. Ich versuche hier nicht präventiv gewisse Maßen, wie mir immer unterstellt wird, dieses erste Projekt „Haus der Erinnerung“ noch einmal in größerer Form schmackhaft zu machen. Es geht einfach darum, dass zur Hauptstadt Kulturpolitik, auch aufgrund der von mir vorhin erwähnten Probleme der Repräsentation, nicht im Sinne des roten Teppichs, sondern auch der angemessenen Reflektion, kulturellen Reflektion unserer Geschichte, dass dieses buchstäblich nicht kostenlos zu haben sein wird, aber mit zur Hauptstadt Kulturpolitik gehört.

Das wären im Grunde genommen meine Antworten auf die präzisen Einzelfragen. Dazu, wie diese Liste zusammen kommt, kann ich immer nur wieder darauf hinweisen, im Grunde genommen kommt sie deswegen zu Stande, weil die Stadt Berlin aufgrund ihres Doppelcharakters als Land und Stadt in ihrem Gesamthaushalt eben auch, anders als zum Beispiel Frankfurt oder München, die gesamten Lehrergehälter hat und ähnliche Zahlungsverpflichtungen, die normaler Weise Städte in dieser Form nicht haben. Darum ist das Land Berlin mit einem Kulturretat von 2 % des Gesamtetats im Vergleich zu Frankfurt nicht gerade reichlich gesegnet und erst Recht nicht zu München. In München, in einer Stadt, die nur halb so groß ist wie

Berlin, stehen, wenn ich Herrn Zehetmaier richtig verstehe, in dieser Stadt München stehen fast 1 Milliarde Mark, Stadt und Land, für die Kulturinstitutionen, zur Verfügung.

Wenn er 500 Millionen sagt, dann ist das sein Geld, aber dann kommt noch das Stadtgeld dazu. Das ist der Freistaat, und dann kommt noch einmal dasselbe ungefähr von der Stadt dazu, und so sind wir fast bei 1 Milliarden Mark.

Das ist im Vergleich zu Berlin doch entschieden mehr.

Die Frage, wieso der Bund sich hier in Berlin überhaupt engagiert, hat schon etwas zu tun mit der Geschichte der Stadt. Mit der Verdopplung aller Institutionen durch die Wiedervereinigung, mit dem Wohlleben, kulturpolitischen, in der Vergangenheit und mit dem plötzlichen, man muss sagen, Abbruch der Förderung durch die vorige Bundesregierung im Jahre 1993.

SV Professor Lehmann: Ich wollte nur einen kleinen Satz zur Ergänzung machen, weil sich etwas verändert hat von gestern auf heute. Der Senat von Berlin hat sich gestern mit dieser Liste beschäftigt und noch einmal diskutiert, ob es vernünftig ist, die Betriebskosten, das haben Sie auch angesprochen, der Stiftung zu ersetzen, weil das in der Tat auf das Gefüge der Gesamtfinanzierung Einfluss nimmt. Die haben jetzt vorgeschlagen, haben wir auch so verabredet, zu versuchen, dass wir uns auf den investiven Teil, also Bauausgaben beziehen. Das habe ich als jemand, der das Haushaltsrecht kennt, nicht für möglich gehalten, aber es ist in Berlin möglich. Wenn ich das einmal so sagen darf. Es war nur das Interesse an Berlin, das da Vorrang hatte. Unser Interesse ist natürlich, dass wir den Rest der 80 Millionen jetzt nehmen und unmittelbar für die Baumaßnahmen der Stiftung verwenden.

Die Vorsitzende: Ich habe jetzt ein großes Problem. Wir wollten eigentlich drei Runden machen, nun haben wir 16:20 Uhr. Wir wollen hier um 17:00 Uhr abschließen. Ich bitte deshalb die nächsten fünf Fragesteller, die sich zu Wort gemeldet haben, wirklich möglichst präzise, knappe Fragen zu stellen. Die Kolleginnen und Kollegen bitte ich dann auch, für die ordentliche Ausschusssitzung im Anschluss an diese Anhörung noch zur Verfügung zu stehen und nicht gleich

wegzulaufen. Wir müssen jedenfalls nun zügig zu Ende kommen, weil noch andere Termine bei allen warten.

Es hatten sich jetzt gemeldet Frau Wolf, Herr Tauss, Frau Vollmer, Herr Lammert und Frau Fetscher.

Abg. Hanna Wolf (SPD): Vielen Dank. Herr Sauberzweig, ich komme aus München, und München hat sicherlich keine Ängste, dass es überrollt wird. Wir haben einen selbstbewussten Oberbürgermeister. Aber etwas glaube ich, hat München nicht. Deswegen möchte ich auf Herrn Biesenbach noch einmal zurückkommen, weil Sie schon etwas sehr interessantes aufgezeigt haben. Es gibt einen gewissen Widerspruch zwischen dem, was Sie sagen und dem, was Frau Fetscher sagt. Sie sagen, Berlin ist aufregend, anregend, spannend, gerade weil es noch Kräne hat, hier entsteht etwas. München ist fertig. Es heißt, es hat nicht diesen Spannungsraum. Hier entsteht etwas ganz Interessantes. Da möchte ich mitmachen. Ich glaube, das ist dann die Suggestion von Berlin. München ist schon zu perfekt. Es bleibt natürlich eine spannende Kulturstadt. Es gibt für mich einen Widerspruch, und ich möchte das hier noch einmal zur Diskussion stellen und nicht einfach sagen, das hat jetzt der Berliner Senat zu regeln. Sie sagen, Frau Fetscher, es gibt in dieser Stadt, und ich habe das auch gelesen und es hat mich erschreckt, eine Art von Klima, dass ausländische Mitbürger oder auch Gäste, die eben ausländisch aussehen, sich nur in dem Westen der Stadt bewegen.

Wir haben auch die Diskussion. Die Inder sind gar nicht so begeistert nach Deutschland zu kommen, weil sie hier auf ein Klima stoßen, das Angst macht. Die Kultur unseres Landes hat sich da anscheinend nicht als offen bewährt. Die Künstler sind mutiger als Ingenieure. Es sei denn, sie sind auch zu erkennen als Ausländerinnen und Ausländer. Glauben Sie, dass sie auch nicht kommen, oder wie äußert sich das? Jetzt möchte ich es eben hineinziehen in den ganzen Fragenkreis hier und darauf hinweisen, dass eine Metropole, wenn man diesen Begriff wählt, nicht nur dadurch gekennzeichnet ist, was in einer Stadt ist, sondern auch wie die Stadt selber es an die Menschen vermittelt. Welche Weltoffenheit, welche Toleranz, welche Freude es ist, hier so viel Farbigkeit, auch so viele farbige Menschen zu

haben. Können kulturelle, und ich frage jetzt Herrn Professor Lehmann, können solche Einrichtungen, die so eine große Ausstrahlung haben, auch einen Teil dieser Aufgabe erfüllen, dass nicht Berlin nur eine große Anziehungskraft auf Gäste ausübt und darüber vergessen wird, die Menschen in der Stadt mitzunehmen. Die Menschen also über Kultur heranzubringen an diese erschreckende Tatsache, dass man überlegen muss, wo gehe ich hin in Berlin, an welchem Ort traue ich mich zu leben, zu arbeiten? Ich glaube, Berlin wird dann keine Metropole, wenn es so ein gespaltenes Lebensgefühl vermittelt. Was kann Kultur, was können die kulturellen Einrichtungen hier tun, dass dies nicht vergessen wird und dass die Berliner Bevölkerung nicht außen vor bleibt. Das darf wohl nicht sein. Da ich nur zwei Experten ansprechen soll, frage ich Herrn Biesenbach, ob in Berlin Künstler eigentlich auch aus sich heraus noch leben können. Ist die Stadt überhaupt in der Lage, deutsche, europäische, also die westdeutsche Tradition überhaupt, auch ohne Subvention, Künstler und Künstlerinnen überleben zu lassen? Oder ist das nur noch möglich mit Großinstitutionen oder Großsubventionen, das würde mich auch interessieren. Und dann Herr Lehmann, vielleicht könnten Sie dazu auch noch einmal Stellung nehmen, sonst würde ich Frau Fetscher ansprechen, zu diesem Spannungsfeld, da stimmt etwas nicht an der Metropole, wenn sie so gespalten ist im Lebensgefühl.

Abg. Jörg Tauss (SPD): Frau Vorsitzende, meine Frage hat sich erledigt, sie ist bereits von Frau Vollmer im wesentlichen gestellt worden, die zweite Frage wäre an Herrn Professor Meyer gerichtet gewesen im Zusammenhang mit der Bund-Länder-Finanzaufteilung. Dennoch eine kleine Frage in dem Zusammenhang an den Staatsminister: Über diese Beträge klagen wir nun immer wieder. Mich würde interessieren, ob es Erkenntnisse darüber gibt, dass solche offensichtlichen Ungleichheiten auch im Kreis der Länder aufgegriffen und diskutiert werden. Ich denke, meine eigenes Bundesland Baden-Württemberg beispielsweise, zumal der schwäbische Teil nun auch nicht gerade für große Ausgabenfreude bekannt ist, ist das denn alles zur Freude der Länder, was sich da so tut, weil dieses natürlich auch im Zusammenhang stünde, wie steht man in Berlin nun tatsächlich da in dem von Ihnen und auch von Herrn Sauberzweig definierten Sinn, was Hauptstadtkultur

anbelang. Wie steht man denn dem nun tatsächlich gegenüber? Nun gibt es hier lebhaftere Diskussionen, die möglicher Weise durch Ihr Haus auch ein Stück weit moderiert werden könnten.

Abg. Dr. Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde gerne Herrn Rochholl noch einmal in die Diskussion bringen, und zwar anschließend an das, was Staatsminister Naumann gesagt hat. Sie haben gesagt, die Oper ist die politischste von allen Institutionen, was ich auch finde, und haben dann gesagt, deswegen soll der Bund da nun nicht und schon gar nicht in so einen Entscheidungskampf und in den Kampf der Intendanten einsteigen. Trotzdem: weil sie die politischste von allen Institutionen ist, gerade das Musiktheater, ist sie auch die europäischste von allen Institutionen. Das heißt, wie es um Europa steht, werden die Leute immer auf die Opern gucken, und deswegen wollte ich Sie jetzt einmal ansprechen. Wenn Sie einen Tag des Herrgotts Gewalt hätten, was würden Sie machen in Bezug auf die wirklich große Misere der Opernszene in Berlin? Woran liegt es? Liegt es an der Sache der Verteilungskämpfe? Liegt es am Intendantensystem? Liegt es an den Gewerkschaftsverträgen und dem Jobben der Musiker? Liegt es daran, dass man sagen kann, da gibt es keine Kreativität mehr in dem Bereich? Liegt es daran, dass es keine Vernetzung gibt zwischen den verschiedenen Sparten? Liegt es daran, dass es keine gemeinsame Geschäftsführung innerhalb der Opern gibt? Das wäre die Frage an Sie.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Zum Thema Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und den damit zu errichtenden Ort der Erinnerung. Ich gehöre nicht zu dem privilegierten Kreis der Abgeordneten, mit denen Sie über die Haushaltsimplikationen gesprochen haben. Was ich nicht beklage. Wenn Sie mit mir gesprochen hätten - ich beziehe mich jetzt auf die exklusive Unterrichtung, die heute Nachmittag erfolgt ist und wollte nur darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie mit mir gesprochen hätten, von mir jedenfalls die Binsenankunft nicht bekommen hätten, die Sie als Common Sense gerade zu Protokoll gegeben haben. Dass das Thema nämlich zu wichtig sei, um alleine auf Haushaltsansätze reduziert zu werden. Dies ist so banal, dass es sich eigentlich fast von selbst versteht und ist im übrigen in der

damaligen, von Ihnen zutreffend charakterisierten Debatte des Bundestages, bei der im übrigen die Kulturbedeutung dieses Mahnmals ausdrücklich angemerkt worden ist, hinreichend betont worden. Übrigens ebenso banal, wie nun die umgekehrte Auskunft, dass wegen der Beschlussfassung des Bundestages die Frage, was das für Mittel erfordert, nicht für gegenstandslos oder beliebig erklärt werden kann. Da müssen wir uns gemeinsam um die Abarbeitung und Konkretisierung der Beschlusslage bemühen, die der Deutsche Bundestag in der Tat bereits herbeigeführt hat. Dann müssen wir einmal gemeinsam besichtigen, was das nach Klärung des Konzepts finanziell bedeutet, woher die Mittel dann kommen können und in welchem Zeitraum sie dafür gebraucht werden.

Ich wollte eigentlich aber noch einmal auf den Punkt Verteilung der für die Hauptstadtförderung verfügbaren Mittel und Bund/Land-Beziehung zurückkommen. Sie haben sich vor allen Dingen zu dem Teil geäußert, der mir weniger klärungsbedürftig erscheint, nämlich zur bisherigen Praxis der Bundesförderung durch das Land Berlin und zu dem höchst unbefriedigenden Zustand, der sich daraus nicht nur unter Transparenzgesichtspunkten, sondern auch unter Effizienz - Gesichtspunkten ergeben hat. Wir können gemeinsam kein Interesse daran haben, und die Berliner Kulturszene übrigens auch nicht, dass der Bund einen relativ hohen Betrag zur Verfügung stellt, und es macht am Ende nicht einmal plumps. Wenn das sozusagen für die Frage der insgesamt in Berlin verfügbaren Mittel mehr oder weniger folgenlos bleibt. Deswegen haben wir auch hier ausdrücklich Wert darauf gelegt, um nicht zu sagen, darauf bestanden, dass eine neue Förderung sicher stellt, dass die verfügbaren Mittel da ankommen, wohin sie nach Abwägung aller möglichen Gesichtspunkte adressiert sind.

Was ich für durchaus diskussionsbedürftig halte, ist die von Ihnen noch einmal erläuterte Absicht, dass der Bund die Finanzierung zu 100 % übernimmt, aber die Gremienbesetzung paritätisch erfolgt. Dies frage ich jetzt einmal, weil wir Fragen stellen sollen, die in die Debatte führen, die wir demnächst auch noch einmal führen. Fürchten Sie nicht, dass auch dies die Sitten verderben könnte? Also aus der Sicht mancher Kulturdezernenten stelle ich mir das als eine besonders komfortable

Situation vor, dass die Finanzierung zu 100 % von einem Dritten erfolgt, dass man aber mindestens 50 % des Einflusses auch ohne jede Eigenmitteleinsatz hat. Bis hin zu der Folge - unter Berücksichtigung Berliner Usancen in der Vergangenheit, ich spitze das jetzt einmal bewusst zu, ohne eine Prognose formulieren zu wollen – dass man dann eigentlich eine besonders bedeutende Institution nur finanziell so auszutrocknen braucht, dass unter dem mehrfach in der Diskussion angesprochenen Gesichtspunkt, dass weder Berlin noch der Bund sich eigentlich erlauben können, sie sterben zu lassen, dann nach der Logik einer solchen Konstruktion die Übernahme durch den Bund fällig wird und dann nach dem vorgetragenen Konzept die Finanzierung zu 100 % durch den Bund erfolgt, bei 50 %iger Gremienbesetzung durch das Land. Das, mit Verlaub, würde ich nicht für eine kulturpolitische Tat halten.

Die Vorsitzende: So, der Kollege Barthel ist nun der letzte auf der Liste der Abgeordneten, die eine Frage hatten. Dann schließe ich die Liste jetzt.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Mit Verlaub, ich habe eigentlich keine Frage, aber auf diese Äußerung von Herrn Lammert muss ich einfach reagieren. Hier wurde unterstellt, dass Kulturinstitutionen heruntergefahren würden, um das zu erreichen, was Sie dann beschrieben haben.

Dies ist natürlich nicht der Fall. Man muss die Entwicklung auch der Institution sehen, um die es hier geht. Das Zweite, was ich durchaus wichtig finde: Man sollte natürlich auch bei der Finanzierung durch den Bund den Standort nicht vergessen. Ich finde schon, dass der Standort, in diesem Fall Berlin, vertreten durch das Land Berlin, selbstverständlich beteiligt sein muss an den Entscheidungen, die in den Institutionen, die in der Stadt arbeiten, getroffen werden. Die Sorge, die Sie haben, hat eigentlich der Herr Staatsminister Naumann ziemlich deutlich gemacht. Es ist eine letzte Entscheidung, gerade bei Personal- und Finanzfragen, die sich natürlich der Bund vorbehält. Das habe ich jedenfalls so deutlich herausgehört. Dagegen ist eigentlich nichts einzuwenden.

Die Vorsitzende: Ich rufe nun diejenigen auf, die zu antworten haben. Da war Frau Fetscher zumindest von Frau Wolf mit angesprochen worden. Vielleicht kann man

Ihren Redebeitrag mit der Antwort kombinieren, und dann gehen wir weiter mit den anderen, die angesprochen worden sind.

SV'e Caroline Fetscher: Eine kleine Äußerung zu der Frage, die Herr Naumann auch angesprochen hat aus meinem Beitrag. Mein Beitrag war der Versuch, ein Plädoyer zu halten für kulturpolitische Kreativität in der Frage der Integration Berlins in das Umland und der Einbeziehung des Umlands in die Berliner Kulturlandschaft. Ich denke, das ist aus akuten Gründen, aus der genannten, alarmierenden Situation heraus einfach notwendig. Ich habe keinen konkreten Finanzrahmen oder institutionellen Rahmen dafür genannt. Wenn Sie jetzt aber sagen, seit 15 Jahren ist beispielsweise eine solche deutsch-türkische Einrichtung im Grunde ein Desiderat, dann frage ich, warum der Bund in dieser speziellen Situation da nicht auch tätig werden kann. Vielleicht gäbe es so etwas wie einen kulturpolitischen Antirassismusfond, den der Bund für diese Epoche, jetzt, für die nächsten drei, fünf, zehn Jahre, wir wissen nicht, wie lange es dauert, ins Leben rufen könnte. Vielleicht auch gemeinsam mit den neuen Bundesländern getragen. Daher finde ich es nicht ganz abwegig zu sagen, auch die Integration der türkischen Kultur innerhalb der Stadt Berlin wird als Aufgabe des Bundes gesehen. Sie haben es leicht zu sagen, und es ist richtig, wenn Sie sagen, es ist im Prinzip Aufgabe der Stadt. Wir befinden uns aber im Augenblick wirklich in einer politischen Ausnahme- und Übergangssituation. Daher das Plädoyer.

Zu Frau Wolf wollte ich sagen, Herr Biesenbach wird es vielleicht ähnlich sehen, es ist nicht so, dass sich in ganz Ostberlin kein Künstler bewegen kann, der ausländisch aussieht oder überhaupt kein Mensch, der auf den ersten Blick fremd aussieht. Es gibt natürlich dort Enklaven, und es gibt in Mitte eine sehr lebendige Szene, und Herr Biesenbach kennt das alles. Es geht mir um die Vorstädte, und es geht um alles, was außen herum liegt. Das weiß ich selbst von Museumsmitarbeitern, ohne jetzt die Institution selbst nennen zu wollen, in der Preussischen Stiftung, die eben von einer Hautfarbe sind, die jedenfalls nicht weiss ist, dass sie bei Betriebsausflügen in's Umland nicht mitfahren. Dass das ein Museumsdirektor dann zum Beispiel erst hinterher erfahren hat, warum bestimmte Mitarbeiter gesagt haben, es ist für uns seit

geraumer Zeit selbstverständlich, dass wir da fahren nicht hin fahren. Das ist einfach kein akzeptabler Zustand. Das bezieht sich aber nicht auf die künstlerische Szene in Mitte. Da kann man sich sehr wohl bewegen.

Die Vorsitzende: Jetzt habe ich noch einmal Fragen an Herrn Biesenbach. So die Frage ob es für die Künstler einfacher ist. Das war die Frage von Frau Wolf, und dann habe ich die Frage an Herrn Lehmann, ob das eine Aufgabe für die SPK wäre, da noch etwas integrativer zu wirken? Dann die Frage an Herrn Rochholl, wie man das mit der Oper machen kann, und die Frage an Herrn Naumann zum Verhältnis von Partizipation und Geldes sowie die Frage von Frau Fetscher.

Fangen wir bei Ihnen an, Herr Biesenbach.

SV Klaus Biesenbach: Frau Wolf, Sie hatten nach Fremdenfeindlichkeit gefragt und danach, ob Künstler aus sich heraus noch leben können in Berlin, ob das überhaupt noch ohne Subventionen geht, und Frau Fetscher hat gerade Mitte angekündigt als einen Bereich, in dem man das anscheinend machen kann. Ich weiss selber von Künstlern, mit denen ich gearbeitet habe, von einigen der ersten Künstler weltweit, die auch eine Zeit lang in Berlin gelebt haben oder hier noch leben, sogar noch, obwohl sie fremdenfeindlich angegangen wurden. Also es gibt nicht diesen fremdenfreundlichen Korridor Mitte oder so. Ich glaube, dass man da einfach keine Berührungängste haben darf und einfach darauf zugehen muss und dann wirklich da einfach die Sachen verteilen und die Leute einladen. Wir haben jetzt ab Freitag 20 Performance-Künstler, die sehr, sehr bunt und sehr, sehr merkwürdig aussehen und die für eine Woche da sind, und ich glaube, da kann man nur exponieren, weil das Fremdenfeindliche kommt nicht, es kommt, wenn überhaupt, vielleicht daher, dass es vorher keine Begegnung gab. Die Frage, können Künstler aus sich heraus leben, denke ich mir, ist extrem wichtig. Denn Sie haben gesagt, Berlin und München. In München ist alles so fertig, und da ist es vielleicht nicht so spannend. Hier stehen die Kräne noch. Ich glaube, dass die Kräne eigentlich nur partiell der Grund für das Kommen der Künstler sind. Ich denke, dass Berlin eine sehr unübersichtliche und eine extrem spannende Stadt ist, die eine große Energie hat. Aber man muss wirk-

lich aufpassen, wenn man auf die Straße tritt. Im Positiven wie im Negativen. Aber es hat eben eine große Spannung. Die ist da. Das neue Berlin, es ist immer so genannt worden, da muss man überlegen, ob dieses Wort „Generation Berlin“ nicht einfach so ein Euphemismus war, mit dem man diesen ganzen Umzug und die Baustellen beschönigt hat. Das neue Berlin muss extrem aufpassen, dass es nicht extrem früh sehr alt aussieht. Denn dieser erste Umzugsenthusiasmus, nach dem Motto au fein, wir machen etwas, und alternativ und super und hier ist ein Freiraum, da muss man extrem aufpassen, weil inzwischen alle 10 Jahre hier sind, die sind nicht gerade umgezogen, sondern die sind sieben, acht oder neun oder zehn Jahren hier, da muss man dann extrem aufpassen, dass man eine Substanzsicherung insofern durchführt, als eben Freiräume erhalten bleiben.

Künstler haben wenig Gepäck. Das ist nicht wie ein Opernhaus. Ein Künstler hat einen Koffer, und dann ist er wieder zurück, wo er herkommt. Die sind sehr mobil. Davon lebt das auch. Wir müssen einfach aufpassen, dass sie nicht alle wieder weg sind, ganz früh. Deshalb ist es wichtig, dass man Freiräume sichert. Die können gut auf sich selber aufpassen, aber vielleicht dann eher in Kopenhagen oder London.

Die Vorsitzende: Herr Lehmann, ebenfalls zu der Frage von Frau Wolf.

SV Professor Lehmann: Wobei ich Ihre Frage so verstanden habe, dass es jetzt nicht nur um die Frage Ausländer geht, sondern darum, was tun wir für die Menschen in der Stadt.

Es ist klar, dass wir die Ausstellungen und die Sammlungen so präsentieren wollen, dass wir von überall her die Leute nach Berlin bekommen. Dass sie auch wirklich wegen der Museen in Berlin nach Berlin kommen. Es wäre aber ein großer Fehler, würden wir uns als exterritoriales Gebiet betrachten, denn dann würden wir einfach auch den Humus dieses ganzen Umfeldes verlieren. Wir sind darauf angewiesen.

Ich will Ihnen einfach ein paar Beispiele geben, was wir derzeit tun, um die Menschen in der Stadt für die Museen zu begeistern. Es gibt zum einen eine wichtige Initiative. Jedes Haus hat inzwischen einen großen aktiven Förder- und Freundes-

kreis. Das ist für mich eine ganz besonders wichtige Angelegenheit, weil keine Einrichtung eigentlich ohne eine Community vernünftig bestehen kann. Das ist ein unmittelbar lebendiger Dialog. Das hat nicht nur etwas mit Geldbeschaffung zu tun, das hat auch etwas mit Lobbyarbeit zu tun, und das hat auch etwas mit Unterstützen zu tun. Das ist ein Punkt, der im letzten Jahr sehr aktiv gemacht worden ist.

Dann gibt es die Aktivitäten, die Sie sicher auch kennen, wie die Lange Nacht der Museen oder die Kunstfeste. Sie sind ein großer Erfolg, Menschen, wirklich ganz unterschiedlicher. Herkunft, sozialer Herkunft, Ost, West usw. zusammen zu bringen und auch mit einem gemeinsamen Erlebnis zu verbinden, und das dann auch wieder mit Kunst als Mittelpunkt für das gesamte Erlebnis. Was wir außerdem gemacht haben, das klingt jetzt vielleicht etwas administrativ, hat aber eine ganz klare Wirkung. Es gab bis vor Kurzem in Berlin für die Museen Eintrittskarten, die waren für die Berliner überhaupt nicht interessant. Das waren Jahreskarten für die Dauerausstellungen, und sobald Sonderausstellungen kamen, mussten sie quasi immer wieder eine neue Karte lösen. Das heißt, die Jahreskarte war eigentlich für die Auswärtigen viel interessanter. Jetzt haben wir eine Jahreskarte, die nennt sich „Jahreskarte Plus“, nach dem üblichen Marketingschema. Das bedeutet, der Berliner kann mit einer solchen Karte die Dauerstellung und jede Sonderausstellung besuchen, und damit wird das alles für ihn attraktiver und er geht auch rein. Wir haben das verbunden mit einer entsprechenden Öffnung jetzt auch in den Abendstunden. Die Touristen können natürlich tagsüber kommen, und die teilen sich das auch so ein, dass sie um 11:00 Uhr ins Museum gehen, um 15:00 Uhr ins Museum, aber abends ist es für die Berliner Bevölkerung natürlich attraktiv. Also haben wir wichtige Museen, nicht alle, was zu teuer ist, geöffnet bis 22:00 Uhr. Das werden wir auch noch verstärken durch entsprechende Abendveranstaltungen, so dass wir da wirkliche Kerne bilden. Der Montag bleibt zu. Daran muss man sich gewöhnen. Wir haben überlegt, ob wir das gestaffelt machen sollen. Ob wir die Museen unterschiedlich mit den Schließungstagen versehen. Es ist ein großes Verwirrspiel. Vom Montag wissen alle, dass geschlossen ist. Also insofern ist das vernünftig. Dann machen wir ein Programm für die Schulen, das noch vor den Öffnungszeiten liegt. Wir haben für die Schulen ein eigenes pädagogisches

Programm, das Schüler in die Museen bringt und Ihnen entsprechend vorstrukturierte Führungen bietet, so dass wir wirklich den Nachwuchs heranzuführen.

Wir machen eine ganze Reihe von Dingen, die im Großen und Ganzen dazu hinführen wollen, dass wir auch kulturelle Veranstaltungen mit begleitenden Ausstellungen in den Museen verbinden, vorhin wurde auf die außereuropäischen Kulturen hingewiesen im Haus der Kulturen der Welt. So dass also die Menschen in der Stadt tatsächlich von der Existenz der Museen einen unmittelbaren Nutzen haben. Es wäre ein Fehler, würden wir das völlig unterschiedlich handhaben. Wir wollen, und das ist vielleicht altmodisch, aber das ist meine Auffassung, wir wollen auch mit den Museen einen Bildungsauftrag verfolgen, der auch prägend ist. Das ist damit gemeint.

Die Vorsitzende: Das können Sie tun, wenn sie einen Tag entscheiden könnten über die Opern.

SV Andreas Rochholl: Ich würde mich freuen, wenn Sie am Ende Ihres Arbeitstages dreihundert Meter über den Rasen gehen und das experimentierfreudigste Opernhaus der Bundesrepublik besuchen könnten. Diesen Vorzug gab es schon einmal. Die Kroll-Oper wurde auf Betreiben des Preussischen Staates als Selbstaussdruck errichtet, der eine moderne Architektur, eine zeitgemäße Form, in der Oper haben sollte. Oskar Kaufmann baute dieses Gebäude, das es schon gab, komplett um. Es dauerte sehr lange. 1924 wurde eine Oper eröffnet, die zum Zentrum der Avantgarde wurde, zum Zentrum von neuen Ansätzen sowohl der Komposition, als auch der Rezeption. Erst nach dem Reichstagsbrand wurde dieses Haus missbraucht. An diese Tradition hat Berlin es bis heute nicht geschafft anzuknüpfen. Es liegt nicht daran, dass die drei Opernintendanten wesentlich schlechtere Arbeit leisteten als die Kollegen in den anderen deutschen Städten. Es liegt natürlich ein großer Fokus auf ihnen. Aber die Opern haben das Problem, dass sie, wie Herr Biesenbach gerade sagte, eben nicht mit dem Köfferchen sich hin und her bewegen können. Die beiden totalitären Regime, der Stalinismus und der Nationalsozialismus, haben gerade im Bereich der Oper dafür gesorgt, dass eben durch den Zweiten

Weltkrieg ein radikaler Schnitt gemacht worden ist, den wir bis heute nicht aufgearbeitet haben. Die Opernhäuser sind, wie kaum eine andere Kulturinstitution, die Architektur werden kann, Ausdruck einer gesellschaftlichen Form. Wir haben hier in Berlin den Ausdruck der aristokratischen Lindenoper, wir haben die Deutsche Oper Berlin, Fritz Bornemann, der dieses Gebäude als Selbstaussdruck der 60er Jahre und eines starken Westberlins geformt hat, wir haben die Komische Oper als Ausdruck eines Neuanfanges, eines künstlerisch - visionären Regisseurs. Das ist alles Vergangenheit. In Frankreich würde man selbstverständlich sagen, dass auch jetzt, heute, ein architektonischer Ausdruck dieser Berliner Republik in diesem teuersten Kulturgenre angesagt wäre.

Ich darf Christoph Stölzl zitieren, der ein einfaches Rechenbeispiel brachte. Wir haben bei ca. 80 Millionen Bundesbürgern 80 Opernhäuser. Das heißt, für 3,5 Millionen Berliner fehlt noch ein Halbes. Das ist gar kein Bonmot. Um den zweiten Teil Ihrer Frage zu beantworten: Die Oper hat sich, genau wie die bildende Kunst, in ihrer Form nach dem Zweiten Weltkrieg so explosiv verändert in ihrem Materialbegriff, dass sie in diesen Gehäusen nur mehr behelfsweise zu Hause ist. Der Anspruch, der Bildungsanspruch, den man an ein Opernhaus stellt, stellt man nicht mehr an ein Museum, auch nicht mehr an ein Schauspielhaus. Auch das ist völliger Anachronismus. 100 % des Repertoires spielen zu müssen, kann niemand verkraften. Selbst wenn er das Dreifache oder Vierfache an Geld hätte. Die Qualität ist mit Sicherheit auch nicht durch Bundesförderung zu erzielen. Da müsste Stuttgart als, mittlerweile wohl zum zweiten oder dritten Mal nacheinander, von namhaften Juroren zum Opernhaus des Jahres ausgewähltes Opernhaus Bundesoper werden. Es ist die Struktur, die durch das Haus und durch die Betriebsstruktur des Personals gegeben ist. Sie brauchen, wenn Sie das Repertoire, das klassische Repertoire spielen, eben einen gewissen Stamm. Sie brauchen ein Orchester, Sie brauchen einen Chor. Das ist alles notwendig. Der Rechnungshof wird sehr genau darauf achten, dass dieses Potential auch richtig eingesetzt wird. Aber in einer zeitgenössischen Oper braucht man zum Teil, zum größten Teil, genau wie in der Bildenden Kunst, ganz andere Voraussetzungen. Wir haben dieses Selbstverständnis nicht mehr. Wir sind nicht mitgewachsen. Das kollektive Wissen in

der Bildenden Kunst ist viel weiter. Das kollektive Wissen in der zeitgenössischen Oper ist marginal, weil wir die Erlebnisse nicht haben. Weil wir keine geeigneten Orte haben. Die Oper ist viel mehr angewiesen auf den Ort des Erlebnisses als etwa die Literatur, der Tanz oder andere Künste, die hier zu besprechen wären. Wir haben die einmalige Situation, dass wir in eine Kunstgattung investieren und so sehr anachronistisch in den Strukturen sind. Es wäre deshalb keine Berliner Aufgabe. Eine Stadt wie Augsburg oder eine Stadt wie Karlsruhe kann sich, das wäre sicherlich zu risikoreich, zum Beispiel neben dem Staatstheater Karlsruhe, keine zeitgenössische Oper schaffen. Aber Berlin hat den richtigen Rahmen, um für die 80 Opernhäuser, für die deutsche Opernlandschaft ein Kompetenzzentrum zu sein, um wieder, sowohl was die Inhalte angeht wie auch den Umgang damit, einen wirtschaftlichen Umgang, einen neuen Ansatz zu finden. Die Schelte, die die Kollegen in Berlin oft hören müssen, ist sehr verständlich, weil man vor einer Zahl von 230 Millionen DM doch einen großen Respekt hat. Aber angesichts von 3,5 Milliarden DM, die wir bundesweit für Opern ausgeben, sind doch Beträge für eine Innovation zu bedenken, und da appelliere ich wirklich. Das ist keine Aufgabe, die eine einzelne Stadt, eine einzelne Kommune übernehmen kann. Dafür ist diese Aufgabe zu teuer. Die Diskussion ist leider viel zu sehr eine finanzielle und strukturelle. Viel zu wenig eine inhaltliche, und auch das appellative Wort der Profilsuche ist nur erst einmal der Appell, wieder zum Inhalt zurückzukehren und noch nicht einmal der Anfang des Nachdenkens darüber, welche Inhalte wir denn wollen. Denn gerade die Opern sind eben Ausdruck von einer politischen, gesellschaftlichen Haltung, und dort ist, wie auch in der Entwicklung der Hauptstadtarchitektur, ein Sentimentalismus sehr deutlich zu sehen, und da eine inhaltliche Diskussion anzuregen, wäre geradezu eine Verpflichtung im Angesicht dessen, was die Kroll-Oper war und was hier in Berlin wieder ein solcher Ort werden könnte, auch Bundesaufgabe.

Die Vorsitzende: Als letztem der hier vorne Sitzenden gebe ich jetzt Herrn Naumann das Wort, die Frage von Herrn Lammert zu beantworten und die Frage von Frau Fetscher.

StMin Dr. Naumann: Herr Rochholl, ich fand die Darlegung außerordentlich überzeugend, aber die Frage stellt sich natürlich, ob die Stadt Berlin mit den anstehenden neuen Besetzungen nicht genau diese innovative Intendanz in den Opern, die existieren, installieren könnte. Da gibt es dann aber sofort riesige Probleme. Auch Ortsprobleme. Eine moderne Oper mit all dem Anspruch, den eine moderne Oper mit sich bringt, übrigens auch Kostenanspruch, also eine Reinszenierung ist nicht billig, in einem riesigen Haus wie der Deutschen Oper zu riskieren, wäre eigentlich nicht nur eine Pionierleistung, sondern es wäre außerdem auch ein außerordentlicher Drahtseilakt, denn Sie haben zu Recht die sentimentalistische Tradition auch des, das muss man ruhig so sagen, Berliner Opernpublicums erwähnt. Ob man mit avantgardistischer Oper die Staatsoper, die Deutsche Oper in der Bismarckstraße füllen kann, wird sich herausstellen. Das wird ein enormer finanzieller und ästhetischer Drahtseilakt werden, und insofern bin ich froh, dass der Bund hier nicht in der Verantwortung ist. Aber die inhaltliche Debatte, was hier eigentlich nun in Zukunft laufen soll, ist völlig übertüncht von finanziellen Diskussionen. Leider.

Herr Tauss hat gefragt, wie reagieren die Städte und Länder im Hinblick auf die Föderalismusdebatte und die föderale Grundstruktur unserer Verfassung auch in der Frage der Kulturhoheit auf die Berlinförderung. Alles in allem muss ich sagen, vor allem in den neuen Ländern, überhaupt kein Thema. Es hat vielleicht etwas mit der Tradition zu tun dort. Es ist buchstäblich nur ein Thema im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung, und das wiederum hat etwas zu tun mit dem Spaß, den der Kollege Zehetmaier an solchen Diskussionen hat. Es ist ganz einfach eine widersprüchliche Position seinerseits bzw. Bayerns, sich zu beklagen, und zwar vehement zu beklagen, wenn der Bund sich aus einer vor 30 Jahren institutionalisierten Förderung der Bach-Festspiele in Ansbach mit 70.000 DM, die zurückgeht auf die Herkunft eines Staatssekretärs aus Ansbach, zurückzieht, und gleichzeitig dem Bund vorzuwerfen, sich in die Kulturhoheit der Länder auf eine unziemliche Art und Weise einzumischen. Ich finde, eins von beiden geht nur. Das ist also meines Erachtens eher eine fast schon kabarettistische Debatte, die für das ernste Problem, das meines Erachtens allerdings längst gelöst ist, der wahren Kräfte, finanziellen Kräfteverhältnisse, Bund versus Land und Kommune, nicht mehr relevant

ist. In anderen Worten, diese Institution des Bundesbeauftragten, unabhängig von meiner Person weiss Gott, ist kein Verfassungsproblem mehr. War es im übrigen buchstäblich nur in Bayern. Ein öffentlich Geäußertes. Es mag in den einzelnen Diskussionsrunden, der Kultusministerkonferenz, immer noch als ein solches empfunden werden. Ich selber muss schon sagen, es ist merkwürdig, da wir alle doch am selben Strang ziehen, dass dieses hohe Gremium, das - ich betone es immer wieder - in der Verfassung gar nicht zu finden ist, insgesamt dem Bundesbeauftragten eine Sprechzeit von 10 Minuten in zwei Jahren eingeräumt hat. Es scheint auch kein Koordinierungsbedarf zu existieren. Es ist im Hinblick auf den Sachverhalt, dass wir gemeinsam in Brüssel auftreten, schon sehr merkwürdig.

Punkt zwei. Herr Lammert, ich bewundere, muss ich wirklich sagen, Ihre machiavellistischen antizipatorischen Überlegungen. Bei Machiavelli kommt auch der Begriff der *Città Corrotta* vor. Ich dachte, vielleicht gehen Sie sogar so weit, Berlin mit dieser *Città Corrotta* zu identifizieren. Ich glaube, da sind Sie zu weit gegangen. Ich glaube nicht, dass Berlin es so weit treibt, Institutionen auszuhungern, damit sie vom Bund übernommen werden, aber man gleichzeitig aufgrund der Harmlosigkeit von Naumann in allen Entscheidungsgremien weiter bleibt wie vorher. Es ist genau richtig. Der Bund wird in diesen gemeinsamen Institutionen den Stichentscheid in Personaldebatten beanspruchen. Aber 90 %, und viele von Ihnen, die sich auch in der Kommunalpolitik auskennen, 90 % aller kommunalpolitischen Entscheidungen in Deutschland werden über die Fraktionen hinweg einstimmig gefällt. Einen ganz großen, besonderen Konsens gibt es in den Kommunen. Das sind so die Zahlen, die ich noch studiert habe. Ganz besonders in den kulturpolitischen Fragen gibt es einen allgemeinen Konsens über die Parteien hinweg, wie auch in diesem Ausschuss. Insofern glaube ich, dass es auch jetzt gerade mit dem neuen Kultursenator meistens doch eigentlich nur, fast nur, Übereinstimmungen geben wird in den Personalfragen, die bekanntlich auch nicht jeden Tag anstehen.

Das wäre also meine Antwort darauf. Zum Vorschlag von Frau Fetscher, Bündnis gegen sich durchsetzende Akzentphobie ist schon milde gesagt. Das ist ein Thema, das sicherlich auch auf den Bundestag in verstärkter Form zukommen wird. Das ist

eine radikale und, wie ich fürchte, auch dynamische Entwicklung. Übrigens nicht nur in den neuen Ländern. Aber ich kann das aus eigener Erfahrung wiedergeben. Eine sehr enge Verwandte von mir ist halbe Ägypterin, die hat mir einen Brief geschrieben aus einer mittelgroßen Stadt in Sachsen-Anhalt. Ich möchte den Namen nicht nennen. Schon aus purer Furcht. Der ist drei Seiten lang, mit zum Teil gravierenden Zwischenfällen. Alles, was man so als Klischee vermutet, existiert in Wirklichkeit. Da kommt auf uns alle etwas zu, und das müssen wir wirklich als verantwortliche Politiker rechtzeitig erkennen und versuchen, so gut es geht, da etwas zu tun. Die Bundesregierung hat das „Bündnis gegen Rechtsradikalismus“ gegründet. Wie weit das nun aktiv oder sofort greift, vermag ich jetzt nicht zu sagen. Das sind langwierige Erziehungsprozesse. Meine Behörde hat auf Vorschlag des Abgeordneten Özdemir ins Auge gefasst und in Angriff genommen eine Institution eines Emigrationsmuseums. Im Grunde genommen also eine Institution, in der die hier lebenden türkischen Kinder, aber auch Kinder anderer Einwanderergruppen, und darum handelt es sich in Wirklichkeit, Kinder von Gastarbeitern in zweiter und dritter Generation, ihre eigene Geschichte in diesem Land und ihre Herkunft in diesem Land, betrachten können. Lernen können, wie es dazu gekommen ist, dass sie heute hier leben. Das kann und soll nicht sentimentalisch sein, wie zum Beispiel Ellis Island, das Museum of Ellis Island, aber es hätte, wenn es anständig geführt und konzipiert wird, auch ein integratives Element. Dass so etwas in Berlin oder auch in Köln nützlich wäre, glaube ich schon. Aber es wird das prinzipielle Problem - und es ist ein kulturelles Problem - der Fremdenfeindlichkeit, der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit, die auch ein Faktor der sozialen und Arbeitslage in Deutschland ist, nicht beheben, sondern da bedarf es wohl vieler kleiner Schritte.

Die Vorsitzende: Herr Lammert hatte sich gemeldet.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Mir liegt an einer Klarstellung, auch wegen der Replik von Herrn Barthel, weil Herr Naumann das noch einmal aufgegriffen hat. Ich unterstelle weder dem Berliner Senat Verruchtheit, noch Ihnen Harmlosigkeit, sondern mir geht es um ein strukturelles Problem, das ich deswegen am Beispiel der Bund-Länder-Förderung Berlin nachgefragt habe, weil es um diese im Augenblick

geht. Hätten Sie hier heute vorgetragen, dass die Absicht bestünde, dass der Bund in die Finanzierung der Bayreuther Festspiele zu 100 % eintritt, bei gleichzeitiger Einräumung eines 50 %igen Gremienrechts der Bayerischen Staatsregierung oder der Stadt Bayreuth, hätte ich Ihnen präzise die gleiche Frage gestellt. Ich will das nur zur Klarstellung vermuteter Ressentiments, nachdem vorhin die intelligente Unterscheidung zwischen Ängsten, Neid und Ressentiments vorgetragen worden ist, ausdrücklich festgehalten wissen. Auch um auf diese Weise die Zusammenarbeit mit dem Kollegen Barthel nicht unnötig zu belasten.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende unserer vorgesehenen Zeit angelangt, wir haben nur zwei Fragerunden geschafft, und wir haben auch einige Punkte nicht ansprechen können. Zum Beispiel hat mich gerade noch einmal Herr Grosse-Brockhoff darauf aufmerksam gemacht, die Frage des Punktes Bonn. Das war heute allerdings auch nicht das primäre Ziel, sondern es war sozusagen mit in der Frage der Aufgabenstellung angeschnitten, aber eben nicht vorwiegend festgestellt. Ich denke, wir haben einige Definitionen und Hinweise gehabt, was eigentlich eine Metropole ausmacht. Dass die Ängste des Restes der Republik, um das so zu nennen, geringer sind, als eigentlich hier in Berlin angenommen. Das ist eigentlich von dem, was wir hier gehört haben, schon einmal sehr hilfreich, und was ich auch wichtig finde, dass noch einmal genau definiert wurde, worin das Pulsierende, der Metropolencharakter besteht. Dass deutlich wurde, dass eigentlich diese Vielfalt an Neuen, die von alleine herkommen, nicht unbedingt herkommt, weil hier gefördert wird, sondern weil die sagen, hier bewegt sich etwas. So empfinde ich das persönlich auch, wenn ich hier in die Stadt komme, denke ich, ach hier ist was los, hier muss man sein. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, und dieses Momentum zu erhalten, dass wir das durch Herrn Sauberzweig und seinen Fonds und andere Elemente auch erhalten und fördern können, finde ich auch eine ganz wichtige Sache.

Wir werden die Protokolle von heute schreiben lassen und auswerten. Ich bitte alle, die noch etwas Schriftliches haben, es uns bitte auch noch zur Verfügung zu stellen, damit wir das ergänzen können. Es ist immer sehr hilfreich, wenn die einzelnen

Gedanken, die auf dem Papier sind, von einigen haben wir es bekommen, von den anderen nicht, dann auch noch mit im Protokoll verarbeitet werden können. Wir werden nach der Sommerpause sicherlich noch einmal eine intensive Debatte in der Auswertung dieser heutigen Sitzung unter uns haben. Auch im Hinblick darauf, was der Berlin-Vertrag mit dem Bund beinhaltet. Aber das ist die eine Seite. Aber auch über die weiteren Fragen, die Sie angeführt haben und worunter ganz wichtige Punkte waren. Ich glaube, wir haben sie alle nur anschneiden können, das ist bei so einem Tag so, aber ich denke, dass man sie erst einmal als Problem notiert hat und sie dann noch einmal einzeln auf die Tagesordnung setzen kann, ist eigentlich der Sinn so einer Veranstaltung. Den hat sie durchaus erfüllt.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Geduld, die alle Referenten, die sehr viel zuhören und sehr wenig dann immer beitragen konnten, hier gehabt haben. Das sind alles Menschen hier, die immer gewöhnt sind, auch viel zu präsentieren und viel zu erklären, die mussten auch viel zuhören. Noch einmal, ganz, ganz herzlichen Dank an sie alle, und danke auch an meine Kollegen aus dem Bundestag für die sehr konstruktiven Fragen. Wir werden das dann nach der Sommerpause wieder aufrufen, wenn das Protokoll dazu da ist. Die Bitte noch einmal ganz herzlich, dass Sie möglichst schnell die schriftlichen Unterlagen schicken, damit wir das auch fertig machen können .

Ich möchte jetzt an dieser Stelle die öffentliche Anhörung schließen. Ich bedanke mich bei allen, auch bei denen, die zugehört haben, und bei den Gästen. Wir machen fünf Minuten Pause, um die Gäste zu verabschieden und werden dann sehr zügig den anderen Teil, ich hoffe, dass der auch sehr zügig geht, die nicht öffentliche 39. Sitzung des Ausschusses, hier beschließen. Danke schön.



Monika Griefahn, MdB

- Vorsitzende -

# I. Fragenkatalog

1. Aus welchen Gründen und mit welchen Zielen ist eine Kulturförderung des Bundes in seiner Hauptstadt sinnvoll?
2. Welche verfassungsrechtlichen Kriterien gelten für die Zulässigkeit und Grenzen einer Hauptstadt Kulturförderung durch den Bund?
3. Wie fügt sich die Hauptstadt Kulturförderung des Bundes in die föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland ein?
4. Wie können „Wettbewerbsverzerrungen“ zu Lasten anderer Städte vermieden und kultureller Wettbewerb zwischen den Ländern und Städten gesichert werden?
5. Sind die bisherigen Formen einer Mischfinanzierung zweckmäßig, oder ist im Einzelfall eine alleinige Finanzierung kultureller Einrichtungen durch den Bund vorzuziehen, wenn das Sitzland in Berlin an der Lenkung und Beaufsichtigung dieser Einrichtungen über die Gremien beteiligt bleibt?
6. Beeinträchtigt die alleinige finanzielle Förderung ausgewählter Einrichtungen in Berlin durch den Bund die föderalen Strukturen der Kulturförderung in Deutschland und stellt eine solche Förderung die bewährte Praxis gemeinsamen Engagements für Einrichtungen und Veranstaltungen von besonderer gesamtstaatlichen Bedeutung in Frage?
7. In welchem Umfang sind nicht nur Berlin und der Bund, sondern auch die anderen Länder für die Hauptstadt Kulturförderung verantwortlich?
8. Welche Finanzierungsinstrumente sind für eine Hauptstadt Kulturförderung zweckmäßig und welche gibt es zur Zeit?
9. Wie lässt sich eine zweckgerechte und transparente Verwendung der Haushaltsmittel des Bundes gewährleisten?
10. In welchem Verhältnis sollen institutionelle Förderung und Projektförderung bei der Hauptstadt Kulturförderung stehen?
11. Sollten angesichts knapper öffentlicher Mittel neue Finanzquellen, z.B. über Stiftungen, erschlossen werden?
12. Der Bund hat sich in seiner alten Hauptstadt Bonn zu einer besonderen Verantwortung für die Entwicklung des kulturellen Lebens der Stadt bekannt. Inwieweit besteht eine solche besondere Verantwortung auch für Berlin, das über eine sehr viel größere kulturelle Potenz und Vielfalt verfügt als Bonn?

13. An der Förderung von Stätten, an denen eine Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte stattfindet und an denen der Opfer nationalsozialistischer Terrorherrschaft gedacht wird, hat der Bund ein besonderes Interesse. Sollten in diese Förderung auch solche Einrichtungen einbezogen werden, die zwar keine Gedenkstätten sind, jedoch in einem Zusammenhang mit der Thematik des Erinnerns und Gedenkens stehen, wie z.B. Einrichtungen, die der weitgehend untergegangenen und vernichtenden Geschichte und Kultur der Juden in Deutschland gewidmet sind?
14. Der Bund fördert in Berlin wie in anderen Bundesländer seit langem kulturelle Einrichtungen unter dem Gesichtspunkt gesamtstaatlicher Bedeutung und nationaler Repräsentation. Ist eine Intensivierung der Förderung von Einrichtungen gerechtfertigt, die in ihrer Art einmalig in Deutschland sind (wie das Haus der Kulturen der Welt), oder die den Ruf und Anspruch der Bundeshauptstadt, Kulturmetropole zu sein, festigen (wie etwa die Berliner Festspiele GmbH als Träger der Festwochen und der Berlinale oder das Berliner Philharmonische Orchester).
15. Der Bund hat schon früh eine besondere Verantwortung für das materielle kulturelle Erbe Preußens, soweit es sich vor 1945 in Berlin befand, gesehen und die Gründung einer Stiftung für den Preußischen Kulturbesitz betrieben, um dieses Erbe zusammenzuhalten bzw. zusammenzuführen.  
Im Gesetz über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wurde festgelegt, dass die faktische Beschränkung des Wirkungsbereiches der Stiftung auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes nur vorübergehender Natur sei. Der Vereinigungsvertrag regelte demzufolge im Sinne des Errichtungsgesetzes die Übernahme des im Ostteil Berlins belegenen kulturellen Erbes Preußens durch die Stiftung.  
Inwieweit lässt sich aus dieser besonderen Verantwortung des Bundes für das materielle kulturelle Erbe Preußens auch ein intensiviertes finanzielles Engagement für andere Einrichtungen ableiten, die preußisches Kulturerbe pflegen und bewahren, wie etwa die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten oder das Archiv der Akademie der Künste?

## II. Stellungnahmen

**Caroline Fetscher (Der Tagesspiegel)**

### **BERLIN - INTERNATIONALE METROPOLE ?**

*Plädoyer für eine integrative Hauptstadt-Kulturpolitik*

Als die bundesdeutsche Hauptstadt von Bonn nach Berlin zog, ist sie politisch wie geographisch auf den Osten zugegangen: auf die neuen Bundesländer der Republik und auf die Nachbarländer in Osteuropa.

Auch die kulturpolitische Aufgabe der Hauptstadt ist dadurch neu definiert. Die Hauptstadt kommuniziert von einer neuen Position aus: Mit dem Umland und mit dem Ausland. Jede erhöhte und besondere Aufmerksamkeit, die der Bund dem Land Berlin - auch finanziell - zukommen lässt, misst sich mit daran, wie weit es Berlin gelingt, integrativ zu wirken, einen Dialog mit der eigenen Geschichte und innerhalb der ganzen Republik, insbesondere mit den neuen Bundesländern zu eröffnen.

Es käme dann darauf an, dass die Metropole als Zentrum mit der Peripherie kommuniziert, dass sie sich nicht selbstreferentiell verhält. Dass sie ihr kulturelles Erbe nicht allein im Sinn der staatlichen Repräsentation, verwaltet, die sich historisch bedingt in der Hauptstadt akkumuliert, sondern dass die Hauptstadt wie ein besonders verdichteter Raum in einem Internet von Kultur fungiert. Sie hat erst begonnen, nach Jahren des Inseldaseins und belasteter Geschichte, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Die Peripherie ins Zentrum zu holen, dafür ist etwa der Vorschlag des SMPK-Präsidenten Prof. Klaus-Dieter Lehmann, die außereuropäische Kultur (Ethnologische Sammlung und Museum Dahlem) auf den einstigen Standort des Stadtschlusses zu holen, beispielhaft. Ein solches Vorhaben entfaltet nicht nur auf der konkreten, pragmatischen Ebene Wirkkraft, es bedeutet auch einen Sprung in die Zukunft auf der kultursymbolischen Ebene. Diese

symbolisch-pragmatische Geste steht für die Aussage: In der Mitte der Hauptstadt ist Raum für Andere, der Hauptstadt liegt viel an Kommunikation.

### **DIE NEUE MAUER**

Solche Vorschläge sind umso zentraler, als in Berlin und dessen Umland ein akuter kulturpolitischer und sozialer Notstand herrscht, an den sich die Bundesrepublik bereits gewöhnt hat.

Es gibt eine "neue Mauer" um die Stadt.

Sie ist zunächst unsichtbar. Für Ausländer in Berlin, insbesondere für solche mit nichtweißer Erscheinung, sind zwar West-Berlin und Westdeutschland sichere Aufenthaltsorte. Der Osten der Stadt jedoch, ebenso wie die neuen Bundesländer, sind für diese Einwohner-Gruppe so gut wie Tabu. Sie betreten diese "Zone" kaum. Außenminister Fischer machte Anfang Juni auf dem Forum zur auswärtigen Kulturpolitik darauf aufmerksam, dass ausländische Wissenschaftler kaum noch an Hochschulen im Osten zu vermitteln seien. Dort herrscht vielerorts, wie entnehmen dass fast täglich der Presse, eine offen rassistischen Stimmung.

Für viele Ausländer ist es selbstverständlich, dass sie weite Gebiete in der Stadt und um die Stadt nicht betreten. Diese Mitbürger reisen "per Transit" in die alten Bundesländer, und halten sich von den neuen fern. Sie nehmen nicht Teil an Betriebsausflügen aus Berlin in den Osten, sie besuchen dort nach Möglichkeit niemanden. Viele im Osten lebende Ausländer verhalten sich, als gäbe es eine Sperrstunde, sie gehen nicht allein auf die Straße, sie schützen sich, nahezu wie Serben in ihren Enklaven im Kosovo. Asylbewerberheime sind mit schweren Sicherheitsvorkehrungen geschützt.

*Dieser Zustand darf weder sozial und kulturell noch politisch dauerhafte Akzeptanz erfahren. Er widerspricht Artikel 3 unserer Verfassung.*

Doch im Osten und im Umland gibt es ein weiteres Ressentiment. Auf die soziale Genese beider kann hier nicht en Detail eingegangen werden, das zweite sei gleichwohl auch benannt: Neben der Xenophobie herrscht im Osten der Republik ein teils bereits vor der

Wende existierendes, antiurbanes Ressentiment, ein Ressentiment gegen die Stadt Berlin, gegen Berliner. Lehrer in Berlin meiden Klassenausflüge in den Osten, da Schüler im vergangenen Jahrzehnt dort häufig Attacken ausgesetzt waren. Zahlreiche Bewohner der neuen Bundesländer betrachten Berlin als Rivalen, wenn es um die Verteilung von Mitteln und um die Streuung von Privilegien geht. Berlin ist noch nicht zu **ihrer** Hauptstadt geworden, zu einer Stadt, die auch sie repräsentiert und auf die sie sich positiv beziehen mögen.

### **BERLINS WELTOFFENHEIT NUTZT DER GESAMTEN FÖDERATION**

Beide Ressentiments sind für die Metropole Berlin nicht hinnehmbar. Die offene Xenophobie ist ein Skandalon nicht allein für den sozialen Frieden, sondern auch für das Deutschlandbild im Ausland; Joschka Fischer hat auch das auf dem Forum zur auswärtigen Kulturpolitik ausdrücklich erwähnt. Dass ausländische Hauptstadt-Korrespondenten diese Zustände und Umstände in ihren Berichten zwangsläufig erwähnen, verbessert nicht unseren Ruf im Ausland und schon gar nicht die Chancen, dass sich qualifizierte Ausländer auf für die in Deutschland dringend benötigten Stellen etwa im computertechnologischen Sektor bewerben.

Außenminister Fischer nannte die Gefahr eines Andauerns dieser Situation "verheerend und unbezahlbar" - für die deutsche Wirtschaft und mithin für die gesamte Föderation.

Das Berlin-Ressentiment des Ostens kommt seinerseits auch einer kleinen Kulturkatastrophe gleich. Solange Berlin die Hauptstadt der Berliner und der Ausländer im Westteil der Stadt bleibt, ist die Metropole noch keine Hauptstadt im Sinne des europäischen Gedankens.

Es kommt der Hauptstadt zu, diese Situation aufzulösen, und das ist keine rein sozialarbeiterische Aufgabe, erst recht keine städtische. Es geht hier um das deklarierte Zentrum der Republik, den Ort der Sitz seiner Regierung ist und Sitz der diplomatischen Vertretungen aus aller Welt. Es geht um Berlins Funktion für Bund und Länder, um Berlins Ruf in der Weltöffentlichkeit.

Die gegenwärtige Lage ist auch, dafür soll hier plädiert werden, eine große, kulturpolitische Herausforderung für eine historische Transitphase, in der die Verhältnisse zwischen Berlin und dem Umland, Berlin und dem Ausland, symmetrischer und adäquater werden können.

Diese akute Lage rechtfertigt gewiss, wenigstens für ein Jahrzehnt, die besondere finanzielle Zuwendung des Bundes für die Hauptstadt und deren Kultur - im Interesse der ganzen Bundesrepublik.

### **WIE LIESSE SICH DIE NEUE MAUER ÖFFNEN?**

Wie könnte Berlin dieser Peripherie die Hand reichen?

Denn Berlin muss beginnen ins Umland auszustrahlen, die Abschottung wider die Stadt ebenso aufzulösen, wie die Xenophobie, und zu einer Identifikation mit der reichen Kultur, der eigenen wie der fremden, einladen.

*Gegenwärtig gibt es weder auf Bundesebene noch auf Länderebene ein Referat, einen Ausschuss, der sich dem Auflösen der akuten Ressentiments und Xenophobie widmet.*

Es fehlt, abgesehen von Programmen, die etwa der DGB an den Schulen Sachsen-Anhalts unterhält, und abgesehen von den judikativen und exekutiven Versuchen der Eindämmung, jeglicher institutioneller und finanzieller Rahmen. Es fehlt ein Programm, - das es ohne kulturpolitische Maßnahmen nicht geben kann. Weder Bund noch Berlin haben hier Zeichen gesetzt. Doch beide gemeinsam sind hier stark gefordert und dürfen keine Zeit verlieren, auch, da dies als Duldung oder Billigung eines Status Quo missverstanden werden könnte.

Hier lassen sich nur einige Ideen skizzieren, die womöglich die Fantasie zur Problemlösung anregen.

Besteht etwa ein kulturpolitisches Ost-West-Unterausschuss, lassen sich vielleicht "Berlin-Botschafter" für das Umland ausbilden. Kultur-Botschafter im eigenen Land, die an Schulen und anderen Institutionen im Osten gezielt Einladungen in "die Hauptstadt Aller" aussprechen. Zu Sonderkonditionen könnten Jugendliche und Erwachsene des Umlands,

insbesondere der kleineren Orte, nicht allein der Großstädte, die Möglichkeit erhalten, Berlins Kulturschätze kennenzulernen.

Denkbar wären, nach dem Vorbild des US-amerikanischen "bussing" für schwarze und weiße Schüler, Kulturbusse, die ein Publikum aus Bitterfeld oder den Banlieues der Stadt abholen, und Interessierte zum Berliner Ensemble, zur Schaubühne, zur Oper oder zur Kuppel des Bundestages fahren. Der Kölner Marketing-Analytiker Stephan Grünewald erklärt zum Beispiel zum Phänomen der Begeisterung für Musicals auch die soziale Erfahrung, die eine Gruppe beim gemeinsamen Bus-Reisen und beim gemeinsamen Besuch einer Kultureinrichtung macht. Diesen Effekt kann eine integrative Kulturpolitik, die behutsam pädagogisch arbeitet, sich zu Nutze machen.

Möglich ist, angesichts der großen Zahl leerstehender Bauten, das Einrichten von Ateliers und Stipendien explizit für Künstler aus dem Osten, Ateliers im Zentrum unserer Stadt einrichten, wie es sie in Paris gegenüber vom Centre Pompidou gibt.

Es gibt in Berlin noch keine große deutsch-türkische Kultureinrichtung. Kulturstaatsminister Michael Naumann bezeichnet dies als Desiderat. Türkische Kultur und Sprache sind seit Jahrzehnten etablierte Bestandteile der Kultur unseres Landes, auch und gerade in der Hauptstadt.

Es fehlt in Berlin eine anglophone Kultureinrichtung für Theater, Kino, Debatten, ein "Anglo-House", das den hier lebenden Diplomaten, Korrespondenten, Touristen und in der Wirtschaft Tätigen signalisiert, dass die Hauptstadt die globale Lingua Franca spricht. Eine große Klientel für eine solche Einrichtung existiert längst.

Keine europäische Metropole kann es sich mehr leisten, nicht auch eine dezidiert internationale zu sein.

Das Internet bietet ein Bild für die maximale potenzielle Inklusion, das demokratische Einbeziehen Aller in kulturelle und sprachliche Verständigung. Wenn Berlin tatsächlich bald als großer Integrator wirken will, wenn sich die Hauptstadt als zugängliches, urbanes Internet begreift, dann dient das dem ganzen Land und rechtfertigt gewiss den vorübergehenden, verstärkten Einsatz des Bundes für Berlin.